

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisklasse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Ersteinst täglich außer Montags.

Die Inertions-Gebühr
 beträgt für die sechsseitige Anzeigen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 vollständige und gewerkschaftliche Vereins-
 und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (ein-
 gedruckt) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Insetate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 31. Januar 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Agrarische Handelsverträge.

Der von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ am Sonnabend in später Abendstunde veröffentlichte Auszug aus den neuen mit Rußland, Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien, der Schweiz, Rumänien und Serbien vereinbarten Handelsverträgen, stellt sich je mehr man auf die Einzelheiten eingeht, und die mitgeteilten Vertragszollsätze mit den bisherigen, heute noch gültigen vergleicht, desto deutlicher als ein plumper Versuch heraus, dem Volk die reaktionärsten, sein Lebensinteresse am meisten gefährdenden Veränderungen der neuen Vertragstarife vorerst noch zu verhüllen und zunächst nur den günstigeren oder doch weniger verhängnisvollen Teil der neuen Vertragsbestimmungen zur Diskussion zu stellen. Unsere durch Staatsmänner von der geistigen Bedeutung eines Pöbbeckers, Hammerstein, Rheinbaben und Müller repräsentierte Regierung hat bekanntlich diplomatisches Geschick; sie geht anscheinend von der Annahme aus, daß der erste Eindruck meist der entscheidende ist, und daß später, wenn erst die hingeworfenen Bruchstücke der neuen Verträge einige Tage in der Presse diskutiert worden sind, das nachfolgende dicke Ende leichter verdaulich wird.

Daß mit der Veröffentlichung der von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ am Sonnabend angekündigten „sachlichen Darstellung des wesentlichen Inhalts der neuen Handelsverträge“ ein derartiges Retouchierungs-Kunststück beabsichtigt sei, ließ sich schon aus der Eigenart der Ankündigung entnehmen. In dieser wurde zwar nicht bestritten, daß die Angaben des „Wiener Fremdenblatts“ und der „Neuen freien Presse“ über den neuen deutsch-österreichischen Vertrag unrichtig seien, es wurde nur erklärt, daß diese Veröffentlichungen ein „irreführendes Bild“ geben und deshalb „zur Vermeidung weiterer Mißverständnisse“ die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in einer Sonder-Ausgabe den wesentlichen Inhalt der neuen Handelsverträge publizieren solle. Damit war für jeden, der den Diplomatenstil unserer Regierung versteht, deutlich gesagt, was die vorzeitige Veröffentlichung sollte. Sie sollte die Wirkung der sogenannten „Infiltration“ der Wiener Blätter dadurch abschwächen, daß sie deren Mitteilungen über die neuen Agrar-Vertragszölle allerlei Mängelheiten der neuen Verträge gegenüberstellte.

Und diesem Zweck entspricht denn auch die am Sonnabend abend erfolgte Veröffentlichung, wie wir bereits in der Sonntagsnummer konstatiert haben. So fehlen z. B. mit Ausnahme einiger Mitteilungen über die Konzessionen, welche die deutsche Regierung in bezug auf die russische und österreichisch-ungarische Vieheinfuhr in Deutschland gemacht hat, fast alle Angaben darüber, wie weit durch die Verträge die hohen Zollsätze des neuen deutschen allgemeinen Tarifs für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse herabgesetzt worden sind und wie sich die neuen Vertragszollsätze für alle diese Artikel zu denen der jetzt gültigen Tarifverträge verhalten — ungewisselhaft für die große Masse des deutschen Volkes die wichtigste aller Zollfragen, denn davon, inwieweit hier Ermäßigungen eintreten, hängt es ab, wie hoch künftig die wichtigsten Lebensmittel, z. B. Getreide, Fleisch, Hülsenfrüchte, Obst, Eier, Butter, Käse, Bier usw., mit Verteuerungszöllen belastet sein werden. Für diese und andere Lebensmittel die neuen Vertragszollsätze mitzuteilen, erschien der Regierung jedoch nicht nötig. Ihre Befreiung von Mißverständnissen beschränkt sich lediglich darauf, die schwere Arbeit der deutschen Unterhändler beweglich zu schildern und lobpreisend zu erwähnen, bei welchen Positionen der fremden Generaltarife sie für die deutsche Industriewaren-Ausfuhr größere oder kleinere Zollreduktionen erwirkt haben. Dabei wird aber meist nur der Unterschied zwischen den neuen Generaltarifen und den neuen Vertragsätzen angegeben; die weit wichtigere Frage, wieviel höher die neuen als die bisherigen Vertragszollsätze der betreffenden Länder sind, inwieweit also die Ausfuhr deutscher Industriewaren nach jenen Ländern erschwert wird, bleibt unberücksichtigt.

Die Veröffentlichung der „Nordd. Allg. Ztg.“ ist also nicht nur ein höchst einseitiger, die wichtigsten Teile der Vertragsbestimmungen unterschlagender Auszug, er bringt auch keine „sachliche Darstellung“ in einer Form, die weit mehr neue Mißverständnisse schafft als beseitigt. Es muß deshalb die in den nächsten Tagen erfolgende Vorlegung der neuen Verträge im Reichstage abgewartet werden, ehe sich ein klares Bild der durch sie geschaffenen neuen Zoll- und Handelslage gewinnen läßt. Vorläufig lassen sich nur die allgemeinen Grundzüge der neuen Handelsverträge bestimmen, und diese auch nur, wenn man die Mitteilungen der Wiener Blätter über die Getreide- und Viehzollfestsetzungen zur Ergänzung heranzieht.

Danach ergibt sich, daß die deutschen Mindest-Getreidezölle mit Einschluß des Malzgerstenzollens von allen vertragschließenden Staaten akzeptiert worden sind. Es beträgt also der neue deutsche Vertragszoll im Vergleich zum bisherigen, heute noch gültigen:

	Neuer Vertragszoll pro 100 Kg.	Alter Vertragszoll pro 100 Kg.	Wert der deutschen Einfuhr in 1903 Millionen Mark
Roggen	5,00	3,50	82,5
Weizen	5,50	3,50	252,6
Malzgerste	4,00	2,00	164,7
Futtergerste	2,00	2,00	47,2
Hafer	5,00	2,80	

Anßerdem sind folgende neuen Vertragsätze bekannt:

	Neuer Vertragszoll pro 100 Kg.	Alter Vertragszoll pro 100 Kg.	Wert der deutschen Einfuhr in 1903 Millionen Mark
Mehl	10,20	7,30	34,02
Malz	5,75	3,00	22,00
Hopfen	20,00	14,00	5,00

Die Viehzölle wurden bisher pro Stück berechnet, und zwar beträgt der Vertragszoll für Ochsen 25,50 M. pro Stück, Bullen und Kühe 9 M. pro Stück, Jungvieh 5 M. pro Stück, Schweine 5 M. pro Stück. In dem am 19. November 1901 dem Reichstage vorgegangenen Zolltarifentwurf der Regierung wurden folgende Erhöhungen vorgeschlagen: Ochsen = 12 M. pro Doppelzentner Lebendgewicht, Bullen und Kühe = 25 M. pro Stück, Jungvieh 15 M. pro Stück, Schweine = 10 M. pro Doppelzentner Lebendgewicht. Die Zollmehrheit des Reichstages setzte den Zoll für alle diese Vieharten ohne Unterschied auf 18 M. pro Doppelzentner Lebendgewicht hinauf. In den Vertragsverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn ist nach den Meldungen der Wiener Blätter für Rindvieh der Vertragszoll auf 8 M., für Schweine auf 5 M. pro Doppelzentner normiert worden. Rechnet man für Ochsen ein Durchschnittsgewicht von 6, für Bullen und Kühe von 4, für Jungvieh von 2 1/2 und für Schweine von 1 1/2 Doppelzentnern, dann ergibt sich folgendes Verhältnis der neuen zu den bisherigen Vertragszöllen:

	Neuer Vertragszoll pro 100 Kg.	Alter Vertragszoll pro 100 Kg.	Wert der Einfuhr in 1903 in Mill. Mark
Ochsen	8,00 M.	4,25 M.	46,8 Mill. Mark
Kühe	8,00	2,25	45,2
Jungvieh	8,00	2,00	25,7
Schweine	5,00	3,33	8,4

Die neuen Vertragsätze sind also um ein Mehrfaches höher, als die bisherigen, für Kühe und Jungvieh sogar höher als die von der Regierung in ihrem Tarifentwurf vorgeschlagenen allgemeinen Sätze; denn diese forderten für Kühe und Bullen nur 25, für Jungvieh 15 M. pro Stück, der neu festgesetzte Vertragszoll stellt sich dagegen auf 32 bzw. 20 M. pro Stück.

Dagegen hat allerdings die deutsche Regierung, wollte sie nicht auf die Erneuerung des Tarifvertrages mit Oesterreich-Ungarn verzichten, sich dazu verstehen müssen, die Bedingungen für die Einfuhr von Schweinen über die deutsch-russische Grenze und von Rindvieh über die deutsch-österreichische Grenze etwas zu erleichtern. Bisher betrug das österreichische Schweine-Einfuhrkontingent, d. h. die Zahl der Schweine, die über die russische Grenze in Schiffe eingeführt werden durften, circa 70 000 Stück pro Jahr. Durch den neuen Vertrag mit Rußland wird die Einfuhrzahl auf 2000 Stück pro Woche, also auf 100 000 Stück pro Jahr erhöht; eine recht kuriose Bestimmung, die deutlich zeigt, was die Verufung auf die angebliche „russische Seuchengefahr“ wert ist. Während bisher nach den ministeriellen Verfügungen durch eine Einfuhr von über 70 000 Stück die Seuchenfreiheit des ostbaltischen Schweinebestandes aufs äußerste gefährdet schien, kann des deutschen Vorkontingents Wohl jetzt plötzlich beinahe das doppelte Einfuhrquantum betragen. Ferner wird die Zulassung von zubereitetem Fleisch erweitert. Ebenso ist Oesterreich-Ungarn, dessen Schweine-Export nach Süddeutschland übrigens keine größere Bedeutung hat, das Recht zugestanden worden, eine bestimmte Anzahl von Schweinen pro Woche in das deutsche Zollgebiet einzuführen. Wichtiger ist jedoch die in der neuen Veterinärkonvention enthaltene Bestimmung, daß im Fall des Ausbruchs einer Viehseuche im Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie nicht mehr über dieses ganze Gebiet die Präventivperce verhängt werden darf, sondern nur über den betroffenen Distrikt und allenfalls einer gewissen angrenzenden Zone. Die Vieh-Ausfuhr aus den anderen kaiserlichen Bezirken nach Deutschland darf dagegen nicht ohne weiteres verhindert werden.

Für Pferde, Schafe, Federvieh, Fleisch sowie für alle anderen Agrarprodukte, als obengenannte, sind bisher die von der deutschen Regierung den Vertragsstaaten eingeräumten Zollermäßigungen des deutschen Tarifs noch nicht bekannt. Es muß deshalb die Vorlegung der betreffenden Verträge im Reichstage abgewartet werden; aber nach den obigen Beispielen ist nicht zu bezweifeln, daß auch für diesen Teil der Agrarprodukte die neuen Vertragszölle die alten weit überlegen. Wie die Regierung in dem von der „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlichten offiziellen Auszug selbst zugesteh, ist ihr oberstes Prinzip bei den Verhandlungen gewesen, „die mögliche Steigerung des Schutzes der landwirtschaftlichen Produkte“ durchzusetzen. Um in Dienste der Agrarier dieses hehre Ziel zu erreichen und sich wenigstens teilweise die Zufriedenheit der Junker zu erringen, ist sie, wie die Mitteilungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ beweisen, tatsächlich bereit gewesen, den Vertragsstaaten die von ihnen zum Schutz ihrer einheimischen Industrie geforderten Industriezollerhöhungen bedingungslos zu konzessieren. Die Hauptsache war den Unterhändlern, die Zustimmung der fremden Staaten zu möglichst hoher vertragsmäßiger Festsetzung der deutschen Agrarzölle zu erlangen. Verstanden sich die Mächte dazu, dann war es gleichgültig, was sie an Kompensationen auf industriellen Gebiet forderten — ob und inwieweit die deutsche Exportindustrie geschädigt werde.

So haben denn die fremden Staaten durchweg ganz beträchtliche Erhöhungen ihrer bisherigen industriellen Vertragszölle durchgesetzt, vornehmlich Rußland, dessen neue allgemeine Zollsätze vielfach einfach von der deutschen Regierung als Vertragszollsätze akzeptiert worden sind, so daß sich das ganze jugoslavische Rußlands in dieser Hinsicht fast ausschließlich darauf beschränkt, daß es die von niemand ernst genommene Forderung eines zwanzigprozentigen Zuschlages auf die über die deutsch-russischen Landesgrenzen eingehenden deutschen Industriewaren fallen gelassen hat.

Deutschlands industrielle Ausfuhr nach Rußland besteht bekanntlich vornehmlich in Eisenwaren, Maschinen, Instrumenten und Apparaten, Drogerie, Farb- und Apothekerverwaren, Kurzwaren, Kupfer- und Kupferwaren, Leder-, Wollen- und Baumwollwaren. Im Jahre 1903 betrug der Gesamtwert der deutschen Ausfuhr in diesen Artikeln nach Rußland nicht weniger als 200 Millionen Mark. Fast

alle russischen Vertragszölle für diese Waren sind aber beträchtlich erhöht. Der Auszug der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.“ bringt diese Zollerhöhungen in einer Form, daß man den Unterschied nicht zu erkennen vermag. Wir stellen deshalb in nachstehender Tabelle die wichtigsten neuen Eisen- und Maschinenzölle den alten gegenüber, zu welchem Zweck wir die alten in Goldrubel normierten Sätze in Silberrubel umgerechnet haben:

	Bisherige Vertragszölle per Rubel (= 16,38 kg)	Neue Vertragszölle per Rubel (= 16,38 kg)
Eisenbleche (bis Kaliber 25)	0,90	1,05
(über Kaliber 25)	1,20	1,50
Zink in Blöcken	0,67 1/2	0,70
Einfache Kupferwaren	6,48	8,00—9,00
Feine Kupferwaren (mit Reliefs, Gravierungen)	20,40	21,00
Gußeisenfabrikate	2,10	4,20
Eisen- und Stahlwaren	2,10	4,20
Weichblechwaren	3,37	4,00
Rahnadeln	0,97	1,20
Rahnmaschinennadeln	0,97	2,00
Senfen, Sägen, Haden zc.	1,65	1,80
Werkzeuge für Handwerker	1,65	1,80—2,50
Lokomotiven, Lokomobile, Dampfmaschinen zc.	2,10	8,20
Wassermesser, Gasmesser, Schreibmaschinen, Metallbearbeitungsmaschinen, Schneidemaschinen zc.	2,10	4,20
Maschinen aus Kupfer, Messing zc.	6,48	8,00
Maschinenteile verschiedener Art zc.	2,70	8,00
Elektrotechnische Maschinen und Apparate	9,00	12,00

In gleicher Weise hat die deutsche Regierung, wie trotz ihrer Unklarhaftigkeit und Oberflächlichkeit die offiziellen Mitteilungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ beweisen, dem Leben östlicher Rußland auch Vertragszollerhöhungen auf chemische Produkte, Textil-, Galanterie- und Lederwaren zugesandt. Ebenso Oesterreich zum Schutz für seine Eisen-, Maschinen-, Leder-, Viehwaren- und Papierwaren-Industrie, sowie der Schweiz für ihre Textil-, Leder-, Eisen- und chemische Industrie.

Die neuen Tarifverträge bedeuten also eine völlige Umkehrung der zu Beginn der neunziger Jahre eingeleiteten sogenannten „Caprivischen Handelsvertragspolitik“, nicht wie die liberale Presse seit Monaten behauptet: ihre Fortsetzung. Als im Dezember 1891 die damals mit Oesterreich-Ungarn, Italien, der Schweiz, Belgien, Rumänien und Serbien abgeschlossenen Tarifverträge zur Beratung standen, bezeichnete Graf Kanitz sie unter dem demonstrativen Weisfall der äußersten Rechten als Aufopferung der Landwirtschaft zugunsten der Industrie. Mit weit mehr Recht lassen sich jedoch die jetzigen neuen Verträge als eine Aufopferung der Exportindustrie zum Zweck der Befriedigung agrarischer Profitgier bezeichnen. War die Tendenz der Caprivischen Handelspolitik die Herabsetzung der Lebensmittelzölle und Öffnung eines sicheren Absatzgebietes für die deutschen exportierenden Industriebranchen, so ist umgekehrt das Ziel der neu abgeschlossenen Handelsverträge die Sicherung des einheimischen Marktes für die deutsche Agrarproduktion auf Kosten der deutschen Industrie und der in dieser beschäftigten Arbeiter. Es ist nichts als Sophistikerei, wenn liberale Blätter im Dienste gewisser Interessentenkreise behaupten, wer für die früheren Tarifverträge eingetreten sei, müsse konsequenterweise auch für die neuen stimmen. Wichtig ist an dieser Debatte nur, daß die alten wie die neuen Verträge zur Gattung der sogenannten Tarifverträge gehören; aber die Tendenzen und Ziele sind völlig verschieden; und die Sozialdemokratie ist als Vertreterin der Arbeiterinteressen nicht für jegliche Handelsvertragspolitik an sich, sondern nur für eine solche, die diesen Interessen dient. Verträge, die wie die jetzt abgeschlossenen, nicht nur eine Belastungsvermehrung des Lebensunterhalts der Arbeiterklasse bedeuten, sondern zugleich die Exportinteressen der deutschen Industrie rückwärtslos den Gewinninteressen des Junkertums aufopfern: solche Verträge sind für die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei unannehmbar.

Die Verhöhnung der Bergarbeiter durch die Regierung.

Wer etwa noch daran gezweifelt hätte, daß unsere Auffassung von der geplanten preussischen Regierungssaktion zugunsten der Bergarbeiter zurechtfindend ist, dem ist es nunmehr klar geworden. Es handelt sich in der Tat nur um ein im hohen Grade unehrliches und plumpe Manöver. Am Montag hat im preussischen Abgeordnetenhause der Handelsminister Möller eine Erklärung abgegeben, welche die schlimmsten Erwartungen und das argste Mißtrauen übertraf.

Auf der Tagesordnung standen zwei Anträge, von denen der eine vom Centrum ausging und die sofortige Einsetzung einer Kommission unter Zuziehung von mindestens 7 Mitgliedern des Hauses zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse im Kohlenbergbau sowie auf Grund der Ergebnisse einen Gesetzentwurf zur Beseitigung der festgestellten Mißstände verlangte. Der andere Antrag, von der nationalliberalen Fraktion eingebracht und mit den Unterschriften von Sachwaltern des Grubenkapitals, wie Dirsch, Essen, Schmieding, Dr. Borch geschmückt, begnügt sich mit der Aufforderung an die Regierung, nach Abschluß der vom Minister bei dem Bergamt in Dortmund angeordneten Untersuchung eine aus Staatsbeamten und Sachverständigen zu bildende Kommission zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse im gesamten preussischen Kohlenbergbau einzusetzen.

Zur Beratung der Anträge kam es nicht. Bevor die Antragsteller das Wort erhielten, gab nämlich der Handelsminister Müller die folgende Erklärung ab:

Handelsminister Müller: Die Regierung ist in der Lage zu erklären, daß sie im Begriff steht, eine neue Novelle zum Vergesetz auszuarbeiten, die die wesentlichen Punkte der Beschwerden der Bergleute gesetzlich regeln soll, nachdem sich herausgestellt hat, daß auf dem Wege der Verhandlungen nichts zu erreichen war. Es sind diese Punkte nicht neu, sie sind im wesentlichen bereits im Jahre 1889 verlangt worden. Wir sind aufs äußerste bestrebt, diese Vorlagen schnellstmöglich dem Hause zu unterbreiten. Ich bin erträchtig zu erklären, daß dies einstimmiger Beschluß des Staatsministeriums ist. Ich bitte jedoch, die Regierung nicht zu drängen, daß sie schleunigst den Gesetzentwurf stellt, als ob eine gründliche Erwägung stattgefunden hat. Wenige Wochen werden genügen, um den Gesetzentwurf fertigzustellen. Danach würde es sich vielleicht erübrigen, in die Verhandlungen der beiden Häuser einzutreten. Ich halte die parlamentarische Erörterung jetzt nicht für nützlich und bitte deshalb die Anträge zurückzuziehen. Der Oberberghauptmann in Dortmund hat am Sonnabend mit den Arbeitern verhandelt, das Resultat dieser Verhandlungen ist gewesen, daß 6 Kommissionen eingesetzt werden, die mit großer Beschleunigung die vorgebrachten Beschwerden untersuchen werden. Diese Kommissionen werden, entgegen dem ursprünglich beabsichtigten Plan, nicht nur die Untersuchung durch Revierbeamte, sondern auch durch Hinzuziehung von Mitgliedern der Bergschicht und von Vertretern der Bergverwaltung vornehmen, damit jeder Verdacht der Einseitigkeit beseitigt wird. Ich habe die Hoffnung, daß durch diese Untersuchung eine Klarstellung über die große Mehrzahl der Beschwerden eintreten wird, und damit erreicht wird, was die beiden Parteien mit ihren Anträgen haben erreichen wollen. Ich habe die Hoffnung gehabt, daß die Bekanntgabe der endgültigen Absicht der Regierung, dasjenige, was überhaupt im Verhandlungswege erreichbar gewesen wäre, durch Gesetz zu regeln, ausgereicht haben würde, die Arbeiter zur Ruhe und zur Arbeit zurückzuführen zu lassen. Ich habe es sehr bedauert, daß das nicht der Fall war. Ich habe die Hoffnung, daß nicht die Arbeiterführer und die Arbeitermassen in gleicher Weise fehlerhaft verfahren werden, und nicht den Streik zu ihrem eigenen und der Allgemeinheit Nachteil fortsetzen. (Beifall.)

Nach dieser Erklärung verzichteten die Antragsteller auf die Beratung des Antrages. Der Zentrums-Abgeordnete tat dies mit der folgenden Begründung:

Abg. Stödel (Z.): Nach dieser Erklärung des Ministers ist der Hauptzweck unseres Antrages im wesentlichen erledigt. Uns kam es vor allem darauf an, den Frieden im Ruhrrevier baldigst herbeizuführen. Das ist aber auch durch den beabsichtigten Gesetzentwurf zu erwarten. Es wird allerdings wesentlich auf den Inhalt des Gesetzes ankommen. In diesem Augenblick ziehe ich den Antrag namens der Antragsteller zurück. Wir behalten uns aber eventuell weitere Schritte vor.

Von nationalliberaler Seite äußerte man sich wie folgt: Abg. Dr. Friedberg (natl.): Unser Antrag bezweckt die Aufklärung über die Arbeiterverhältnisse im ganzen Kohlenbergbau, damit Licht und Schatten gleichmäßig verteilt wird. Wir nehmen aber an, daß, wenn der beabsichtigte Gesetzentwurf vorgelegt wird, auch unsere Anregung zur Erörterung kommen wird. Ich bin zwar nicht in der Lage, unseren Antrag zurückzuziehen, ich bitte aber, ihn heute von der Tagesordnung abzusetzen.

Wir nehmen zugunsten des Zentrumsredners an, der sich allerdings höchst unglücklich ausdrückte, daß er auf die Beratung des Antrages nur deshalb verzichtete, weil er nach der Erklärung des Ministers die preussische Aktion für hoffnungslos hielt.

Denn so stehen die Dinge in der Tat. Das Rotgesetz, das doch nur den Zweck haben könnte, den jetzigen Zustand durch Bewilligung der Forderungen auf gesetzlichem Wege zu beendigen, soll „in wenigen Wochen“ kommen. Nicht einmal die Anzahl der Wochen ist angegeben, und wenige Wochen sind schließlich ein Viertel oder ein halbes Jahr. Wäre es der Regierung ernst mit ihrer Aktion, so genügten 24 Stunden um eine Vorlage herzustellen, da alle in Betracht kommenden Verhältnisse völlig klar liegen. In der ganzen Erklärung Müllers findet sich ferner kein Wort, das darauf hindeutet, was in dem künftigen Gesetz stehen soll. Auch in der früheren Kundgebung des Ministers war ja nur eine Bestimmung unabweisbar, nämlich das Versprechen, das Wagemüssen zu verbieten. Klar in den Reden des Ministers ist lediglich sein Bedauern, daß die Regierung nicht den Zweck erreicht habe, den sie mit ihrer Aktion bezweckt, nämlich, daß die Arbeiter sofort die Arbeit wieder aufnehmen würden.

Die Konservativen haben seit mehr als fünf Jahren trotz aller Versprechungen auf agrarischem Gebiete die Annahme der Kanalvorlage mit der ausgesprochenen Begründung verweigert, daß sie erst sehen müßten, was in den Handelsverträgen läge. Selbst die Annahme des Antrages Kardorff genügt ihnen nicht, die Arbeit wieder aufzunehmen. Den Bergarbeitern aber mutet man zu, daß sie auf ihren Kampf verzichten sollen, auf ein leeres Versprechen hin, das nur im Umrisse eine Reform ankündigt, ohne auch nur das Maß der möglicherweise kommenden Bewilligungen anzugeben. Man mutet ihnen zu, daß sie dieses Zutrauen nicht nur zur Regierung, sondern auch zu dem preussischen Landtag haben sollen, von dem wir nachgewiesen haben, daß er prinzipiell gerade jene Forderungen abgelehnt hat, um die sich der jetzige Kampf dreht.

Wie weiter mitgeteilt wird, soll der Minister Müller am Montag vormittag eine Besprechung der westfälischen Abgeordneten und Vertreter der Arbeiter des Ruhrreviers gehabt haben und er soll auch ihnen versichert haben, die Regierung werde ihr Möglichstes für die Arbeiter tun. Das Möglichste für die Regierung aber ist eben für jeden Urteilsfähigen das Unmöglichste für die Arbeiter. Wenn irgend etwas schließlich geeignet ist, den Argwohn zu verstärken, so ist es das Verhalten der konservativen Parteien. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Konservativen, die im Landtage beinahe die Mehrheit haben, nicht daran denken, etwa Arbeiterausschüsse zu bewilligen oder den Achtstundentag, auch nicht mit gewissen Uebergangsbestimmungen. Eher ist von ihnen zu erwarten, daß sie versuchen würden, in eine solche Novelle eine Kontraktbruch- und Zuchthausvorlage hinein zu redigieren.

Trotzdem tut die konservative Presse so, als ob sie durch die Aktion der Regierung freudig begrüßt. So erklärt sich die „Kreuz-Zeitung“ mit dem kommenden Entwurf einverstanden und die „Konservative Korrespondenz“ erklärt:

„Es ist mit Genugtuung zu begrüßen, daß die Regierung in der angekündigten Novelle . . . nicht der an einzelnen Stellen herrschenden Meinung, auch die Lohnverhältnisse oder die Arbeitszeit im allgemeinen regeln oder gar die Anerkennung der Berufsorganisationen auszusprechen zu wollen, nachgegeben hat. Einer Vergesetznovelle, die sich auch über diese Punkte erstrecken würde, würden die Konservativen auf keinen Fall zustimmen können. Der Novelle aber, die sich in den oben angekündigten Grenzen hält, werden die Konservativen ohne Zweifel mit Wohlwollen gegenüberstehen und zur baldigen Verabschiedung mitwirken.“

Die „Konservative Korrespondenz“ ist im Gegenfah zur „Kreuz-Zeitung“, die sich überhaupt nicht darüber verbreitet, was die Konservativen eigentlich annehmen würden, so unvorsichtig, bereits von der beabsichtigten

Düppierungsaktion in einer Hinsicht den Schleier zu lüften. Sie deutet nämlich, und zwar unseres Erachtens ganz zutreffend, den ersten Punkt des Regierungsversprechens: „Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit beim Steinsohlenbergbau einschließlich der Seilsahrt, soweit dies durch sanitäre Rücksichten geboten.“ — dahin, daß damit eine allgemeine Regelung der Arbeitszeit nicht beabsichtigt sei. Wir haben neulich dargelegt, daß gerade gegen diese allgemeine Regelung der Arbeitszeit sich der Landtag bisher mit aller Entschiedenheit ausgesprochen hat und das Versprechen der Regierung ist mithin nur so zu deuten, daß wahrscheinlich die Oberbergämter wieder das Recht erhalten, das sie schon bisher hatten, in einzelnen Betrieben nach sanitären Rücksichten die Arbeitszeit und zwar — als Neuheit — einschließlich der Seilsahrt zu begrenzen.

Die Bergarbeiter haben sich durch diese durchsichtigen Anstöße der Regierung selbstverständlich nicht narren lassen. Es bedarf gar nicht der „Aufreizung“ durch sozialdemokratische Blätter, um die Bergarbeiter über das Spiel zu belehren, das man mit ihnen beabsichtigt. Die Sozialdemokratie hat ja auch den mindesten Anlaß, einer Verlängerung des Streiks das Wort zu reden. Wir haben uns jeder Aufforderung an die Bergarbeiter, zu streiken oder den Streik fortzusetzen, enthalten, und es ist durchaus notwendig, daß diese Entschlüsse den Organisationen selbst vollständig überlassen bleiben.

Aber diese Haltung kann uns nicht hindern, sondern verpflichtet uns erst recht, die preussische Komödie, die man auf Kosten der Bergarbeiter spielt, nach Gebühr zu würdigen. Wenn z. B. die „Kölnische Zeitung“ schreibt, daß unsere Haltung aufs deutlichste bekunde, „daß das Interesse der Sozialdemokratie nicht dahin geht, den Streik schneller zu beendigen und die Not der Bergarbeiter zu lindern, sondern eine Verständigung hinzuhalten, die Unzufriedenheit zu nähren und in den also getriebenen Gewässern sozialdemokratische Parteifische zu fangen“, so ist diese Verdächtigung nur die Spiegelung der eigenen Unehrlichkeit. Man will damit die Tatsache verdecken, daß das Interesse der Regierung lediglich dahin geht, den Streik schnell zu beendigen, nicht die Not der Arbeiter zu lindern.

Wir wüßten auch nicht, warum die Sozialdemokratie irgend ein Interesse daran haben sollte, einen Streik zu verlängern, der doch im wesentlichen nur durch die finanzielle Unterstützung der Sozialdemokratie aufrecht erhalten werden kann. Und wenn die „Kölnische Zeitung“ ernsthaft glauben würde, daß die Regierung die Forderungen der Bergarbeiter auf gesetzlichem Wege durchsetzen wird, so würde doch die uns zugeschobene Absicht, den Streik zu verlängern, die größte taktische Dummheit sein, die sich denken läßt; denn „in wenigen Wochen“, nämlich dann, wenn Herr Müller mit seinem Entwurf kommt, würde unser frivoles Spiel vollkommen gescheitert sein und wir würden gegen uns die Bergarbeiter aufheben, die wir zu den Opfern eines längeren Streiks aufgerufen hätten, der doch ganz zwecklos war, weil ja die Regierung alles zum besten fügt.

Glaubt also die „Kölnische Zeitung“, daß wir durch Hintertreibung einer Verständigung die Unzufriedenheit nähren wollen, und sucht sie uns von diesem agitatorischen Treiben abzubringen, so geschieht sie damit leichtsinnigerweise selbst die Wahrheit zu, daß sie im Grunde auch nicht an eine wirkliche Novelle zum Vergesetz glaubt, und daß auch sie nur das Interesse hat, den Streik zu beendigen.

Zu den Bergarbeiterkreisen hat die angekündigte preussische Aktion, wie selbstverständlich war, eher die Stimmung der Erbitterung als der Versöhnung hervorgerufen. Wie wir schon am Sonntag meldeten, hat die Siebener-Kommission erklärt, daß sie nicht den Arbeitern raten könne, jetzt die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Untersuchung der Regierungskommission in den einzelnen Bezirken soll übrigens mindestens ein Viertel Jahr dauern. Da man nun annehmen kann, daß Herr Müller erst das Resultat der Untersuchung abwarten wird, ehe er seine angekündigte Novelle vorlegt, so ist daraus zu schließen, daß die „wenigen Wochen“ gleichfalls mindestens ein Viertel Jahr bedeuten.

Die Führer der Bergarbeiter haben in Erkenntnis dieser Situation ein Flugblatt veröffentlicht, in welchem aufgefodert wird, „den Ausstand fortzusetzen, bis wir Garantien in der Hand haben, denn mit Versprechungen allein ist der Bergmann schon oft abgefunden und getäuscht worden“.

Der letzte Lohntag.

Man schreibt uns aus dem Ruhrrevier: Der Lohntag am 25. Januar, der Letzte für die Streikenden, ist meist sehr trübselig ausgefallen und viele Tausende erhielten keinen Pfennig mehr, da vielen noch Abzüge gemacht wurden, die unter anderen Umständen wohl noch unterblieben wären. Die Leute stehen völlig entblößt da, ihnen fehlt es an allem; sie haben keinen Pfennig Geld, kein Stück Brot im Hause und die Not schreit zum Himmel. Der Ruhrbergmann ist ein Proletarier im wahren Sinne des Wortes. Mit demselben Tage, an dem er die Arbeit einstellt, hält der Hunger in seinem Hause Einzug. Die Mehrzahl lebt auf Vorrat und verzehrt in der ersten Hälfte des Monats schon den Lohn, den sie in der zweiten Hälfte erst erhält. Am Lohntag nimmt die Bergmannsrau das Geld ihres Mannes vielfach schon am Juchentor in Empfang und trägt es zu den Kaufleuten, den Wädern, zahlt die alte Schuld ab und borgt gleich für die nächsten Tage Waren und sonstige Lebensmittel. Sämtliche Kolonialwaren und sonstige Geschäfte im Ruhrgebiet sind aufs Vorgehen angewiesen. Dieses Hebel, sowohl für die Geschäftsleute wie auch für die Arbeiter, hat seine Hauptursache in den ungeheuren Schwankungen der Bergmannslöhne. Ein Bauer, der diesen Monat 120—140 M. verdient, bringt es im folgenden Monat oft nur auf 70—80 M. Ein solcher Lohn reicht dann zur Bestreitung des Haushaltes durchaus nicht aus und so macht man Schulden auf den nächsten Monat, wo das Gedinge besser steht und man mehr zu verdienen hofft. In keinem Gewerbe trägt die allgemeine Lohnstatistik so sehr als im Bergwerk. Es werden Hauertlöhne — auch zur Jetztzeit — von 6 M. und darüber verdient, aber auch solche von 2,50—1,80 M. herunter ausgezahlt. Die Unternehmer entschuldigen das damit, daß sie sagen, der Bergmann arbeite im Afford und deshalb sei derjenige faul gewesen, der mit einem niedrigen Lohn nach Hause gehen mußte, während sie, wenn sie fleißig gewesen wären, auch mehr verdienten. Jeder Kenner der wirklichen Verhältnisse weiß aber, daß nicht der Fleißige im Bergbau hohen Lohn verdient, sondern derjenige, dem der Steiger gewogen ist. Der eine kann sich abquälen, daß er fast in die Arnie stürzt und verdient dennoch nichts, während der andere, wenn der Steiger gut schreibt, einen hohen Lohn herausschlägt. Im westfälischen Bergbau geht alles nach Gunst und Willkür, darum auch die Erbitterung.

Die Unternehmer sind über die Lage ihrer Lohnslaven sehr wohl orientiert und wissen, daß nach den ersten vierzehn Tagen der hungerliche Hunger bei dem größten Teil ihrer Belegschaft einzieht, und so hoffen sie, daß ihnen der in die Bergmannswohnungen eingezogene Hunger als guter Bundesgenosse zu Hilfe kommt. Ihre Rechnung wird auch zutreffen, wenn nicht durch die beispiellose Opferwilligkeit des deutschen Volkes die Organisationen ins Leben gerufen werden, den Leuten sofort mit Unterstützung unter die Arme zu greifen, damit sie der Hunger nicht ins Joch treibt. Der Streik,

der bisher noch unüberändert und für die Arbeiter durchaus günstig steht, ist jetzt in das entscheidende Stadium eingetreten. Wie Jochenbeante mitteilen, sind schon auf Jede „Bruchstraße“ und „Hardenberg“ ganze Strecken zu Bruch gegangen und es wird monatelanger Aufwältigungsarbeiten bedürfen, ehe wieder an eine Kohlengewinnung gedacht werden kann. Selbst der Bergmeister Engel befürchtet, daß, wenn die Arbeit nicht bald wieder aufgenommen wird, die Gruben derartigen Schaden erleiden, daß es noch fraglich ist, ob sie jemals wieder im heutigen vollen Umfang in Betrieb gesetzt werden können. Die Situation ist also derartig, daß beiden Teilen das Feuer auf die Fingernägel brennt. Die einen stehen vor der Gefahr, daß ihre Gruben ungeheuren Schaden leiden, den anderen kopft der Hunger an die Tür. Der Feind der Arbeiter, der Hunger, kann jedoch ferngehalten werden, wenn das gesamte deutsche Volk seine Kraft aufbietet, denn nur mit Hilfe des gesamten Volkes können die Bergleute obliegen, und darum helfe jeder schnell, damit die heldenmütigen Bergslaven nicht durch den Hunger gezwungen werden, vor ihren Feindern kapitulieren zu müssen.

Diese Darstellung aus unparteiischen Kreisen läßt erkennen, welche Gefahr für die Gesamtheit die Grubenherren durch die brutale Ablehnung aller Verhandlungen mit den Arbeitern heraufbeschwören haben. „Mit meinem Eigentum kann ich machen was ich will“, diese kapitalistische Auffassung zeigt gerade in dem Bergarbeiterstreik ihre Gemeingefährlichkeit bis in alle Konsequenzen. Lieber die Kohlengruben zugrunde geben lassen, lieber einen ganzen, reich bebölkerten Landstrich in unabsehbare Not stürzen, als ein Tütchen von ihrem angemessenen Pörsenrecht hergeben!

Die Regierung und die Parteien machen sich mitschuldig an diesem Verbrechen, wenn sie noch im geringsten zögern, hier einzugreifen und den Unternehmern klar zu machen, daß Bergwerke und Arbeiterinteressen nicht der Laune übermächtiger Herren überlassen bleiben dürfen.

Der sozialdemokratische Initiativantrag wird am heutigen Dienstag in Form einer Resolution zum Etat des Reichsamtes des Innern verhandelt werden.

Zugleich wird auch der freisinnige und der nationalliberale Antrag verhandelt werden.

Solidaritäts-Kundgebungen.

Die belgische Bergarbeiter-Föderation hat einen Aufruf erlassen, worin sie die belgischen Bergarbeiter auf-

fordert:

- sich der Ueberschichten zu enthalten;
- die deutschen Brüder zu unterstützen;
- den Besessenen schriftlich die Forderung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeit einzureichen;
- überall die Kameraden zu solidarischen Handeln aufzurufen.

Infolge dieses Aufrufs sind im Vorjahren, wo hauptsächlich Kohlen fürs Rheinland gefördert werden, bereits einige Streiks ausgebrochen. Die Direktion der Zeche „Grandhomme“ hat die geforderte Lohnhöhung versprochen, wenn — der Streik im Ruhrrevier noch zwei Wochen dauert!

Die Arbeiter beantworteten diese Unverschämtheit damit, daß sie sofort in den Streik traten.

Dazu liegen folgende Meldungen vor: Lüttich, 29. Januar. Der Verband der Bergarbeiter des hiesigen Bezirkes hält heute die Versammlung ab, in welcher er über den Generalstreik verhandelt wird. Er verlangt eine Lohnhöhung von 20 Proz., und es scheint ziemlich sicher, daß der Ausstand im Lütticher Bezen beschlossen wird.

Mons, 30. Januar. In einer vierstündigen Beratung hat die Bergarbeiter-Föderation des hiesigen Bezirkes mit allen gegen eine einzige Stimme sich für den Generalstreik erklärt. Dieser Beschluß soll heute einer Versammlung zu Charleroi vorgelegt werden, in der Arbeiter der Reviere von Mons, Charleroi, La Louvière und Lüttich vertreten sein werden.

Die bedeutsame Hilfe der englischen „Miners Federation“ ist von den Streikenden mit großer Freude aufgenommen worden. Die erste Rate von 40 000 M. ist bereits beim Verbands eingegangen. Auch die Führer der Bergleute von Durham und Northumberland haben Geldunterstützungen zugesagt.

Sehr wichtig zur Unterstützung der Streikenden ist auch, daß nicht nur Ueberschichten verhindert, sondern daß auch die Hafenarbeiter aufgefordert werden sollen, keine Kohle nach Deutschland zu verfrachten.

Auch die Bergarbeiter der französischen Nordbezirke werden Ueberstunden verweigern, und die Hafenarbeiter der französischen Nordhäfen werden gleichfalls die Verfrachtung von Kohlen nach Deutschland verweigern.

Die englischen Bergarbeiter ließen es sich nicht nehmen, die Gefangenen Vernstein und Schröder als ihre Gäste zu behandeln und die gesamten Kosten ihrer Reise zu tragen. Vernstein und Schröder überwiesen das Geld den Streikenden.

Eine Volkerversammlung in Duisburg sprach den Streikenden ihre Sympathie aus und verurteilte das Auftreten Veuners, des Abgeordneten dieses Kreises, im Reichstage. Sie forderte Herrn Veuner auf, sein Mandat niederzulegen.

Der Engel der Lüge.

Der Kandidats-Bergmeister Engel hat in seiner bereits gewürdigten Broschüre das tollste Zeug zusammengetragen. Sie ist nach derselben Methode fabriziert, wie die Notizen der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ über Streikunruhen. Er stellt auf Seite 74 folgende blödsinnige Behauptung auf:

„So ist allgemein bekannt, daß die im Bochumer Knappheitsvorstand sitzenden, der sozialdemokratischen Partei angehörigen Arbeitervertreter für ihre Stellungnahme zu den dort verhandelten Verwaltungsmaßregeln von der sozialdemokratischen Parteileitung aus Berlin ihre Instruktionen erhalten.“

Für jeden vernünftigen Menschen ist es selbstverständlich, daß diese Behauptung blanker Unsinn ist. Die sozialdemokratische Parteileitung in Berlin hat wahrlich wichtigeres zu tun, als Knappheitsvertreter über ihre Stellungnahme zu Verwaltungsmaßregeln der Knappheitsklasse zu instruieren.

Wir waren geneigt zu glauben, daß Herr Engel ein harmloses Gemüt besitze und einem Spatzvogel eingegangen sei. In der Tat ist er das aber nicht, denn er gibt in einer anderen Stelle der Broschüre folgendes:

„Die Münchener Orts-Krankenkasse, welche eine rein sozialdemokratische Verwaltung hat, ist pleite, denn sie hat ein Defizit von nahezu 800 000 M. Nun hat die Generalversammlung stattgefunden und sich mit den Zuständen in der Verwaltung gründlich beschäftigt. Das Resultat der ertregten Verhandlungen war die Annahme folgender Resolution:

„Die Versammlung verurteilt entschieden die offenkundige Bevorzugung sozialdemokratischer Agitatoren bei Anstellung der Probanten und die damit verbundene Zurücksetzung von alten erprobten Verwaltungsbeamten. Sie protestiert nachdrücklich gegen den vollständigen Ausschluß nichtsozialdemokratischer Arbeiter von der Generalversammlungsbeteiligung und hält die gesetzliche Festlegung des Proporz bei den Krankenkassen für eine unabwendbare Pflicht der Gesetzgebung.“

Diese scharfe Resolution hat eine um so größere Bedeutung, als die Mehrheit der Arbeiter in dieser Versammlung Mitläufer der Sozialdemokratie waren, die nun erkennen lernten, daß derjenige, der die radikalsten Reden zu halten weiß, nicht immer auch der beste und tüchtigste Mensch in der praktischen Arbeit ist.“

Als dieser jämmerliche Schwundel, den sich irgend ein Zeilenreißer aus den Fingern gefogen hatte, vor einigen Monaten aufkündigte, wurde er sofort angezogen. Es ist also eine seit Monaten öffentlich bekannte Tatsache, daß diese Resolution niemals beantragt und niemals beschlossen worden ist. Die Angaben eines Mannes, der mit solchen öffentlich als Unwahrheiten erwiefsenen Behauptungen operiert, verdienen nicht die geringste Beachtung.

Der Diplomat Thyssen.

Herr Thyssen heuchelt Furcht vor den — Versprechungen der Regierung. Er soll in einer Unterredung gesagt haben:

Das kommende preussische Vergesetz sei ein großes Unglück, das zu ernststen Konsequenzen für die Industrie führen werde. Die Industrie habe schon jetzt mit hohen Zöllen und starker Konkurrenz des Auslandes zu kämpfen. Die Arbeiter sehen an der Nachgiebigkeit der Regierung, wie sie es machen müssen. Zweifellos werden sie bald weitere Forderungen stellen, und außerdem wird die auferhalb des Bergbaues stehende Arbeiterklasse sich an dem Vorgehen der Bergarbeiter ein Beispiel nehmen. Wenn die Regierung eingreifen wollte, so hätte sie es vor dem Ausstand tun sollen. Jetzt warte ihre Einwirkung nur schädlich. Die Regierung sei gegen den Bergbau zu sehr eingenommen infolge ihrer verfehlten Hibernapolitik. Bei einer Festsetzung der Arbeitszeit einschließlich der Seilfahrt auf acht Stunden sei es dem Bergbau unmöglich, in der bisherigen Weise zu bestehen. Die Einführung von Arbeiterausschüssen müsse vollständig verworfen werden. Strafen an Stelle des Wagnissens hätten sich immer noch ungünstig für die Arbeiter erwiesen. Es sei unausbleiblich, daß die geplanten Maßnahmen der Regierung zu einer Erhöhung der Kohlenpreise führen.

Die Regierung wird wünschen, daß die Bergarbeiter ihre Ankündigungen auch so ernst nehmen, wie Herr Thyssen sich anstellt, sie zu nehmen. Die Bergarbeiter werden ihr den Gefallen aber nicht tun.

Wie die Unternehmer den wirtschaftlichen Kampf im Ruhrrevier politisch auszunutzen suchen, zeigt folgende Auslassung der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ über den Streik:

„Für uns hat der Vorgang, um es noch einmal kurz zu rekapitulieren, in erster Linie symptomatische Bedeutung, insofern er zur Evidenz zeigt, in welchem Grade das Unternehmertum darauf angewiesen ist, im Interesse der nationalen Gesamtheit der eigenen Kraft eingedenk und auf die gemeinsame Abwehr von Angriffen bedacht zu sein, die zum letzten Ende doch nur auf den Sieg des demokratischen Sozialismus über die herrschende Rechts- und Gesellschaftsordnung abzielen.“

Ebenso politisch behandelt ja übrigens der Bergmeister Engel in seiner Broschüre den Streik.

Ueber die Zahl der Streikenden meldet „W. L. B.“ vom 30. Januar: In den 18 Bergwerks-Revieren des Oberbergamts-Bereichs Dortmund führen heute von einer Gesamtbelegschaft von 245 933 Mann der streikenden Zechen unter und über Tage 50 918 Mann an; mithin fehlten 195 015 Arbeiter gegen 194 286 in der vor-gegangenen Schicht; es ist demnach eine Zunahme der Streikenden um 729 zu verzeichnen. In den einzelnen Bergrevieren sind insgesamt unter und über Tage eingefahren: in Hamm 548 von 1603, Dortmund I 2739 von 13 888, Dortmund II 5385 von 18 974, Dortmund III 4442 von 17 114, Neudinghausen Ost 3119 von 14 992, Neudinghausen West 1718 von 14 023, Witten 3128 von 11 007, Gattungen 1748 von 8748, Süd-Vohum 2054 von 10 255, Nord-Vohum 3576 von 15 278, Herne 2915 von 16 390, Gelsenkirchen 2601 von 15 221, Wattenscheid 3654 von 15 982, Ost-Essen 2425 von 13 467, West-Essen 2802 von 16 506, Süd-Essen 2879 von 13 810, Werden 449 von 2051 und Oberhausen 4676 von 26 615.

Bewegungen in anderen Revieren.

Montag morgen gegen 11 Uhr versammelten sich etwa 100 Mann der Belegschaft des Hermannshutes der staalischen Steinkohlen-grube „Königin Luise“ bei Zabrge in Oberschlesien und verlangten die Ausfahrt. Von dem sofort herbeigekommenen Berginspektor wurde eine Verkürzung der Schicht und höherer Lohn gefordert. — Da eine dahin gehende Zusage nicht gegeben werden konnte, fuhren die 100 Mann aus.

Waldenburg, 30. Januar. Die Vertrauensmänner einiger Gruben des Waldenburger Kohlenreviers haben den Verwaltungen ihre Witten betreffend Lohnhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt vorgebracht. Die Verwaltung der Steinkohlengrube „Glückhills-Friedenshoffnung“ in Niederbermsdorf hat beabsichtigt, vom 1. Februar ab Schichten und Bedingelöhne zu erhöhen. Neuerdings sind eine ganze Anzahl Bergleute, die vor einigen Jahren nach Weisfalen übersiedelt waren, in das Waldenburger Revier zurückgekehrt.

Gleiwitz, 30. Januar. (Privatdepesche.) Dem „Oberschlesischen Wanderer“ zufolge sind auf dem Georgschachte der fiskalischen Grube „Königin Luise“ am Sonnabend 300 Arbeiter nicht angefahren. Sie forderten Lohnhöhung und Erhöhung des Kohlendeposits. Die gleiche Forderung stellte die Belegschaft des Krugshachtes. Dies Dienstag wurde den Arbeitern Antwort zugesagt.

Kuhrort, 30. Januar. (W. L. B.) Die Hütte „Phönix“ kündigte ihrer gesamten Belegschaft von etwa 3500 Mann, weil es ihr nicht möglich ist, trotz großer Anstrengungen, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Die Kündigung wird zurückgezogen, wenn es der Hütte gelingt, die nötige Kohlenmenge aufzutreiben.

Weiter streiken.

In einer großen Bergarbeiter-Versammlung in Essen verlas der Vorsitzende eine Resolution des Inhalts, daß der Wiederbeginn der Arbeit abhängig gemacht werde von der Anerkennung der Siebenerkommission. Fortfall jeder Maßregelung und dem Versprechen, daß der Bergbauverein zu Verhandlungen bereit ist. Ein Redner wandte sich in wenigen Worten gegen die Resolution und forderte Anerkennung aller gestellten Forderungen. Bei der Abstimmung erhoben sich nur etwa 10 bis 15 Hände. Eine neue Resolution, die fordert, daß die Arbeit nicht eher wieder aufgenommen werden solle, bis alle Forderungen anerkannt sind, fand freudige Aufnahme. Für diese Resolution erhoben alle die Hand. Ebenso beschloß eine zweite Versammlung in Essen.

Verfehlte Quertreibereien.

Große Erregung herrscht in den Bergarbeiterkreisen, weil am Sonntag zahlreiche gefälschte Flugblätter verbreitet wurden, worin die Siebenerkommission zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordert; der Erfolg war, daß Arbeitswillige sich den Streikenden anschlossen.

Ein Streikurteil.

Der Bergmann Graf von Ebing soll am 16. Januar d. J. zu den von der Zeche kommenden Bergleuten Gories geäußert haben: Warum geht Ihr noch zur Zeche. Ihr verfluchten Hunde, morgen geht Ihr nicht mehr zur Zeche, dann mache ich Euch kaputt! Ferner soll Graf das Haus des Gories mit Biegesteinen bombardiert und den hinzukommenden Bergmann Solinsky durch einen Schlag mit einem solchen Stein eine Kopfverletzung beigebracht haben. Das Urteil lautete auf — neun Monate Gefängnis.

Geistliche in Versammlungen.

In einer Versammlung in Hückarde traten der evangelische Pfarrer Schürmann und der Kaplan Söhr als Redner auf. Beide verurteilten das Verhalten der Unternehmer ganz entschieden, und Schürmann erklärte, daß dieser Streik den aufmerksamen Beobachter keineswegs überrascht habe. Er habe den Streik längst kommen sehen, und nie sei ein Streik berechtigter gewesen als dieser.

Ein Nordschwindel. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hatte behauptet, ein Streikender habe einen Arbeitswilligen ermordet. Jetzt muß sie selbst zugeben, daß der Mörder ein Arbeitswilliger war.

Bergarbeiterlöhne.

Die nachstehende Aufstellung ist aus Lohnbüchern von Schicht II der Zeche „Deutscher Kaiser“ im Oberhausener Revier. Es wurden gezahlt in (man beachte, daß es sich immer um Monatsrechnungen handelt, so daß 26 Schichten die größte der ohne Ueber-schichten möglichen Zahl von Schichten ist):

Schichten	M.	Schichten	M.
23	93,60	25	118,06
26	96,20	30	129,00
24	116,64	26	110,92
34	125,80	27	124,15
23	104,03	27	123,65
22	101,17	23	92,00
30	135,07	24	103,88
24	107,04	32	129,02
24	113,57	32	115,93
22	83,60	25	117,15
25	112,26	23	108,53
35	142,00	26	106,38
27	123,13	25	106,65
29	98,50	28	112,41
27	98,50	26	109,20
24	99,31	25	116,67
25	117,16	22	103,72
25	106,68	30	126,94
27	124,00	24	98,94
21	94,14	26	93,60
28	128,42	27	128,77
22	104,86	27	116,10
25	114,54	34	149,60
28	112,00	30	135,07
19	82,70	34	147,28
25	115,84	21	92,51
21	95,66	27	110,00
24	105,77	16	68,25
30	114,00	22	70,80
29	116,00	23	111,96
27	116,10	25	119,63
29	128,40	28	100,40
24	107,44	33	151,52
20	84,82	25	103,00
30	118,88	23	108,67
24	110,77	24	94,02
26	89,25	24	64,80
4	10,80	26	111,80
22	88,16	22	101,81
24	106,67	29	138,14
18	83,29	24	113,60
23	96,45	30	129,63
24	112,71	17	81,58
6	21,17	21	94,76
22	111,21	29	127,93
25	88,99	24	103,94
26	98,80	33	121,18
28	112,75	22	93,84
24	118,67	16	74,67
10	46,30	35	140,00
30	108,66	26	70,20
28	130,18	23	86,17
25	121,17	30	135,07
24	112,40	26	98,00

In 76 Lohnbüchern vom Monat Dezember wurden Schulden ermittelt, mußten die Inhaber also noch Geld mit zur Zeche bringen. Als Beweis mögen einige Proben folgen. Es mußten mitgebracht werden: 0,86 M., 88,00 M., 59,27 M., 2,32 M., 92,77 M., 0,54 M., 3,17 M., 0,27 M., 3,26 M., 43,30 M., 33,39 M., 37,74 M., 24,10 M., 17,79 M., 13,36 M., 1,70 M., 30,37 M., 79,13 M., 25,18 M., 3,11 M., 55,66 M., 31,50 M., 66,54 M., 24,02 M., 14,08 M., 79,39 M., 34,39 M., 56,38 M., 37,79 M., 12,81 M., 8,64 M., 9,56 M., 8,65 M., 0,17 M., 48,17 M., 4,89 M., 21,11 M., 15,98 M., 33,92 M., 2,34 M., 2,42 M., 4,50 M., 41,06 M., 2,14 M., 7,81 M., 51,44 M., 61,81 M., 15,66 M., 0,25 M.

Die Revolution in Rußland.

Die gewaltige Ausstandsbewegung greift noch immer um sich. In Petersburg und Moskau scheint sie zurückzugehen. Dagegen wächst sie in den übrigen Industriezentren. Ramentlich in Rußisch-Polen scheint die Gärung ungeheuer. In Warschau ist es zu einem schweren Völkerrrechtsbruch gekommen von der Art, der seinerzeit den Kreuzzug nach China veranlaßt hat. Die russische Regierung aber fährt fort, den Damm zu beschwören, indem sie alles auf Juden, Japaner und Engländer zurückführt.

Zur Lage.

Ein Privatdepesche unseres W-Berichterstatters meldet uns aus Petersburg:

Kein Wunder ist alles ruhig. Die Polizei sucht jetzt zu beweisen, daß ein Zusammenhang zwischen der Arbeiterbewegung und der Reformbewegung der gebildeten Klassen besteht.

Die Anklage gegen die am Dienstag verhafteten Schriftsteller lautet dahin, daß sie eine provisorische revolutionäre Regierung bilden wollten. Den Verhafteten lagen solche Gedanken fern. Die westliche Grenze ist jetzt von Truppen und Geschützen stark entblößt. Die Festung Kowno ist beinahe völlig schußlos.

Gorki.

In unserer vorstehenden Privat-Depesche ist angegeben, wessen man Gorki und seine Genossen anklagt. Nach anderen Meldungen soll das Beweisstück ein Dokument sein, das gar nicht von den Verhafteten herrührt.

Die Festschloß, in der Gorki und seine Genossen schwebten, hat das Bewußtsein der ganzen Kulturwelt aufgeschreckt. Sogar die deutschen Intellektuellen raffen sich zu einer etwas würdigeren Haltung auf. In Berlin hat sich ein Komitee gebildet, das folgenden Aufruf erläßt:

Maxim Gorki, der Dichter des „Nachtsyl“, der warmherzige und tiefgründige Kenner und Schilderer der Volksseele, der in der ganzen gebildeten Welt verehrt und gefeiert Schriftsteller, ist während der jüngsten erschütternden Ereignisse mit anderen Vertretern der russischen Intelligenz verhaftet worden. Seine Zukunft, vielleicht sogar sein Leben ist bedroht.

Die Welt des Geistes kennt keine Landesgrenzen. Das Schicksal Gorkis kann niemand gleichgültig lassen, dem die edelsten Güter der Menschheit am Herzen liegen. Wie er durch seine Werke weit über sein Vaterland hinaus alle Gebildeten einen Rechtsanspruch an sein Leben und sein künstlerisches Schaffen. Sie alle sind befugt, den Petersburgers Gorki eindrucklich zuzurufen: Dieser Mann gehört nicht Euch; er gehört seinen hohen Aufgaben; er darf kein Opfer politischer Willkür werden!

In dem Verlangen, der allgemeinen Empfindung einen möglichst nachhaltigen, möglichst wirkungsvollen Ausdruck zu geben, bitten wir die Gleichgesinnten, sich diesem Protest anzuschließen.

Dr. Theodor Barth. Dr. Ludwig Fulda. Gerhart Hauptmann. Prof. Ernst Haeckel. Hugo v. Hofmannsthal. Walter Leistikow. Prof. Max Liebermann. Prof. Oskar Liebreich. Prof. D. Franz v. Liszt. Prof. Simmel. Hermann Sudermann. Dr. Ernst v. Wildenbruch.

In München wird an diesem Freitag eine Massenversammlung stattfinden, an der Schriftsteller, Künstler, Politiker aller Richtungen und Parteien teilnehmen.

Aus Rom meldet uns eine Privat-Depesche:

Fürst Borchgrefe bringt namens der äußersten Linken im Parlament einen Antrag zugunsten einer Regierungsdaktion für Gorki und seine Mitverhafteten ein.

So weit sich Sozialdemokraten an diesen Kundgebungen beteiligen, geschieht es immer nur in dem Sinn, daß der Fall Gorki, der als Dichter ja mit dem Sozialismus sympathisiert, nur ein Symbol ist für die Bestialität des Jarrismus, nur ein Name unter den Tausenden Namenloser, die im Dienste der Freiheit fallen.

Erwähnt sei beiläufig, daß die „Deutsche Tageszeitung“ und ähnliche deutsche Blätter durchaus damit einverstanden sind, daß Gorki gehetzt wird, sofern er schuldig sein sollte — von Rechts wegen!

Die Feinde Rußlands.

Kunmehr hat auch die Kirche ihr Sprüchlein hergesagt; es ist das alte Motiv: Ausländer, Fremde sind's zumeist. . .

Der heilige Synod richtete an die Rechtgläubigen aus Anlaß der jüngsten Vorgänge ein Sendschreiben, in dem es heißt:

In dem Moment, wo alle einmütig zum Schutz des Vaterlandes zusammenstehen müßten, brachen in der Residenz und in anderen Städten Streits aus. Durch innere und ausländische Feinde aufgeregt gaben Zehntausende von Rechtgläubigen die Arbeit auf, entschlossen, gewaltam ihre angeblich mit Fingern getretenen Rechte zu erzwingen. Viele friedliche Bürger blieben ohne Brot. Manche ihrer Kameraden blühten nutzlos ihr Leben ein, reuelos und verbittert. Ihre Verführer hatten in ihrer Mitte einen verbrecherischen Geistlichen, der frech sein heiliges Gelübde verachtete und jetzt dem geistlichen Gericht unterliegt. Er entblüdete sich nicht, den betrogenen Arbeitern ein aus der Kapelle gewaltsam genommenes Kreuz, Heiligenbilder und Kirchenfahnen in die Hände zu geben, um unter dem Schutz der dem Gläubigen teuren Heilig-tümer die Arbeiter um so sicherer zu den Unruhen und andere auch in den Tod zu führen.

Am betrübendsten ist es, daß die Unruhen hervorgerufen und er-keucht wurden durch Feinde Rußlands und der öffentlichen Ordnung. Es gingen ihnen bedeutende Geldmittel zu, um den Bürgerkrieg herbeizuführen, und um durch Abziehen der Arbeiter von der Arbeit die rechtzeitige Entsendung von Land- und Seetruppen nach dem Osten und die Versorgung der aktiven Armee mit allem Notwendigen zu verhindern. Die Feinde Rußlands sind bestrebt, seine Stützen, die Orthodoxie und die Selbstherrlichkeit, zu erschüttern, ohne welche Rußland zugrunde ginge.

Dieser Überwitz kennzeichnet nur die Politik des Jarrismus, der freilich mit Gold, Dynamit und gedungenen Räubern, namentlich in den Balkanstaaten, Unruhen stiftete, Fürsten und Minister aus dem Wege räumte.

Das Völkerrrecht angeworfen.

„Daily Mail“ meldet aus Warschau von gestern, der englische Generalkonsul und der Bizekonsul seien auf offener Straße von russischen Husaren angegriffen worden. Der Bize-konsul sei von zwei Husaren niedergelassen und durch Säbel-hiebe bedenklich verletzt worden, der Generalkonsul sei unverletzt geblieben.

Dazu wird dem Blatte aus Petersburg gemeldet, daß der englische Vorkonsul zunächst eine Untersuchung eingeleitet und die Behörden um Schutz für den Generalkonsul ersucht habe.

Wilhelm II. hat bei einer ähnlichen Gelegenheit ge-sagt: „Die Chinesen haben das Völkerrrecht umgeworfen, sie haben in einer in der Weltgeschichte nicht erhörten Weise der Heiligkeit des Gesandten, den Pflichten des Gastrechtsohn gesprochen!“

Aber auch ein Reichsdeutscher ist in Petersburg getötet worden. Darüber meldet „Laffan“: Der deutsche Vorkonsul Graf Alvensleben überreichte dem Minister des Auswärtigen Grafen Lambdorsff eine Note, worin er ihm die Tötung eines Deutschen bei den Unruhen in Petersburg am vorigen Sonntag mitteilt. Graf Lambdorsff über-mittelte die Note dem General Trepow zur weiteren Unter-suchung des Falles.

Ausbreitung der Revolution.

Saratow. Alle Arbeiter und Angestellten der Pferdebahn haben die Arbeit eingestellt. Die Schüler der obersten Klasse des Gymnasiums und der Realschule weigerten sich, an dem Unterricht teilzunehmen. Nach Verlassen der Schulen wurden die Schüler durch eine Patrouille Kosaken mit Raikalen geschlagen. Abends fand eine Versammlung der Stadt- und Landshafstverordneten statt.

Homel (Gouvernement Mohilew). Die Handwerker, Handelsgesellen, Apothekergehilfen, Bankbeamten und Dienst-boten haben die Arbeit eingestellt.

Ritan. Der Ausstand dauert fort.

900 Personen in Sewastopol verhaftet?

In Sewastopol sollen 900 Personen verhaftet worden sein. Die Marine- und Militärbehörden erhielten Befehl, den Auf-stand mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Ausweisung der Berichterstatter.

Aus Petersburg wird gemeldet: Infolge der Ueberreibungen, welche verschiedene Korres-pondenten an ihre Blätter gerichtet haben, werden künstliche hier weilende ausländische Korrespondenten einem Verhör unter-zogen, und sollen diejenigen, die sich nicht genügend ausweisen können, aus Rußland ausgewiesen werden.

Was aber geschieht mit den offiziellen Bignern?

Interpellationen und Sympathie Kundgebungen.

In Petersburg fand eine Versammlung der Rechtsanwälte statt. Hierbei wurde eine Resolution gefaßt, die besagt, der Ausweg aus der gegenwärtigen Lage wäre eine Berufung von Volksvertretern aller Stände, welche daran arbeiten sollten, gesetzliche Zustände herbei-zuführen.

Wien. Abgeordnetenhaus. In Verantwortung einer Inter-PELLATION Rask über eine angeblich mit der russischen Regierung vereinbarte Intervention der bewaffneten österreichischen Macht in den benachbarten russischen Grenzgebieten behufs Herstellung der Ruhe erklärt Ministerpräsident Freiherr v. Gautsch, diese Nach-richt entbehre jeder tatsächlichen Grundlage.

In Zürich erklärte eine sozialdemokratische Massenversammlung den russischen Freiheitskämpfern ihre Sympathie.

In England finden Sammlungen für die Opfer der Peters-burger Vorgänge statt. Zahlreiche große Beiträge sind zugesagt worden.

Warschauer Briefe.

Warschau, 28. Januar. (Fig. Ver.) Bereits am Mittwoch abend und am Donnerstag ist hier der Aufruf der Sozialdemokratie Rußisch-Polens und Litauens über die Petersburgers Ereignisse massenhaft verbreitet worden, in dem zum General-streit und zum solidarischen Auftreten für die sofortige Einberufung der konstituierenden Versammlung aufgefordert wurde. Am Freitag und heute (Sonnabend) erschien noch ein spezieller Aufruf zum General-streit mit folgenden Forderungen: Achtsundentag, öffentliche Arbeiten für die Arbeitslosen, Einberufung der konstituierenden Ver-

Jammlung zum Zwecke der sofortigen Beendigung des Krieges und Proklamierung der Republik, außerdem noch ein besonderer Aufruf an die Intelligenz mit der Aufforderung zur Unterstützung der Arbeiter in diesem Moment des Kampfes.

Am Donnerstag begann auch der Streik in verschiedenen Fabriken, am Freitag war er bereits allgemein. Die Arbeiter gingen von Fabrik zu Fabrik und hatten leichte Mühe, die Arbeitenden zur Niederlegung der Arbeit zu überreden. Am Sonnabend, heute, steht schon alles: die Bäckereien, Drochken, Straßenbahnen stehen still. Zeitungen erscheinen nicht. Heute, Sonnabend, haben die Arbeiter angefangen, das Schließen der Läden zu fordern, und wo man sich dem widersetzen wollte, durch das Zertrümmern der Schaufenster den Ladenschluss zu erzwingen. Am Freitag haben die Telephonistinnen auf der Hauptstation die Arbeit niedergelegt; die Station wurde von Polizei und Militär umzingelt. Die Telephonverbindung mit Lody ist zerstört. Gleichfalls am Freitag haben die Arbeiter der städtischen Gasanstalt die Arbeit niedergelegt. Die Streikenden sind hier durch Soldaten erschreckt worden. Alle Straßenlaternen sind zertrümmert, in der Stadt herrscht fast überall völlige Dunkelheit. Eine allgemeine Teuerung ist schon eingetreten. Ein Laib Brot kostet 30 bis 80 Kopeken! Ein Quart (zirka 1/2 Liter) Petroleum kostet 40 Kopeken! Mehl und Gröhe sind überhaupt nicht mehr zu haben. Die Drochkenfabriken wollten anfänglich nicht streiken, aber unsere Leute hielten die fahrenden Drochken systematisch an, zwangen die Passagiere zum Verlassen des Wagens und zum zahlen, und schickten die Autos mit Gefährt ruhig, aber nachdrücklich nach Hause. Heute um 2 Uhr kufierte keine Drochke mehr. Die städtische Wasserleitung ist von Militär bewacht. Die Schulen sind geschlossen und zwar infolge des von einigen Gymnasien begonnenen Schülerstreiks. Auch kleine Werkstätten stehen heute alle still. Polizei ist in der ganzen Stadt fast nicht zu sehen. Sie räumt offenbar dem Militär gänzlich das Feld. Nur hier und da hört man den Schritt militärischer Patrouillen. Jetzt, in der Dunkelheit des Abends, wo keine Laternen brennen, nur in den Straßen ein lebhaftes, erregtes Hin- und Herrennen und von weitem einige Gewehrsalben zu hören sind, macht die Stadt wahrhaft einen unheimlichen Eindruck. Apropos, die Arbeiter haben die Monopolläden (Brantweinläden) gestürmt und allen Rufel auf die Straße gegossen, damit später die Leute, vom Hunger getrieben, sich nicht dem Saft hingeben. Die Gewehrsalben kommen von der Vorstadt Wola, „unserem Montantr“, wie der „Warschawski Dniem“ schrieb.

Warschau, 26. Januar.
Gesien wurde der Aufruf des Zentralkomitees der Polnischen Sozialistischen Partei verbreitet. In dem Aufruf heißt es u. a.: „Genossen! Das, was wir mit Ungeduld erwartet haben, ist endlich eingetroffen. Zu den Anzügen gegen das sinkende Jarat ist die wichtigste gekommen — der Angriff des russischen Proletariats.“

Warschau, 27. Januar.
Alle größeren Fabriken sind vom Streik mitgerissen. Am drei Uhr ist in den Werkstätten der Warschau-Wiener Eisenbahn die Arbeit eingestellt worden. Die Zahl der streikenden Eisenbahnwerkstätten-Arbeiter ist 8000. Bei Vormann u. Szewde fielen die Kosten in die Fabrik ein, als die Arbeiter den Dampf herauskühlten. Auch in den Petroleumdepots wird gestreikt. In der Fabrik von Rohu u. Zielinski wollten die Ingenieure die Arbeiter erschlagen. Da frümmten die Arbeiterfrauen in die Fabrik und zwangen die Ingenieure, herauszugehen. Die Arbeiter der Wasseranstalten streiken.

Nachmittags um 5 Uhr schlug das Militär in dem Stadtteil Lesznow mit den Bajonets auf die Arbeiter ein — über 20 Personen sind verwundet. Eine Salve wurde an der Elektoralna- und Chlodnastraße auf die Menge abgegeben — fünf Arbeiterleichen. An der Fabrik Verlach u. Puls wurden vier Polizisten getötet.

Gesien, 25. Januar.
Die Erregung der Bevölkerung ist kolossal. In die Dragonerkaserne wurde eine Dynamitpatrone hineingeworfen, die das Tor stark beschädigte. Einige Tage später wurde in dieselbe Kaserne durch das Fenster auf Offiziere mit einem Revolver geschossen.

Wilna (Litauen), 25. Januar.
Montag abend erfuhren wir von den Petersburger Ereignissen. Am Dienstag proklamierten die Genossen den Generalstreik, der auch schon fast vollständig durchgeführt ist. Die Behörden sind unruhig. Das Polizeigebäude wird von Militär geschützt. Viele Arbeiter werden auf den Straßen verhaftet. Die Zeitungen erscheinen nicht. Die Bäder streiken ebenfalls.

Warschau, 30. Januar. (B. Z. V.) Der Verkehr in der Stadt ist vollständig eingestellt. Sämtliche Restaurants und Cafés sowie die Läden sind geschlossen. In vielen Läden, Instituten und Bureaus sind die Fenster eingeschlagen. Die Zahl der Opfer bei den gestrigen Unruhen ist nicht genau bekannt; man schätzt sie auf 100 Tote bezw. Verwundete.

Gesien, 29. Januar. Um den Eisenbahnverkehr zwischen dem mobilisierten Bezirk und der Gegend, nach der die Reservisten befördert werden sollen, zu unterbrechen, haben Arbeiter mit Hilfe der Reservisten folgende Eisenbahnstörungen herbeigeführt. Zwischen den Stationen Jelin und Radom bei Petrusau, bei Pabianice und bei vielen anderen Punkten der Warschau-Wiener Bahn zwischen Lody und Kalsich sind die Eisenbahnbrücken zerstört oder beschädigt worden. Bei Jelin ist die Eisenbahn in einer Länge von mehreren Meilen unpassierbar geworden. Auf der Eisenbahnbrücke unweit Sieradz bemerzte der Lokomotivführer Gegenstände zwischen den Schienen liegen, er hielt den Zug an und fand Dynamitbomben. Es ist jetzt besondere Aufsicht und Wachsamkeit des Eisenbahnpersonals erforderlich, das nur mit der größten Aufopferung seinem Beruf nachkommen kann. Militärposten sind zur Ausschilfe kommandiert und halten die Eisenbahnlinie besetzt. Der Personenverkehr strotzt, die Bevölkerung fürchtet, unter den gegenwärtigen Umständen die Eisenbahn zu benutzen.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands erläßt folgenden Aufruf*):

An die zivilisierte Welt!
Bürger! Der 9./22. Januar 1905 ist mit feurigen Buchstaben in die Weltgeschichte eingetragen. An diesem Tage packte die Hand des russischen Proletariats die autokratische Bestie an der Gurgel. Noch gerührt ihm die Bestie die Hand, heute, morgen aber wird das Ungeheuer erdrückt zu Boden sinken. Diese eiserne Hand ist die Trägerin des Heiles des russischen Volkes, des Heiles Rußlands, das gequält, gedemütigt, verzweifelt unter der Last des grausamen verbrecherischen Regimes stöhnt.
Ein ganzes Jahrhundert hindurch war die Freiheit und die Zivilisation ein unerreichbares Ideal der besten Bürger des gezeichneten Vaterlandes. Nur wenige kämpften, muhten aber unter den Dicken der Herrscher des Winterpalais ihr Leben einbüßen. Bespritzt vom Blute der geknechteten Nationalitäten, auf den Leiden von vor Hunger sterbenden Bauern und Arbeitern baute der Zarismus seine Hegemonie über das zivilisierte Europa, indem er sich auf Millionen von Sklaven stützte, die jedes Rechts bar waren. Ueberall säte er das Paster, überall wurde er zur Stütze für die Reaktion und die nationale Völkerei. Der Kampf gegen den Zarismus, seine unbegreifliche Verdrängung ist mit dem Kampfe gegen den wilden Barbarismus und die europäische Kultur identisch, — dem Kampfe, der den letzten Akt der Weltgeschichte bildet, welche die große Revolution des 18. Jahrhunderts gestellt hat. Hunderten und Tausenden von Vertretern der höchsten Schichten Rußlands war es nicht genug, diese historische Tat zu vollbringen, ihr langjähriger Kampf konnte das Regime der Anate nicht erschüttern. Der in seinem Inneren durch und durch verfaulene Absolutismus erreichte in seiner erbitterten Verfolgung all diejenigen, was man als Idee be-

zeichnen konnte, die höchste Stufe des Ignorismus und der Grausamkeit. Der Literatur wurde ein Maulkorb angehängt, den Schriftstellern drohte ewig die Gefasse des Kerkers und der Verbannung, die Wissenschaft wurde in Ketten geschlagen, die Unversitäten fielen der Polizei, die wenigen Schulen den fanatischen Papen anheim, Hunger und Seuche wütheten in den ruinierten Dörfern; der vom Zarismus geknechteten Völkern bemächtigte sich die Verzweiflung.

Die Bestialität des Zarismus in Finnland entsetzte die ganze Welt; das Stöhnen der Kischinewer Opfer erschütterte die Menschheit. Was aber die Autokratie in Finnland und in Kischinew tat, tat sie auch immer in Polen und in Litauen, in Sibirien und im Kaukasus, dasselbe veranfaltete sie auch in ungeheurer Maße in den Straßen Petersburgs, als die Bevölkerung der Residenzstadt die Forderungen Rußlands an die Selbstherrschafft stellte.

Vom revolutionären Proletariat hingestrichen und alle recht-schaffenden Glieder der Bourgeoisie mit sich reisend, forderte die Bevölkerung der Residenzstadt in einer majestätischen, friedlichen Manifestation den Zaren auf, eine allgemeine Konstitutionsversammlung einzuberufen, um die Wunden des Landes zu heilen, die die Jahrhunderte dauernde Herrschaft der Henker demselben geschlagen hat. Die friedliche Demonstration beantwortete der Zar mit Gewehr- und Kanonenschüssen. Es wurden Männer, Frauen und Kinder getötet. Es wurden Arbeiter, Studenten, Bourgeois, Priester getötet. Dieselben Offiziere, die vor den Japanern kapitulierten, schlachteten kaltsblütig Kinder und Frauen ihres Volkes.

Tod dem Zarismus! — antwortete auf diesen unerhörten Vandalismus das Proletariat. Tod dem Zarismus! — wird auch ganz Rußland antworten. Die Nachricht vom Petersburger Massaker tief schon Arbeiterdemonstrationen in anderen Städten hervor.

Die Sozialdemokratie gibt sich die größte Mühe, um die Proletariat Rußlands dazu zu bewegen, sich dem Aufstande in Petersburg anzuschließen.

Alle revolutionären Kräfte werden nunmehr darauf gerichtet, die dem Zarismus am 9./22. Januar zugefügte Wunde für ihn verhängnisvoll zu machen. Und sollte es der Reaktion im gegenwärtigen Augenblicke gelingen, die Bewegung für einen Moment zu meistern, so wird sie nach kurzer Zeit mit vermehrter Kraft einen neuen Schlag führen.

Was in Rußland vor sich geht, dem kann die zivilisierte Welt nicht gleichgültig zusehen. Der Zarismus lebt seine letzten Tage inmitten des Bürgerkrieges, inmitten der Leichen seiner rebellischen Untertanen.

Zum letzten siegreichen Kampf bereit wird das demokratische Rußland zum politischen Faktor, dem die zivilisierte Menschheit schon jetzt Rechnung tragen muß. Die Bürger der freien Länder können unmöglich Feinde der Freiheit sein, die sich durch die Greuel des zaristischen Barbarismus ihren Weg bahnt. Jetzt weiß die Welt, daß der Zarismus verurteilt, seine Existenz zu verlängern, indem er sich lediglich auf Bajonette stützt. Das Regime der Bajonette ist aber eine Politik der Abenteuer, eine Bedrohung der ganzen Welt. Das russische Proletariat bringt seine Opfer auf dem Altar der Zivilisation, der Freiheit und des Friedens.

In Hülfe denn, ihr Bürger der freien Länder! Nicht nur um ihre eigene Sache, nicht nur um die Sache Rußlands, sondern um die Sache der ganzen Welt, um eure Sache kämpfen die Kämpfer der russischen Revolution!

Und sie sind überzeugt, daß sie in dieser bedrohlichen, entscheidenden Stunde eure Unterstützung nicht vermissen werden.

Rieder mit dem Zarismus!
Möge die Verachtung und der Haß der ganzen zivilisierten Welt ihn treffen!

Es lebe das russische Volk!
Rieder mit den Schranken, die die Reaktion zwischen ihm und der freien Menschheit errichtet hat!

Hoch die russische Revolution!
Hoch das russische Proletariat!

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands.
Für den Rat der Partei: G. Medanow, P. Angelrod.

Für das Zentralkomitee: A. Storoff.

Für das Zentralkomitee „Iskra“: Wera Cassulitsch.

Für die ausländische Liga der russischen Sozialdemokratie: L. Deutsch.

Genf, 25. Januar 1905.

Die deutsche Regierung verteidigt die russischen Megeleien.

Kein deutsches Blatt hat die russischen Unmenschlichkeiten ganz zu verteidigen gewagt. Selbst die deutsch geschriebenen Russenorgane haben doch wenigstens die Frage aufgeworfen, ob nicht vielleicht doch zu viel Blut vergossen worden sei. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ aber ist durchaus zufrieden, zumal sie so genial gemessen ist, das Blutvergießen vorauszu sehen. Dieses deutsche Regierungsorgan des Trepow wagt am Sonntag zu schreiben:

Die Voraussetzung, daß die Veramstaltung von Massenaufzügen in den Straßen Petersburgs, vor der am Tage vorher von amtlicher Stelle gewarnt worden war, bedeutliche Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht zur Folge haben würde, hat sich als richtig erwiesen. Wenn angesichts der Vorfälle in Petersburg in Rußland selbst und in einem Teile der west-europäischen liberalen Presse die Sache so dargestellt worden ist, als sei auf friedliche Arbeiter geschossen worden, die nichts Arges im Schilde führten und nur ihre Beschwerden dem Oberhaupt des russischen Reiches vortragen wollten, so gehört dazu ein nicht geringes Maß von Unaufrichtigkeit. Die von dem Priester Sapon entworfene Petition hatte einen ausgesprochen revolutionären Charakter und enthielt deutlich die Absichten derer, die sich der Arbeitermassen für ihre Zwecke bedienen wollten. Heute kann es kaum noch einem Zweifel unterliegen, daß die russischen Arbeiter sich für Ziele haben misbrauchen lassen, für die sie ihrer übermächtigen Mehrheit nach nicht das geringste Verständnis haben. Die eigentlichen Revolutionäre wütheten sehr wohl, weshalb sie ihre wirklichen Bestrebungen hinter einem sozialen und wirtschaftlichen Mantel verhielten; zahlreiche frühere Anschläge zu politischen Anschlägen in Rußland sind wirkungslos verpufft, weil sie in den Massen nicht nur keinen Widerhall fanden, sondern häufig genug geradezu auf Feindseligkeit stießen. Um die Arbeiter auf die Seite der Revolutionäre zu bringen, wurden soziale Forderungen in den Vordergrund gerückt, und erst im letzten Augenblicke, da jede Ueberlegung ausgeschlossen war, wurde von den wirklichen Absichten der Aufwiegler der Schleier fortgezogen. Was nun das Verhalten der Obrigkeit gegenüber solchen Anschlägen anlangt, so wütheten wir vor allen denjenigen, die sich darüber ein ruhiges Urteil bilden wollen, die Frage vorlegen, ob etwa in Paris ein von monarchistischer Seite in Szene gesetzter Massenaufzug zum Einlösen nicht mit den schärfsten Gegenmaßnahmen beantwortet worden wäre... Daß die öffentlichen Zustände in Rußland reformbedürftig sind, ist von den maßgebendsten Stellen in Rußland selbst anerkannt worden. Die Ausarbeitung wichtiger Reformen, mit der das Ministerkomitee befaßt ist, beweist dies deutlich. An dem guten Willen der leitenden Kreise im östlichen Reichreiche zu zweifeln, liegt so lange kein begründeter Anlaß vor, als das Gegenteil nicht durch den tatsächlichen Verlauf der Dinge erwiesen wird. Eine Förderung der auf eine Besserung der Verhältnisse gerichteten Absichten kann in solchen Unternehmungen, wie sie in Rußland versucht worden sind, doch wohl schwierig erblickt werden. Im besten Falle werden die Reformen dadurch aufgehalten, da naturgemäß erst die öffentliche Ruhe und Ordnung hergestellt sein muß, ehe an die Durchführung grundlegender Reformen gedacht werden kann.“

Das ist in einem deutsch geschriebenen Blatt zu lesen. Ganz der Still Trepows. Die Arbeiter haben es verdient, daß sie zu Laufenden niederknietet worden sind. Daß mehr als 20 Knaben gemordet worden sind, das findet das

Organ der deutschen Regierung wohl auch begreiflich. Ja, die „N. A. Z.“ fühlt sich so sehr dem Trepowismus verwandt, daß sie sogar behauptet, an die russischen Regierungsreformen zu glauben.

Aber die russische Regierung in Deutschland mag sich vorsehen, daß sie sich seitens der französischen Regierung keine Intervention zuzieht. Es ist nur zu dumm, als daß es irgend jemand beleidigen könnte: Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ behauptet ernsthaft, die französische Regierung würde ein paar Tausend Monarchisten niederstrecken lassen, wenn sie es wagen würden, ohne Waffen in Massenaufzuge dem Präsidenten Loubet eine Pittichrist zu überreichen!

Aber die Regierung läßt nicht nur a la Trepow schreiben, sie handelt auch danach. Sie hat abermals russische Studenten in Berlin verhaftet und ausgewiesen.

Ausweisung und Verhaftung russischer Studenten.

Am Sonntag wurden zwei russische Studenten unter empörenden Umständen, über die wir morgen näheres berichten werden, verhaftet, durchsucht und ausgewiesen!

Eine offizielle deutsche Sympathieumgebung für die Sieger vom 22. Januar!

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Erfurt, 30. Januar. (Mündliche Meldung.) Auf der Strecke Erfurt-Wutha ist heute morgen 2 1/2 Uhr zwischen Schönau-Gröttsfeld ein Teil des Güterzuges abgerissen und blieb auf freier Strecke zurück. Ein später ankommender Güterzug, der die zurückgebliebenen Wagen holen sollte, lief auf diese auf. Vier Wagen entgleisten und wurden stark beschädigt. Personen wurden nicht verletzt.

Die zweijährige Dienstzeit vor dem Senat.

Paris, 30. Januar. (B. Z. V.) Die Beratung über das Militärgesetz wird wieder aufgenommen. Kolland, der Urheber des ursprünglichen Antrages, unterstützt den Gesetzentwurf, welcher die Armee stärken und das Land befriedigen werde. Doudnot stimmt der Herabsetzung der Dienstzeit zu, mißbilligt aber den Plan zur Schaffung einer Miliz. Durch die zweijährige Dienstzeit werde man eine aktive Armee von 540 000 Mann schaffen. Es sei möglich, aus einem Manne einen tüchtigen Soldaten innerhalb zweier Jahre zu machen; das habe auch der preussische Kriegsminister anerkannt. Schließlich verlangt er die Ablehnung der von der Kammer beantragten Abänderungen betreffend die Dauer der Übungszeit und die Rekrutierung der Reserveoffiziere. Rezières glaubt, daß der Entwurf die Armee nicht stärker machen würde; er verlangt, daß man, um seine Besorgnis zu beschwichtigen, den höheren Kriegsrat befrage. Ricourt de Montfort unterstützt die Bemerkungen Rezières. Armand de Cuberville tadelt den Entwurf, weil er die Kosten des Landes vermehren und die Armee schwächen würde.

Eine Epitelbombe.

Paris, 30. Januar. (B. Z. V.) Um 1/3 Uhr in der letzten Nacht erwiderten Polizisten in dem vom Prinzen Trubekof, einem der russischen Botschaftssekretäre, bewohnten Hotel Lag ein Gefäß von brauner Farbe, aus der eine Röhre herausragte, die eine brennende Lunte enthielt. Die Polizisten löschten die Lunte aus und benachrichtigten den Polizeikommissar.

Gründe der Regierung für das Verbot der Kundgebung.

Rom, 30. Januar. (B. Z. V.) Kammer. In Beantwortung der Anfragen Ventinis und neun anderer sozialistischer Deputierten über das Verbot der Volkskundgebung, die in Rom organisiert war, um gegen die Ereignisse in Petersburg zu protestieren und die Sympathie mit dem russischen Volke auszudrücken, erklärt der Unterrichtsminister im Ministerium des Innern di Sant'Onofrio, Gründe des internationalen Anstandes gegen eine Kundgebung, mit der Italien durch freundschaftliche Beziehungen verbunden sei, und Gründe der öffentlichen Ordnung rechtfertigen das Verbot, das nicht allein gesetzmäßig, sondern auch durch die Anordnungen geboten war, die sich gestern infolge der Beteiligung gefährlicher Elemente ereignet hätten. Diese Anordnungen wären lediglich infolge des unvollständigen Verhaltens der Polizeibeamten nicht in schärferer Ausführung ausgeartet. Wenn schwerere Unruhen sich ereignet hätten, würde die Verantwortung dafür auf die Veranstalter fallen. Der Unterrichtsminister fügt hinzu, zwei Polizeibeamte seien verwundet, zehn leichter verletzt worden. Er glaube, dies genüge, um zu zeigen, welche schädlichen Elemente unter den Manifestanten gewesen seien. (Beifall.)

Antienglische Kundgebungen.

London, 30. Januar. Das „Reutersche Bureau“ meldet aus Petersburg, daß in Liban Palate antienglische Unruhen ähnlich wie in Moskau angefangen seien. Der Postkoffer Harbinger habe energisch dagegen protestiert, indem er erklärte, ein solches Vorgehen könnte nicht verfehlen, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern ernstlich zu gefährden. Der Minister des Auswärtigen Graf Lambdorff sandte dem englischen Postkoffer eine Erklärung, worin er sagte: der Minister des Innern habe die vollständige Entfernung der Palate angeordnet und er versichere ihm, daß die Sicherheit des Generalkonsuls und der englischen Kolonien in Moskau gewährleistet werde.

Die Revolution in Rußland.

Petersburg, 30. Januar. (B. Z. V.) In Warschau ist durch Anordnung des Generalgouverneurs das Gouvernement Lody und das Gouvernement Petrow unter verstärkten Schutz gestellt, die Regierungsgebäude und großen Fabriken werden militärisch bewacht; die elektrischen Leitungen sind zerstört.

Moskau, 30. Januar. (B. Z. V.) Die Arbeit ist überall wieder aufgenommen worden mit Ausnahme in den Fabriken Bromlen und Prodooff. Im allgemeinen haben die Fabrikanten Zugeständnisse gemacht. Am Sonnabend fand eine Versammlung von 500 Studierenden der Akerbau-Akademie statt, um Kundgebungen für Sonntag vorzubereiten; aber die zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffenen Maßnahmen verhinderten die Kundgebungen, zumal Schneefall sich einstellte. Mehrere Gruppen wurden durch die Polizei zerstreut.

Liban, 30. Januar. (B. Z. V.) Der Gouverneur erklärte, er werde Ansammlungen auf den Straßen nicht gestatten. Wenn der Aufforderung zum Auseinandergehen nicht Folge geleistet werden würde, würden die Truppen von den Schutzwaffen Gebrauch machen.

Saratow, 30. Januar. (B. Z. V.) In allen Mühlen und in einigen Fabriken ist die Arbeit wieder aufgenommen; die Pferdebahn verkehrt wieder, die Zeitungen werden morgen erscheinen. Vermutlich werden die Eisenbahnarbeiter morgen oder Mittwoch wieder anfangen zu arbeiten; die Schulen haben den Unterricht auf einige Tage unterbrochen.

Selinsgor, 30. Januar. (B. Z. V.) Das Hofgericht in Abo hat dem Senat einen Bericht überreicht, nach dem der Gouverneur von Rußland, Generalmajor Rajgorodow, wegen Uebertretung der Amtsgewalt vor Gericht gestellt werden solle. Ein ähnlicher Bericht liegt dem Senat vor vom Wiborger Hofgericht gegen den Gouverneur von Wiborg Staatsrat Rajsojebow.

Breslau, 30. Januar. (B. Z. V.) Sämtliche Seiten der hiesigen Zeitungen sind in den Ausland getreten; sie fordern neunstündige Arbeitszeit und Lohnerhöhung. Heute konnte kein Blatt erscheinen.

Valencia, 30. Januar. (B. Z. V.) Zwei Deutsche namens Ent und Auloff wurden unter dem Verdachte des Anarchismus verhaftet.

Reichstag.

120. Sitzung vom Montag, den 30. Januar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Freiherr von Stengel.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des zweiten Nachtragsetzes für das Deutsche Reich und des zweiten Nachtragsetzes für die Schutzgebiete (für 1904).

Staatssekretär im Reichshofamt Freiherr von Stengel: Bei Vorlegung der zweiten Nachträge für das Rechnungsjahr 1904 sind in der Budgetkommission Bedenken laut geworden, weil in den begleitenden Gesetzentwürfen keine ausdrückliche Bitte um Indemnität enthalten war. Sobald diese Bedenken der Budgetkommission zur Kenntnis des Herrn Reichskanzlers gekommen sind, hat dieser nicht gezögert, durch mich dort in der Kommission dieses hohen Hauses um Erteilung der Indemnität förmlich nachzusuchen. Sie finden den Wortlaut der Erklärung, die ich seinerzeit in der Budgetkommission abzugeben die Ehre hatte, auf Seite 570 des Kommissionsberichtes. Der Herr Reichskanzler ersucht nunmehr durch mich vor dem Plenum förmlich um die Indemnität bezüglich jener Ausgaben, welche aus den Verwendungsfällen des zweiten Nachtrages zum Haushalt für die Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1904 erwachsen sind. Des weiteren habe ich auf Grund eines heute gefassten Beschlusses des Bundesrats das Einverständnis der verbündeten Regierungen damit zu erklären, daß die im Artikel 2 Titel 4 des Nachtrags-Gesetzes für die Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1904 ausgesprochene Forderung von 200 000 M. zu Vorarbeiten für den Bau einer Eisenbahn von Windhof nach Rehoboth aus der gegenwärtigen Vorlage ausgescheidet (Hört! hört! links) und daß diese Forderung in einer besonders eingehend zu begründenden Vorlage seinerzeit dem Reichstage zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorgelegt werden wird. Da ich die Forderung der 200 000 M. als zurückgezogene betrachte, möchte ich glauben, daß sich heute in diesem Hause eine eingehende Diskussion über diese Forderung erübrigen wird. (Beizehnelte Bravo's! rechts.)

Präsident Graf Ballestrem: Die Forderung der 200 000 M. scheidet damit aus der Vorlage aus. Wir werden, sobald uns die neue Vorlage des Bundesrats zugeht, danach verfahren.

Ueber die bereits bekanntem Verhandlungen der Kommission erstattet mündlichen Bericht

Abg. Prinz v. Arenberg (Z.): Er empfiehlt gemäß den Beschlüssen der Kommission im Nachtragsetz zum Reichshaushalt für 1904 unter den einmaligen Ausgaben Titel 4 (b) Ausgaben bei der Verwaltung der kaiserlichen Marine) 140 000 M. zu streichen, im übrigen die Nachtragsetz zu bewilligen.

Abg. Bebel (Soz.):

Wir befinden uns heute ausnahmsweise in der Lage, daß der Reichskanzler beim Reichstag Indemnität nachsucht, nachdem die Budgetkommission eine solche in der nachdrücklichsten Weise verlangt hat. Das ist umso erfreulicher, als die Regierung außerordentlich selten einem derartigen Verlangen nachkommt. Außerordentlich bedauerlich aber ist, daß der Reichskanzler zum zweiten Male im Laufe weniger Jahre in die Lage gekommen ist, Indemnität nachsuchen zu müssen. Schon 1901 anlässlich der Chinawirren sind ohne Zustimmung des Reichstages große Ausgaben gemacht worden, obgleich die Regierung in der Lage gewesen wäre, den Reichstag zu einer außerordentlichen Session zusammenzurufen. Im letzten Sommer war der Reichstag bis in den Juni hinein versammelt; noch in den letzten Tagen seines Zusammenseins hätten die verbündeten Regierungen ihm eine Vorlage für Südwestafrika machen können. Aber man hat statt dessen einfach darauflos gewirtschaftet. Damals schon hätte der Reichstag viel energischer auftreten sollen.

Wäre das geschehen, so hätte die Regierung es nicht gemagt, zum zweitenmal einen derartigen Formfehler, wie sie es nennt, zu begehen. In Wirklichkeit handelt es sich um die Umgehung des wichtigsten Budgetrechts des Reichstages. Die Regierung hat sich in der Kommissionsverhandlung schließlich dazu entschlossen, Indemnität zu erbitten. Meine Freunde aber lehnen die ganze Vorlage mit dem Indemnitätsgesuch ab. Dann wurde hier eine Summe gefordert für eine Bahn von Windhof nach Rehoboth, zunächst für Vorarbeiten 200 000 M. Die Vorarbeiten sind offenbar lange begonnen, wovon dem Reichstag nicht das geringste bekannt geworden ist. Es wird ihm einfach zugemutet, mit nichts für nichts 200 000 M. zu bewilligen, ohne daß über die Höhe der schließlich Kosten etwas gesagt wird. Das ist ein unerhörtes Verbrechen. Es ist anzuerkennen, daß die Budgetkommission einstimmig der Meinung war, eine solche Forderung dürfe nicht bewilligt werden; die Forderung ist deshalb zurückgezogen worden und wird in einer besonderen Vorlage an den Reichstag kommen. Ich hoffe nur, daß, wenn im nächsten Herbst etwa wieder Nachtragsforderungen kommen mit der Bitte um Indemnität, während man vor der Entstehung der Kosten Zeit gehabt hätte, den Reichstag einzuberufen, dann die Mehrheit nicht wieder solche Forderungen bewilligen wird. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Abwarten!) Ueber die Ursachen des Herero-Aufstandes haben wir bereits früher ausführlich gesprochen. Nach der Denkschrift, die uns die Regierung gegeben hat, liegen sie jetzt ganz klar vor uns. Es ergibt sich daraus zur Evidenz, daß die Eingeborenenpolitik der Kolonialverwaltung, der Beamtenhaft und eines Teiles der Farmer den Aufstand verursacht hat. Wir haben ja in unserem Nachbarland den Beweis, wozu ein Volk, das maßlos unterdrückt wird, schließlich zu greifen gezwungen wird. (Sehr richtig! links.) Man wundert sich, woher die Eingeborenen ihre Waffen haben. Man hat ihnen die Waffen geliefert, um große Profite zu machen, namentlich um Land zu erwerben. Die verbündeten Regierungen gehen mit Recht von der Ansicht aus, daß das Land das Wertvollste ist, für die Eingeborenen sowohl als für die Ansiedler. Das muß notwendig Interessengegenstände erzeugen! Man hat den Eingeborenen namentlich zugunsten der großen Gesellschaften Land abgenommen. Die Eingeborenen sahen es also kommen, daß sie alles Land, außer vielleicht einigen unfruchtbaren Stücken verlieren würden. — Aber auch die Umwandlung in den Besitzverhältnissen an Vieh ist bezeichnend: Laut der Denkschrift von 1902 besaßen die 200 000 Eingeborenen etwa 40 000 Rinder, 1700 Pferde und 130 000 Schweine, einige Jahre zuvor aber 3—400 000 Stück Vieh. Der Viehbestand ist also um die Hälfte herabgesetzt. Umgekehrt ist der Viehbestand der etwa 4000 weißen Ansiedler auf 45 000 Rinder, 3800 Pferde und 210 000 Schweine gestiegen. Das mag zum Teil durch gesunde Bewirtschaftung erreicht sein, zum Teil aber ist das Vieh durch gewissenlose Mächenschaften den Eingeborenen abgenommen worden. — Die Regierung selbst hat für die widerrechtliche Landabnahme gesorgt. Auf Seite 15 der Denkschrift ist zum Beispiel davon die Rede, wie sich Kapitane der Eingeborenen bewegen lassen, unentgeltlich Land abzutreten. Nun, wer die sozialen Fragen wie einmal die verfassungsmäßigen Verhältnisse der Eingeborenen kennt, weiß, daß die Kapitane hierzu gar kein Recht hatten. Man hat die Eingeborenen einfach „gelegt“. Ich möchte an den Herrn Direktor des Kolonialamtes die Frage richten, ob es wahr sei, daß die Absicht besteht, der Omani-Gesellschaft größere Strecken zu schenken, sobald der Krieg zu Ende sei? Das würde dann wieder neuen Grund zur Unzufriedenheit der Eingeborenen geben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe aus der ganzen amtlichen Denkschrift die Ueberzeugung gewonnen, daß, wenn das Kolonialamt den Missionsgesellschaften etwas mehr Beachtung geschenkt hätte als den erst kurze Zeit im Lande anwesenden Kolonialbeamten, der Aufstand leicht hätte vermieden werden können. Die Missionsgesellschaften haben immer wieder Schutz der Eingeborenen gegen die Landverschleudung gefordert, die Schaffung von Reservaten angeregt und so

einzig und allein Verständnis für Land und Leute gezeigt. Trotzdem hat man ihre Gesuche fortwährend abgewiesen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der Eingabe einer Missionsgesellschaft auf Seite 60 der amtlichen Denkschrift wird ausdrücklich der Vorwurf gegen die Regierung erhoben, daß sie die Tendenz habe, den Eingeborenen nur die mindwertigen Ländereien zu überlassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Zusammenhang damit versteht man die Bemerkung des offiziellen Berichtes: Die Eingeborenen jammerten, daß man ihnen ihre Gärten geraubt habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Gärten, die sie unter Leitung der Missionare mit Schweiß und Mühe hergestellt haben, sind ihnen unter Mitwirkung der Distriktskommissarien geraubt worden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dann kommen die Händler und da sieht es böse aus. Die Händler haben es systematisch darauf angelegt, die Vieherde der Eingeborenen nach Land und allerhand europäischen Genüssen zu tödnen und ihnen dann die höchsten Preise anzuzahlen. Das geschieht die Denkschrift selber zu. Es ist sogar vorgekommen, daß man die Waren unbeaufsichtigt stehen ließ, um die Herde der Eingeborenen zu reizen und ihnen nachher das Fell über die Ohren zu ziehen. Im Jahre 1899 erließ Oberst Leutwein eine Verordnung, um den Vordemwucher einzumauern zu verhindern; aber sie gelangte nicht zur Durchführung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Welche Gewinne die Landgesellschaften machten, kann man daran sehen, daß die deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika ein Rennkapital von 300 000 M., ein eingezahltes Kapital von 163 500 M. hat, daß sie aber ihr Vermögen im Jahre 1903 auf 653 700 M. gesteigert hat. Der Hektar Land in Swalopmund wird dem auch von ihr für 40 000 M. verkauft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ein Bodenpreis, wie er sonst nur in der Nähe unserer Großstädte gezahlt wird. Für den Viehwäcker in Südwestafrika hat Dr. Förster aus Groß-Richterfelde jüngst in der „Deutschen Tageszeitung“ vielgesehene Beispiele angeführt. So gerät die Kolonialverwaltung, die ganze Kolonialpolitik mehr und mehr unter den Einfluß großkapitalistischer Gesellschaften, die auch die „Begeisterung“ für die Kolonialpolitik im Lande zum großen Teile machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nun zur Behandlung der Eingeborenen! Außer der blutigen Tat des Prinzen Prosper Arenberg sind auch andere ähnliche Fälle vorgekommen. Ich erinnere an den Fall des Unteroffiziers Kossak, der einen gefangenen Herero in der grausamsten Weise zu Tode gemartert hatte. Die Rächte sind dort bekanntlich so kalt, daß es friert und so wurde der Herero vor das Gefängnis in eine mit Wasser gefüllte Grube gelegt, in der er ertrank. (Hört! hört! links.) Von Kossak wird einfach gesagt, er sei nicht mehr im Dienst, selbstverständlich muß er aber zur Verantwortung gezogen werden.

Der Mann, der diesen Fall nach Deutschland berichtet hat, der Gändler Groeneveld, ist seit der Zeit von dem Gericht in Aetmanshop zu verschiedenen Malen zu hohen Strafen verurteilt, mußte aber immer in der Berufung freigesprochen werden. Schließlich wurde er von dem Vorgelegten des Kossak Leutnant v. Stempel und seinen Leuten gesellschaftlich und wirtschaftlich boykottiert. Hiergegen beschwerte er sich durch seinen Vertreter in Hamburg beim Kolonialamt. Die Rolle, die das Kolonialamt nun spielt, ist eine derartige, daß man es kaum für möglich halten sollte. Ein telegraphischer Erlaß des Kolonialamtes, den Vorkauf aufzuheben, blieb ganz ohne Wirkung, ebenso ein zweiter der vier Monate später erging.

Dann kam die dritte Anweisung des Kolonialamtes, dann die vierte, dann die fünfte; alles vergebens! Erst der sechste Regierungserlaß schaffte die Angelegenheit aus dem Wege. Aber was geschah nun mit dem obstinaten Distriktschef, Herrn v. Stempel? Wurde er bestraft? Nein, er bekam eine andere Beschäftigung. (Hört! hört!) Das für Leute, die der Regierung aus der Nase heruntersagen für ihr maßloses unverschämtes Betragen. Da dürften Sie sich auch nicht wundern, daß in den Kolonien alles drunter und drüber geht, daß die Herren in ihrer Gottähnlichkeit sagen, was schießt uns Berlin. Wenn ein Weiber von den Gerichten, von den Behörden so behandelt wird, dann können Sie sich sagen, daß es für die Eingeborenen überhaupt keine Gerechtigkeit gibt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch dafür gibt es Beweise. Ein südwestafrikanischer Farmer, der seine Erlebnisse methordischgerweise in der „Allgemeinen deutschen Universitäts-Zeitung“ veröffentlicht hat, erläutert das auf trefflichste. Er erzählt da, wie Eingeborene aus nichtigen Gründen wie Hunde niedergeschossen werden. Leuten, denen ein solches Verbrechen nachgewiesen ist, bekommen eine kurze Gefängnisstrafe und spazieren dann wieder als Gentlemen umher.

Ein Buchhalter, der die Schwärze eines Hühnerkops ermordet hatte, wurde vom Gericht sogar freigesprochen! Sie sehen, der Zusammenhang mit dem Aufstand ist hier ähnlich deutlich, wie seinerzeit beim großen Aufstande Samuel Mahereros, denn auch jemand aus seiner Familie getötet war. Wenn Leute in der niederträchtigsten, gemeinsten Weise getötet werden, wenn die Geduld der Eingeborenen aufs äußerste mihbraucht wird, kann man sich doch über die allgemeine Empörung nicht wundern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Schwärze ist ferner, wie der Kolonialdirektor selbst zugegeben hat, teilweise die Gefährliche. In einer Zelle von 4,8 x 4 Meter bei 3 Meter Höhe werden zwanzig eingeborene Gefangene untergebracht! Die Wirkung ist dementsprechend, sie werden krank und sterben in Menge! Wenn Ähnliches in einem deutschen Gefängnisse vorläme, würde der Direktor wegen schließlicher Körperverletzung schwer verurteilt. Es ist vorgekommen, daß ein Trupp Gefangener am Abend nach der Wohnung eines Richters geführt wurde, um hier von 11 Uhr bis zum hellen Morgen den Garten zu planieren, damit am nächsten Vormittag das Aufklärungsamt dort ein Ständchen bringen konnte! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist mehr als einmal vorgekommen, daß tote Gefangene auf der Straße gelegen haben, daß kleine Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren ins Gefängnis gebracht worden sind! Ein höchstens fünf Jahre altes Mädchen mußte eine längere Freiheitsstrafe verbüßen, weil es von einer fremden Pflanze etwas Milch genommen hatte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von einwandfreien Leuten, die an Ort und Stelle beobachtet haben, wird über das wüste Leben der deutschen Männer mit den Herero-Frauen, die brutale Behandlung und Ausbeutung der Hereromänner erdrückendes Material beigebracht. Zahlreiche Unschuldige sind niedergemetzelt oder durch Peitschenhiebe niedergeworfen worden. Sehr charakteristisch ist der Brief Samuel Mahereros. Daraus geht hervor, daß die schwersten Mißhandlungen Ursache des Aufstandes sind. In Ihren Blättern (nach rechts) ist über den Brief Mahereroses gepöpstelt worden, weil er in schlechtem Deutsch geschrieben ist; aber der Briefschreiber weiß mit der deutschen Sprache besser umzugehen als ein großer Teil der in Deutschland geborenen Rekruten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Das Recht auf Aufstand, das Recht auf Revolution hat jedes Volk, das in seinen Menschenrechten aufs schwerste verletzt ist! Der Aufstand in Südwestafrika ist nur die ganz natürliche Folge unserer Kolonialpolitik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Da kommt man uns stets mit den Greuelthaten der Hereros. Niemand leugnet sie; es sind Greuelthaten schauderhafter Art vorgekommen. Aber doch erst nach dem skandalösen Zustande, die ich Ihnen geschildert habe, länger als ein Jahrzehnt bestanden hatten. Wenn wir gerecht Schuld gegen Schuld abwägen, so müssen wir gestehen, daß der weitaus größere Teil auf unserer Seite ist. Wir, die hochstehende Kulturnation, wir, die Christenation, wir, die Zivilisatoren, haben das arme Hererovolk zum äußersten getrieben; das muß mit aller Entschiedenheit ausgesprochen werden. (Beifällige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich hätte übrigens gern bestimmte amtliche Angaben über den Umfang der Greuelthaten der Eingeborenen. Auch von unserer Seite ist ja der Krieg mit der größten Rücksichtslosigkeit geführt worden. Ein großer Teil der

Presse hat verlangt, daß die Eingeborenen, auch Frauen und Kinder, vernichtet, die ganze Rasse mit Stumpf und Stiel ausgerottet würde. Da könnten wir uns ein Beispiel nehmen, wir europäische Christen, an den asiatischen Japanern, die den Krieg in einer Weise führen, die einer ersten Kulturkatastrophe zur Ehre gereicht. Da kann es nicht vorkommen, daß wehrlose Männer niedergemetzelt und Frauen und Kinder getötet werden, wie es bei uns notorisch geschehen ist. Der Reichskanzler hat richtig gefaselt, er sei weder grausam noch töricht genug, um die Eingeborenen auszurotten zu wollen. Aber General v. Trotha schreibt an die Farmer, die um Schonung der einheimischen Arbeitskräfte bitten: Vorkünftig ist die Vernichtung des afrikanischen Stammes das Ziel aller militärischen Maßnahmen. Herr v. Trotha soll ja angewiesen worden sein, den Krieg nicht in dieser Weise zu führen. Aber in einem Briefe vom ersten Weihnachtstages, den der „Vorwärts“ in diesen Tagen veröffentlicht hat, schreibt ein Soldat, es dürfte nicht das Kind im Mutterleibe geschont werden, die Hunde seien es nicht wert; man hätte im letzten Gefecht 75 Gefangene machen können, habe sie aber alle niedergemetzelt. (Sehr! Hört! hört! b. d. Soz.) — Nun ist ja der Aufstand nahezu beendet, aber die Gefahr, daß immer wieder kleine Vanden Hereros auftauchen, ist nicht beseitigt, solange man nicht zeigt, daß man geneigt ist, ihnen entgegenzukommen und ihnen das Leben lebenswerter zu machen. — Noch eine Anfrage an die Kolonialverwaltung: Wir wird mitgeteilt, daß in der Abteilung Glasenapp ein Teil der Freiwilligen, etwa 80 junge Leute, erst ein einziges Mal auf dem Scheidenstande Schießübungen gemacht hätten. Es wäre doch in der Tat unerhört, wenn man so unreife Leute nach Südwestafrika schickte. Die Hauptfrage ist die: Was gebeknt unsere Kolonialverwaltung zu tun, wenn endlich einmal Frieden im Lande eingeleitet ist? So wie bisher kann die Wirtschaft dort jedenfalls nicht weiter gehen! Wir erleben jetzt fast in allen Kolonien Kustände, das zeigt, daß das ganze Prinzip der Kolonialpolitik falsch ist. Die Kolonialverwaltung möge prüfen, nach welchen Grundsätzen in der Zukunft die Verwaltung der Kolonien erfolgen soll. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Arendt (Op.): Wir halten es für unsere Pflicht, zunächst der Tapferkeit unserer vor dem Feinde stehenden Truppen zu gedenken und ihnen für ihre Eingebung und Ausdauer zu danken. (Bravo! rechts.) — Es wäre besser gewesen, wenn die Indemnität vorher eingeholt wäre. Mangelhaft ist auch die Berichterstattung. — Was der Abg. Bebel gesagt hat, ist größtenteils nicht neu. Auch war seine Rede mehr zum allgemeinen Etat als zum Nachtragsetz. Insofern können wir ja froh sein, daß wir seine lange Rede hinter uns haben. (Weiterleft.) Merkwürdig ist, daß der Abg. Bebel alles ohne weiteres glaubt, was in Briefen aus der Kolonie steht. Aber man muß doch bedenken, wie viel Klatsch dort umgeht, wie viel namentlich den aus Europa Angekommenen aufgesetzt wird. Ein glaubwürdiger Mann schrieb mir, es sei in Swalopmund seit 1890 kein Tropfen Regen gefallen. Herr Bebel würde diesen Unsinn sofort glauben, denn es sieht ja in einem Briefe aus der Kolonie! (Sehr richtig! rechts.) Was den Freispruch des Buchhalters anbelangt, so möchte sich Herr Bebel doch erst einmal das Aktenmaterial des Gerichts kommen lassen, ehe er eine solche Behauptung aufstellt. Noch besser wäre es, wenn Herr Bebel einmal seine Ferien benutzen wollte, um eine Reise nach Südwestafrika zu machen. (Große Heiterkeit! Bebel ruft: Waren Sie denn schon da?) Ich war auch noch nicht da, aber ich erhebe auch keine kritiklosen Anklagen gegen die dortigen deutschen Behörden. Der Rädgan des Eingeborenen-Viehs ist richtig, aber der Abg. Bebel verpöht ganz das schreckliche Mitleid der Kinderpest. (Hört! hört! rechts.) Umgekehrt ist die Vermehrung des Viehbestandes der Weihen zum großen Teile durch europäisches Zuchtmaterial hervorgerufen worden. Jedenfalls beweisen die Zahlen, die Herr Bebel selbst anführte, daß Südwestafrika durchaus nicht jenes wertlose Sandweid ist, als welches es von den Herren Sozialdemokraten früher hingestellt wurde. — Herr Bebel bestreitet es, daß er ein Verteidiger der Hereros sei. Aber Sie haben auch heute das Recht auf Revolution vertreten. Sie haben es auch heute als selbstverständlich hingestellt, daß die Hereros sich empören! Warum sehen Sie nur immer den Spalt im deutschen Auge und nicht den Balken in dem der Hereros? Die Hereros haben die schlimmsten Schencklichkeiten begangen, ehe ein Deutscher dort hingegangen ist. Ihr hervorhebendster Zug ist der Hochmut. Dieser hat den Krieg hervorgerufen, den Krieg, der zum Schuge deutscher Ansiedler geführt wird und der auch entstanden wäre, wenn das Land nicht unter die deutsche Flagge genommen wäre. (Beifall rechts.)

Kolonialdirektor Dr. Schädel: Ich konstatiere zu meiner Genugung, daß auch Herr Bebel unsere Denkschrift als eine objektive, wahrhaftige Uebersicht über die Entwicklung anerkannt hat. Es ist in dieser Denkschrift ja auch ohne weiteres zugegeben, daß Fehler gemacht sind. Aber Besserung ist auf allen Gebieten angestrebt worden. Der ganze Ansiedlerstand kann nicht für die Vergehen und Ausschreitungen einzelner verantwortlich gemacht werden. Den Viehbestand der Eingeborenen hat nicht der Wucher der Händler, sondern die in den Jahren 1897—99 herrschende Kinderpest so stark vermindert. Keineswegs haben die Händler das Vieh auf illegitimem Wege erworben. Der Omani-Missionsgesellschaft ist nur das Land für die Bahn selbst überlassen worden. Man hat ausdrücklich vernieden, ihr irgend welche weiteren Konzessionen oder Versprechungen zu machen. Der Abg. Bebel hat bestreitet, daß die Hererohäuptlinge das Recht hätten, das Stammesland zu veräußern. Auch der Abg. Bebel wird das Hererorecht nicht so genau kennen, um das kategorisch zu behaupten. Ich bin der gegenteiligen Ansicht, aber man kann das mangels eines geschriebenen Hererorechts nur schwer beweisen.

Was die angelegte Verhaftung der Missionsgesellschaften anbetrifft, so handelt es sich allerdings um einen Interessengegensatz zwischen den Missionen, die im wesentlichen nur die Interessen der Eingeborenen vertreten, und den Ansiedlern. Wir sind doch nicht nach Südwestafrika gegangen, um alles in dem alten, ungenügenden Zustande zu lassen, sondern wir wollten ein Gebiet für unsere deutschen Ansiedler, wo sie zu Vermögen gelangen könnten. (Unruhe links.) Das ist der Hauptzweck unserer Kolonisation. Im Falle Kossak-Groeneveld ist die Mißhandlung eines Eingeborenen ja außerordentlich beklagenswert. Aber die Mißhandlung ist nicht bei Nacht erfolgt, und das Wasser, das über den Schwärzen ausgegossen wurde, ist nicht geforen. (Unruhe und Heiterkeit.) Der Fall lag vielmehr so: Der Keger ist im Gefängnis verhaftet worden dem Abg. ordneten Kossak (Stürmische Heiterkeit) ... dem Unteroffizier Kossak mit Wasser übergossen worden. Das war zweifellos eine Mißhandlung. Da aber nach ärztlichem Zeugnis der Tod des Kegers nicht in ursächlichem Zusammenhang zu der Mißhandlung stand, konnte eine Verurteilung Kossaks nicht erfolgen. (Große Unruhe links. Ein Deamter des Kolonialamtes spricht mit dem Kolonialdirektor.) ... d. h. er ist mit einer geringen Geldstrafe davonkommen und das Urteil ist durch die Bestätigung des Gouverneurs rechtskräftig geworden. Sobald wir in Berlin von dem Vorfalle Kunde erhielten, haben wir Kossak aus dem Dienst entlassen. Er steht in keiner Beziehung mehr zum Militär. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nur zur Marine!)

Groeneveld ist 1899 wegen großen Unzugs zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden. Dam ist er wegen Verletzung des Verzeihungsbefehls bestraft. Weiter hat er die Geschmädlosigkeit begangen, der Eingeborenenengemeinde beizutreten, um sich Vorteile zu verschaffen, ist aber später wieder wegen seines südenben Venehmens der Eingeborenenengemeinde ausgeschlossen worden. (Große Heiterkeit rechts.) — Daß der wirtschaftliche Boykott über ihn verhängt wurde, ist richtig. Sobald wir davon Kenntnis erhielten, ist durch telegraphische Anweisung von hier aus Remedur eingetreten; diese

Antweisung ist auch ausgesprochen worden, wenigstens dem Wortlaut nach. (Seiterzeit links.) Wenn weitere Fraktionen zwischen der Verwaltung und Groeneveld fortgedauert haben, so sind sie ausschließlich auf militärische Gesichtspunkte zurückzuführen, und schließlich ist ja der militärische Disziplinchef durch einen Zivilbeamten ersetzt worden. Herr Bebel hat dann den Zustand der Gefängnisse in den Kolonien bemängelt. Es ist zuzugeden, daß bisher in dieser Beziehung nicht das Ausreichende geschehen ist, das hängt aber auch mit der Entwicklung des Schutzgebietes zusammen. Es ist auch bisher nicht genügend für Wohnungen der weißen Beamten gesorgt worden. Jedenfalls sehen Sie, daß in dem neuen Etat für Sorge getroffen ist nicht nur für den Neubau von Gefängnissen, sondern auch für die körperliche Pflege der Gefangenen.

Aus dem Briefe Samuel Mahareros an Major Leutwein ist wesentlich nur die Behauptung, daß zehn Eingeborene im Gefängnis eines unnatürlichen Todes gestorben seien. Eine eingehende Untersuchung (Abg. Bebel: Durch wen?) des Gouvernements hat ergeben, daß diese Behauptung jeder tatsächlichen Unterlage entbehrt, daß die Leute vielmehr eines natürlichen Todes gestorben sind. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen ist Maharero ein sittlich ganz verkommener Mensch, ein Trunkenbold. Herr Bebel hat sich dann nach der zukünftigen Politik in der Kolonie erkundigt. Die Ansicht des Herrn Reichsanwalters geht davon aus, daß die Erhaltung des Hererovolkes ebenso im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung des Schutzgebietes liege, als den Geboten der Menschlichkeit entspricht. Die Hereros werden daher angenommen, soweit sie sich freiwillig unterwerfen, und für ihre Unterbringung und Beschäftigung wird gesorgt. Diesen Grundsätzen ist in den Anweisungen an General v. Trotha Ausdruck gegeben worden. Die Ergebnisse von Hereros, die das Anjose weiteren Widerstandes einsehen, macht Fortschritte. Nach den letzten Berichten sind etwa 15 000 in unseren Händen. Wir verfolgen im Schutzgebiete wirtschaftliche Ziele, und es wird sich darum handeln, daß wir allen Nutzen aus den reichen Erzeugnissen ziehen. Was die Zahl der Ermordeten anlangt, so sind es 41 Farmer und in Farmen Angehörige, 37 Kaufleute und Handelsangestellte, 13 Angehörige der Schutztruppe und 5 Frauen. Hierzu kommen noch die im Witbooi-Aufstand Ermordeten, deren Zahl noch nicht bekannt ist.

Abg. v. Staudy (l.): Das Nachsehen der Indemnität seitens der Regierung ist in der Kommission erfolgt und ist hier im Reichstage wiederholt worden. Der Reichstag hat also wirklich viel erreicht. Alle Parteien waren sich in der Kommission in dieser Frage einig. Der Abg. Bebel brauchte also den Reichstag nicht zu ermahnen, seine Würde zu wahren. Auch meine Meinung ist, daß solche große Summen nicht auszugeben werden dürfen, ohne die volle verfassungsmäßige Einwilligung des Reichstages zu bewirken. Ich muß also im Namen meiner politischen Freunde an die Regierung die Erklärung richten, daß wir unter keinen Umständen ein solches Verfahren der Regierung wieder dulden werden. — Was unsere Truppen im Felde geleistet haben, gehört zu dem Bewunderungswürdigsten, was wir überhaupt aus Feldzügen gekannt haben. Heldenmut und Mannerwert herrschen im hohen Grade. Ich bedauere, daß der Abg. Bebel seine früheren Anklagen gegen die deutschen Kolonialtruppen heute nicht zurückgenommen hat. Warum bringt Herr Bebel denn immer wieder die an sich beklagenswerten Fälle von Grausamkeiten gegen Eingeborene vor? Er ist doch ein viel zu gebildeter Mann, um nicht zu wissen, daß bei anderen Nationen viel Schlimmeres passiert ist, daß es auch noch in diesem Augenblick passiert. Mit dieser Andeutung kann ich mich wohl begnügen. — Im Namen meiner Freunde habe ich unsere Verwunderung darüber auszusprechen, daß ein Anführer einen solchen Umfang annehmen konnte, daß man einem Witbooi noch bis zuletzt solches Vertrauen entgegenbringen konnte! Ich hoffe, das wird sich in Zukunft nicht mehr wiederholen. Wir müssen Peanite finden, die mehr psychologische Verständnis für die Eingeborenen haben. Vor allem müssen wir aber auch die Verleumdungsmittel rechtzeitig bannen, das wird einem künftigen Aufstand vorbeugen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Aber wir dürfen die Regierung allein nicht immer angreifen. Der verehrte Abg. Müller-Sagan und ich haben einmal in ein und derselben Sitzung erklärt, unsere Kolonialpolitik läge noch in den Kinderschuhen. Das muß anders werden. Die Regierung hat sich bisher gescheut, dem Reichstage die Forderungen für die neuen Verkehrsmittel rechtzeitig vorzulegen. Gegenwärtig aber gehört die Kolonialpolitik zu den wichtigsten Ausgaben des Reiches. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Spahn (l.): Im Gegensatz zu Herrn v. Staudy halte ich es für notwendig, die Ursachen des Aufstandes zu erforschen, um daraus zu lernen — wenn ich auch von Einzelheiten möglichst absehen will. Das Treiben der Händler und Farmer haben zweifellos zum Ausbruch des Aufstandes beigetragen. Aber auch der Rassen Gegensatz und die Sittenlosigkeit der deutschen Ansiedler gegenüber den schwarzen Frauen dürfen als treibende Faktoren zum Aufstand nicht übersehen werden. Am besten wäre es, wenn der geschlechtliche Verkehr der deutschen Männer mit den eingeborenen Frauen möglichst vermieden würde. Auch aus diesem Grunde muß die Schaffung von Reservaten (Schleunigst in Angriff genommen werden. Aber lassen wir die einzelnen Fehler der Vergangenheit. Ich hätte es nicht für nötig gehalten, zu dieser Frage noch einmal das Wort zu ergreifen, wenn ich nicht die Anerkennung, die von meinen Vorrednern dem Expeditionskorps ausgesprochen ist, auch auf die Marine hätte ausdehnen wollen und den Wunsch hinzufügen, daß sie alle mit Gottes Hilfe den Kampf bald siegreich beenden und unverfehrt in die Heimat zurückkehren mögen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich würde es für den denkbar schwersten politischen Fehler halten, wollten die bürgerlichen Parteien die Kritik der kolonialen Mißstände ausschließlich der äußersten Linken überlassen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Auch im englischen Parlament sind von den bürgerlichen Parteien die Fehler der englischen Kolonialpolitik stets aufs schärfste kritisiert worden! Und in Südwesafrika haben sich so schlimme Dinge zugegetragen, daß es kein Entschuldigen und Beschönigen geben sollte. Das schließt die Anerkennung der Tapferkeit unserer Truppen nicht aus, auch nicht den Wunsch auf ihren raschen Sieg. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.) — Im Falle Groeneveld suchte der Kolonialdirektor den Streitpunkt zu verschieben, nicht die Fraktionen zwischen Groeneveld und Herrn v. Stempel, sondern die Fraktionen zwischen Herrn Dr. Stöbel, dem verantwortlichen Leiter der Kolonialpolitik und dem Bezirkshauptmann v. Stempel sind es, die uns interessieren. (Sehr gut! links.) Die Regierung hat ja jetzt pure und rito um Indemnität gebeten und damit das formale Hindernis der Bewilligung aus dem Wege geräumt. Es bleibt aber der Vorwurf bestehen, daß sie den Reichstag nicht befragen hat, als das System der Kriegsführung in Afrika geändert wurde. In Kolonialdingen herrscht leider nur das System der Systemlosigkeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Mangel eines Programms liegt auch jetzt bei Bekämpfung des Aufstandes vor, das Ziel hat sich, wenigstens für unsere Augen, völlig verriekt. (Sehr richtig! links.) Erst hieß es, den Herero-Aufstand niederzuwerfen, jetzt heißt es, den Eingeborenen alle Waffen abzunehmen. Tatsächlich besteht die Eingeborenen-Bevölkerung laut Brodhagens neueste Auflage, aus 97 000 Hereros, 50 000 Ovambos, 10 000 Namas usw. Die Hereros bilden also nur einen Teil. Jetzt will man alle Stämme entwaffnen. Das heißt direkt einen Stamm nach dem anderen zu provozieren. Der Kampf wird also nicht aufhören, ehe nicht jedes einzelne Gebiet so durchzogen ist, wie jetzt das Hereroland. Man kann aber nicht sagen, daß diese Durchwanderung eine fruchtbarere ist. (Sehr richtig! links.) Wenn Weiße mit einer inferioren Rasse zusammenkommen, so werden immer wieder Ausdehnungen vorzunehmen. Man muß also die Rassen trennen, muß für Reservate der Eingeborenen sorgen. Aber das allein tut es nicht. Man muß auch eine Selbstverwaltung einrichten. Die Weißen sind dort die Revolutionäre, sie wollen die bestehenden Rechts- und Eigentumsverhältnisse umändern. Das muß gewitterartige Explosionen geben. — Aus der Denkschrift des Dr. Noyrbach habe ich nicht die günstigen

Schlüsse ziehen können, wie der Abgeordnete Credit. Das fruchtbarere Land dort ist doch nicht größer, als etwa das Großherzogtum Baden. Ramentlich geht aus dieser Schrift dieses Sachverständigen, den die Regierung selbst als maßgebend bezeichnet hat, hervor, daß die Menge der Halbaffen, der schmutzigen Vastardbevölkerung, namentlich in den größeren Niederlassungen in erschreckendem Maße zugenommen hat, und daß es fraglich sei, wie man auf dieser Grundlage dort eine nationale Politik treiben könne. (Hört! hört! links.) Nur Reservate können das helfen. Ich erkläre also zum Schluß, daß meine politischen Freunde in der Frage der Indemnität im wesentlichen zufrieden gestellt sind, und daß wir bereit sind, diejenigen Forderungen zu bewilligen, die wir für geeignet halten, zur beschleunigten Niederwerfung des Aufstandes und zur Beruhigung des Schutzgebietes zu dienen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. Baasche (natl.): Wir mißbilligen an sich das Vorgehen der verbündeten Regierungen und betrachten es als einen Eingriff in das Verwilligungsrecht des Reichstages. Aber nachdem die Indemnität verlangt und in dieser Form erbeten worden ist, scheidet dieser Konflikt für uns aus. — Ich kann mich darauf beschränken, einige Einzelheiten richtigzustellen. Ich kann dem Abgeordneten Dr. Müller-Sagan versichern, daß wir nicht daran denken, die Kritik der vorhandenen Mißstände allein der äußersten Linken zu überlassen. Wir mißbilligen und bedauern die Ausdehnungen aufs entschiedenste, aber wir verwahren uns dagegen, daß einzelne zum Teil unbefangene Tatsachen als untrüglicher Beweis dafür ausgegeben werden, daß man die Eingeborenen aufs äußerste zum Aufstand gereizt hat. Hochmütige Regier kann man auch nicht so behandeln, wie gebildete Kulturmenschen. Wir müssen den Eingeborenen allmählich ihr Land wegnehmen, um sie der Arbeit und Kultur anzuführen. Deshalb billige ich das heute entworfene Programm für die weitere Arbeit in Südwesafrika voll und schliche mit der Hoffnung, daß aus der blutigen Saat reiche Früchte für die Zukunft ersprießen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Latmann (Antif.): In der Frage der Indemnität sind wir mit den übrigen Parteien einverstanden, sie wird bewilligt, wenn es auch besser gewesen wäre, wenn der Reichstag rechtzeitig einberufen wäre. — Wir sind gewillt, den Etat leidenschaftlos zu prüfen, wir beschönigen nicht Taten wie die Kossaks, halten sie aber für untergeordnete Ausnahmen und mißbilligen ihre Verhandlung durch die Sozialdemokratie. Ein Herr Börner, der die Verhältnisse aus eigener Anschauung kennt und in Hamburg mit Herrn Bebel eine Unterredung hatte, berichtet darüber folgendes. Auf seinen Vorwurf, wie er die Grausamkeiten der Hereros entschuldigen könne, habe Bebel geantwortet: Ich muß bekennen, daß wir ganz falsch informiert gewesen sind, alles, was Sie mir sagen, ist mir vollständig neu, wir haben uns nach den Missionärsberichten gerichtet. Und dann auf die Bemerkung, wie keine Partei die Mittel für die ganz schuldlosen Farmer nicht bewilligen könne, habe Bebel geantwortet: sie hätten sich der Stimme enthalten. — Wir wenden uns hauptsächlich dagegen, daß man die ganzen Kolonien einzelnen Gesellschaften zur Ausbeutung überläßt. Die Macht dieser Gesellschaften zu brechen, darin liegt die Lösung der gedeihlichen Entwicklung der Kolonien. (Bravo! bei den Antifemiten.)

Abg. Schrader (fr. Sp.): Die Frage der Indemnität ist jetzt durch einmütiges Auftreten aller Parteien in der Kommission, erledigt. Mangerlei ist in Südwesafrika vorgekommen, was nicht vorkommen sollte. Auch darüber sind wir alle einig. Gefreiten wird nur über das Maß, in welchem diese Dinge am Aufstande schuldig sind. Meiner Meinung nach muß ein so großer Aufwand anders erklärt werden. Unsere ganze Herrschaft hat in Südwesafrika den Eingeborenen keine Vorteile gebracht, anders als in Ostafrika, wo wir die Masse der Regier von der Tyrannei der Araber befreit haben. In Südwesafrika haben wir einfach eine Herrschaft angetreten und zwar ohne daß wir eine respektvolle Truppenmacht zur Verfügung gehabt hätten. Aber ein so großes Volk kann man nicht mit einem kleinen Häuflein von Soldaten beherrschen. Es gilt jetzt dort, den Frieden herzustellen und zu erhalten; das ist unsere Pflicht. Frieden muß werden. Mindestens eine teilweise Entlassung der Eingeborenen muß stattfinden. Dann werden wir Freunde an der Kolonie erleben. (Beifall bei der freisinnigen Vereinigung.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Einer der Vorredner nach dem andern ist hier aufgetreten, um seine Befriedigung über die heutige Erklärung der Regierung auszusprechen und die Indemnitätsfrage für erledigt zu halten. Jetzt wird sich der Herr Reichsanwalt zu Herzen nehmen, wie sehr der Reichstag auf Respektierung seiner Rechte dringt. Alle diese Herren, die geradezu beglückt gewesen sind von der Erklärung des Staatssekretärs, haben sich nicht überlegt, von welchen Voraussetzungen die Regierung ausgegangen ist. In dem Indemnitätsgesetz der Regierung heißt es, daß mit Rücksicht auf die Rede des Reichsanwalters vom 9. Mai 1904 das förmliche Gesuch um Indemnität nicht für geboten erachtet worden ist. Damals hat der Reichsanwalt nur erklärt, er werde die Kosten für alle Truppen sendungen vor diesem Hause vertreten. Man glaubte also, es genüge, wenn der Reichsanwalt dem Gouverneur und der Kolonialverwaltung gegenüber eine derartige Erklärung abgibt. Aber das genügt nicht. Um den Artikel 69 der Verfassung führt kein Weg herum. Danach muß der Reichstag vorher um seine Einwilligung zu den Ausgaben gebeten werden, und selbst wenn durch höhere Gewalt die Regierung nicht in der Lage ist, die vorherige Zustimmung des Reichstages einzuholen, muß nachher um Indemnität nachgesucht werden. Also selbst die Verhinderung der vorherigen Zustimmung durch höhere Gewalt entbindet nicht vom Indemnitätsbegehre; von höherer Gewalt kann aber hier nicht die Rede sein, da der Reichstag leicht hätte zusammenberufen werden können. Aus der jetzigen Haltung des Reichstages wird die Regierung nicht die Lehre schöpfen, daß man mit dem Staatsrecht des Reichstages nicht so umspringen dürfe. Schon 1900 hat mein fraktionskollege Bebel darauf hingewiesen, daß nach dem ganzen Verhalten der Mehrheitsparteien des Hauses ein Mann, der mit der nötigen Rücksichtslosigkeit ausgestattet sei, auch in einem späteren Fall wieder so verfahren werde wie anlässlich der Chinawirren. Wir haben anscheinend einen Mann mit der nötigen Rücksichtslosigkeit jetzt an der Spitze der Reichsverwaltung (Seiterzeit links), der die Erfahrung von 1900 in den Wind geschlagen, das Recht des Reichstages mit Füßen getreten hat und es nicht für nötig hält, auch nur förmlich um Indemnität nachzusuchen. Auch die Juridiziktion der Forderung von 200 000 M. kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es unmöglich war, daß der Staatssekretär einer Vorlage die Zustimmung gab, die eine Forderung enthielt, über deren Nichtberechtigung in einem Nachtragsetat kein Zweifel möglich ist, bei der ein höherer Gewalt überhaupt nicht gedacht werden konnte. In unseren Reihen wurde der Amtsantritt des Reichs-Schatssekretärs mit einer gewissen Bemuthung begrüßt, weil wir hofften, daß er, der aus einem etwas konstitutionelleren Staate stammt, als die norddeutschen Staaten es sind (Lachen rechts), auch in formalrechtlichen Fragen strenger sein würde als mancher seiner Vorgänger. Beim Kolonial-Etat hat sich das aber nicht gezeigt. Wir halten es für dringend geboten, daß die Mehrheit des Reichstages gegen die Indemnität stimmt, damit dem Reichsanwalt endlich die Lust genommen wird, derartig mit dem Staatsrecht des Reichstages umzuspringen.

Herr Arendt hat das Recht auf Aufstände überhaupt bestritten. Ich kann mir nicht recht denken, daß ein Doctor philosophias nicht wissen sollte, daß Aufstände sich von Anfang der Geschichte an ereignet haben, er möge sich nur erinnern an die Rebellion der Kinder Israels gegen Aegypten. (Seiterzeit links.) Der Abg. Müller-Sagan hat gesagt, die bürgerlichen Parteien sollten die Kritik an der Kolonialverwaltung nicht nur den Sozialdemokraten überlassen. Wie aber sieht es denn damit? Abg. Arendt hat nicht gegen die Kolonialverwaltung, sondern fast ausschließlich gegen den Abg. Bebel polemisiert und noch dazu mit der falschen Unterstellung, als ob wir alles glaubten, was in Briefen an uns behauptet wird. Aber ein Schein gibt mehr als er hat. Wir müssen diese

Fälle aus Briefen und aus der Presse benutzen, weil wir von der Kolonialverwaltung ganz ungenügend orientiert werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Herren uns sagen: einzelne Fälle beweisen nichts, so sind doch darunter Fälle von so ungeheurer Natur, daß sie das ganze System unseres Kolonialkapitalismus grell beleuchten. Unsere Regierung stellt sich diesen Fällen sehr kühl gegenüber. Ich möchte aber wissen, auf Grund welchen Gesetzesparagraphen es möglich war, daß ein Ansiedler wegen Tötung einer Eingeborenen nur zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt werden konnte? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Höchst eigenartige, uns blamierende Rechtszustände werden durch den Fall „Groeneveld“ bewiesen. Es ist ein reiner Zufall, daß Herr Groeneveld bei der Berufungsinstanz ein tüchtiges Richterkollegium fand. Das Gericht, das zuerst gesprochen hatte, ist in blinder Eut vorgegangen, um ihn zu verurteilen.

Herr Groeneveld hat den Umweg, sich in Berlin zu beschweren, erst eingeschlagen, als er sah, daß er an Ort und Stelle kein Recht bekam.

Der Herr Kolonialdirektor hat eine Art Programm entwickelt, es ist das Programm des Kolonialkapitalismus. Er sagte: wir bereichern uns. Ja, wer ist denn: wir? Eine Handvoll Unternehmer! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ganze Programm ist nur eine Erweiterung dessen, was Bismarck 1884 gesagt hat: Wir wollen keine Provinzen, sondern kaufmännische Geschäfte! Heute wollen „wir“ Provinzen, die bürokratisch geleitet, militaristisch beherrscht werden und in ihnen die großkapitalistischen Gesellschaften! Und das nichts abnehmende Publikum? Es laßt die Aktien dieser Gesellschaften. Glauben Sie, die Davi-Gesellschaft werden ihre 40 Millionen nominelles Aktienkapital bloß in den Kupferminen an? Nein, es ist viel bequemer, die Aktien an das Publikum zu verkaufen und dann nichts zu tun. Die Geschichte erinnert an eine französische Anekdote: Da lebte ein Soldat aus Madagaskar heim nach Paris und war zu Gast bei einem Millionär. Dieser zeigte ihm alle seine Schätze und sagte: „Seht, all dieser Reichtum stammt aus den Silbergruben Madagaskars!“ Da erzählte ihm der Soldat, daß er auf Madagaskar sich solche Silbergruben angesehen hätte. „Wie?“ sagte darauf der Millionär, „gibt es denn wirklich Silbergruben in Madagaskar?“ (Seiterzeit bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Davi-Gesellschaft kein Kupfer finden sollte, das Gold hier in den Taschen wird sie zu finden wissen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr Schrader hat gemeint, wir dürften uns über den Aufstand nicht wundern, er gehöre gewissermaßen zum Programm unserer Kolonialpolitik. Er meinte, der Moment, wo die Eingeborenen niedergeworfen werden müßten, damit wir uns ihr Land aneignen könnten, müßte einmal kommen. Das ist die Proklamierung der reinen Konquistadorenpolitik. Nachher mit allerhand Reservationen kommen und davon sprechen, daß christliche Priester und Missionare das Evangelium verbreiten müßten, das heißt nichts anderes, als ein Feigenblatt über die Höhen dieser kapitalistischen Kolonialpolitik hängen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Herr v. Stengel: Der Herr Vorredner hat gegen die Reichsverwaltung die schwersten Vorwürfe erhoben. So wie meine Person und Amtsführung dabei in Frage kommt, verzichte ich darauf, zu erwidern. Ich bin mir bewußt, im guten Glauben bei allem, was ich getan und was ich unterlassen habe, gehandelt zu haben. Wenn der Vorredner aber, soweit gegangen ist, von dem Reichsanwalt zu sagen, daß er das Recht des Reichstages mit Füßen trete, so muß ich gegen einen solchen Vorwurf aufs nachdrücklichste und entschiedenste protestieren. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf v. Nieldynski (Pole): Wir werden gegen die Vorlage stimmen. Die Regier haben dieselben Ansprüche auf Menschenrechte wie alle übrigen Menschen und gerade ihnen gegenüber müsse man sich so verhalten, daß sie merken, was Zivilisation ist. (Sehr richtig! links.)

Abg. Bebel (Soz.): Daß der Herr Staatssekretär sich verpflichtet fühlt, die Angriffe auf den Herrn Reichsanwalt zurückzuweisen, ist ja erklärlich, aber die Verächtlichkeit unserer Angriffe geht schon daraus hervor, daß die Regierung ja erst nach unserer Kritik sich veranlaßt sah, Indemnität nachzusuchen. — Die heutige Debatte hat einen eigentümlichen Verlauf genommen. Vor einem Jahre wart man uns voreilige Kritik vor, man wollte erst die Erklärungen der Regierung über die Ursachen des Aufstandes abwarten. Heute nach einem Jahre, wo uns die Denkschrift der Regierung vorliegt, wo eine große Anzahl von Personen, die die Verhältnisse in Südwesafrika aus eigener Anschauung kennen gelernt haben, ihre Anschuldigungen gegen die Verwaltung erhoben haben, sagen alle Mitglieder der Majoritätsparteien: „Wir wollen über die Sache hinweggehen. Was nügen uns die einzelnen Fälle?“ Jetzt soll der Mantel der Liebe über die ganze Wirrschaft gedeckt werden. Aber aus den Einzelfällen setzt sich das ganze Bild zusammen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mich in meiner heutigen Rede nur auf die amtliche Denkschrift und auf Aktenstücke gestützt, die von bürgerlichen, uns feindlichen Zeitungen veröffentlicht worden sind. Der Abg. Arendt warf mir vor, ich hätte wahllos alle Briefe benutzt, ohne die Zuverlässigkeit der Briefschreiber zu prüfen. Ich habe heute nur einen einzigen Brief zitiert, und auch den nur, um die Stimmung der Soldaten in Südwesafrika zu illustrieren. So leichtfertig ist Herr Dr. Arendt auch in anderen Punkten verfahren. Ueber den Fall Groeneveld hat der Generaldirektor meine Angaben bis aufs Fingerglied über dem i bestätigt. Herr Dr. Arendt sprach davon aus „alten Kamellen“. Dabei ist der Fall erst während der Parla mentssession zur öffentlichen Kenntnis gelangt und hier noch gar nicht behandelt worden. Dabei ist der Fall so charakteristisch, daß er durchaus hier zur Sprache gebracht werden muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Dr. Arendt erklärte es für unglaublich, daß ein Weißer, der eine schwarze Frau erschossen hätte, freigesprochen worden sei. Aber der Kolonialdirektor hat anerkannt, daß der Mann, der an der Schwester eines Hauptlings einen feigen Mord begangen hatte, in der ersten Instanz freigesprochen wurde. In der zweiten wurde er in einem seltsamen Urteil zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Wo ist der Paragraph, der auf Mord zwei Jahre Gefängnis setzt? Wie im Falle Raim wurden auch hier die hervorragendsten Führer der Eingeborenen aufs schwerste beleidigt. Unter diesen Umständen mußte sich eine ungeheure Enttäuschung der Hereros bemächtigen. Seien Sie objektiv. Fragen Sie sich nur einmal, was Sie getan hätten, wenn Ihnen zugemutet worden wäre, was den armen Eingeborenen zugemutet worden war, wie lange Sie die Gewalt ausgehalten hätten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Kolonialdirektor sagt, den Ausdehnungen sei mit aller Energie entgegengetreten worden. Das ist einfach nicht wahr! Auch für Südwesafrika gilt der Spruch: Der Himmel ist hoch, der Fuß ist weit. Es ist zum Lachen, nach den ungeheuerlichen Vorgängen, wie im Falle Kossak, sei eine Untersuchung eingeleitet und alles ist in schöner Ordnung gefunden worden. Wer untersucht denn? Nun dieselben Beamten, die die ungeheuerliche Behandlung zugelassen haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe nicht behauptet, daß die weißen Ansiedler im allg em ein en, daß die weißen Händler im allg em ein en die Schuld an dem Aufstande trifft. Das habe ich nicht, das kann ich nicht behaupten haben. Ich habe gesagt, daß die ganze Landpolitik der Regierung, im Verein mit den Verrätereien der Händler, die ungeheuerliche Unzufriedenheit der Eingeborenen hervorgerufen hat, die sich dann gegen die gesamte Ansiedlerbevölkerung gerichtet hätte. Uebrigens sind bei dem Aufstande auch einzelne Personen verurteilt worden. Bekanntlich lautete die Parole der Hereros: Verschont die Büren, die Engländer und die Missionare. Ich konstatiere mit Genehmigung, daß der Herr Kolonialdirektor ausdrücklich erklärt hat, daß der Davi-Gesellschaft weitere Landzuweisungen nicht gemacht werden sollten, noch versprochen worden seien. Damit ist dieser Teil meiner Ausführungen erledigt, die sich auf Mitteilungen aus Kolonialkreisen stützten. Es ist realer Wohnheitsrecht der Hereros, daß das Land nicht dem Einzelnen, sondern dem Stamme gehört. Wie konnte man sich da von Samuel Maharero Land schenken lassen, den man jetzt für geistig nicht normal erklärt. Um die Gefängniszustände in milderen Lichte erscheinen zu lassen, beruft man sich auf die

Zeugnisse der Kräfte. Ueber die Zeugnisausstellung besonders der Kräfte der Militärverwaltung werde ich bei anderer Gelegenheit zurückkommen. In einem Gefängnisse sind zehn Gefangene gestorben; da sagt man, sie sind eines natürlichen Todes gestorben. Ja, eine natürliche Ursache hat alles; auch wenn sich jemand erschießt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun noch ein Wort an Herrn Lattmann. Er könnte mir eigentlich so viel Klugheit zutrauen, daß ich nicht unmittelbar nachdem ich im Reichstage eine bestimmte Stellung eingenommen habe, einem wildfremden Menschen gegenüber alles widerleiste. Herr Börner hat im Mai vorigen Jahres sich mit mir unterhalten. Er machte mir Vorwürfe wegen unserer Haltung zum Nachtragsetat. Ich erwiderte zunächst, daß wir uns der Abstimmung enthalten, aber wenn unsere Vermutung über die Ursachen des Aufstandes sich bestätigen sollten, dagegen stimmen würden. Was die Persönlichkeit des Herrn Börner anlangt, so hat das „Hamburger Echo“ erklärt, daß ihm ein so großes Sündenregister vorgehalten wäre, das seine Tätigkeit als Kaufmann im Auslande als außerordentlich bedenklich erscheinen lassen würde. Herr Börner wird darin ein Wichtigmacher genannt, und damit hat man wohl das Richtige getroffen. Wenn Herr Lattmann glaubt, ich könnte, wenn ich nach Afrika gehen würde, aus einem Saulus ein Paulus werden, so bin ich festest davon überzeugt, daß, wenn ich Zeit und Geld zu einer solchen Reise opfern würde, ich noch als ein viel grimmigerer Gegner der Kolonialpolitik heimkehren würde als ich es jetzt bin. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte.

Die Nachtragsetats für 1904 werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Abg. Dr. Sattler (natl.) regt an, die Berichte der Kommissionen künftig schriftlich zu erstatten, damit die Abgeordneten sich bei so wichtigen Materien, wie der heutigen, besser orientieren könnten.

Abg. Stockmann (Rp.) befürchtet davon eine Verlangsamung der Etatsberatung.

Abg. Spahn (Z.) spricht sich für die Anregung des Abg. Sattler, soweit es sich um prinzipiell wichtige Dinge handle, aus.

Präsident Graf Balkeström schlägt für die morgige Tagesordnung vor den Schluß der heutigen und die Beratung des Etats des Reichsamt des Innern.

Abg. Singer (Soz.) erklärt, daß seine Partei den Antrag auf Abänderung der Gewerbe-Ordnungsbestimmungen über den Kohlenbergbau zurückziehe und ihn in Form einer Resolution zum Reichsamt des Innern wieder einbringe. Redner erwartet, daß alle auf den Bergarbeiterstreik bezüglichen Anträge eventuell besonders verhandelt werden.

Präsident Graf Balkeström erklärt, daß die Resolutionen über den Bergarbeiterstreik also für morgen mit auf der Tagesordnung stehen.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr.

Schluß 9¹⁵ Uhr.

Parlamentarisches.

Gegen die Kasernierung der Prostitution wendet sich eine dem Reichstage zugegangene Petition des Bundes deutscher Frauenvereine. Das Petition fordert: Der Reichstag wolle 1. sich dahin aussprechen, daß er die von dem Gesetzgeber im § 180 des Strafgesetzbuches klar und deutlich ausgesprochene Absicht des Verbotes der Wohnungskuppel nicht durch die Verwaltungspraxis durchkreuzt zu sehen wünscht; und 2. den Reichskanzler zu eruchen, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Handhabung des § 180 des Strafgesetzbuches in den deutschen Bundesstaaten gleichmäßig und nachdrücklicher als bisher geübt wird. — Der Petition ist eine ausführliche Denkschrift zur Begründung der Forderung beigelegt.

Die russische Offensive am Schaho

Scheint bereits zum Stehen gekommen zu sein. Der Angriff der Russen auf den linken Flügel der Japaner gipfelte offenbar in dem Angriff auf das Dorf Sandepu. Die Russen, deren Angriff möglicherweise unerwartet gekommen war, gewannen erst an Terrain, nisteten dann aber, nachdem die Japaner zur Offensive schritten, wieder zurückgehen. Ihre Verluste sind nicht gering. Sie werden selbst von russischer Seite auf mehr als 1600 Tote und Verwundete beziffert. Die japanischen Meldungen, die erklären, daß die Russen überall zurückgeschlagen worden seien, besagen noch, daß 500 Russen zu Gefangenen gemacht worden seien. Der General Nischikoff ist nach einer amtlichen Petersburger Meldung leicht verwundet worden. Nach den in Petersburger unerschütterlichen Gerüchten soll die Verwundung indes eine schwere sein. Daß der Erfolg der Russen in der Tat nur ein vorübergehender und keineswegs, großer war, geht aus einer Meldung des Generals Sacharow hervor, der erklärt, daß man bereits geglaubt habe, das Dorf Sandepu genommen zu haben, daß man jedoch vor den Befestigungen eines Teiles des Ortes habe zurückgehen müssen. Nach Tokioer Meldungen sollen sich die Gesamtverluste der Russen auf 10 000, die der Japaner auf 5000 Mann belaufen.

Aus allen diesen Meldungen ist noch nicht ersichtlich, ob mit diesen Gefechten die russische Offensive bereits als aufgegeben betrachtet werden kann, oder ob diese Kämpfe nur das Schaupiel zu einer größeren Schlacht darstellen. Wahrscheinlich ist es ja, daß die Russen diesen Angriff nur deshalb unternommen haben, um der ungewissen und für die Russen immer schlechter werdenden Lage endlich ein Ende zu machen. Gelangen doch mit jedem Tage neue Verstärkungen bei den Japanern an, namentlich an Artillerie, während die Kampfesflamme der Russen, die bereits durch den Fall Port Arturs schwer erschüttert sein muß — dem trotz aller gegenseitlichen Verheimlichungsmandate der russischen Kommandierenden wird die Nachricht doch zweifellos auch den russischen Soldaten inzwischen bekannt geworden sein —, durch die Nachrichten über die Revolution in Rußland vollends gebrochen werden muß.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Sachetum vom Sonntag:

Die Kolonne, welche am 26. d. M. Sandepu angriff, bemächtigte sich abends zum größten Teil des besetzten Dorfes. Hierbei verlor sie 24 Offiziere und 1600 Tote und Verwundete. Es eroberte sie aber, daß der am stärksten besetzte nordöstliche Teil des Dorfes durch das Feuer der Russen nicht gelitten hatte und die Geschütze und Maschinengewehre daraus gegen die russischen Truppen wirken konnten. Letztere räumten daher Sandepu und nahmen dann das Artilleriefeld wieder auf.

Petersburg, 29. Januar. General Sacharow telegraphierte dem Generalstab am 28. d. M. weiter nachfolgende Einzelheiten über den Kampf bei Sandepu am 26. und 27. d. M.: Vom 26. Januar an begann der Feind die Offensive zu ergreifen und beabsichtigte, beträchtliche Streitkräfte bei Sandepu zusammenzuführen. Am 27. ergriff unsere auf der äußersten Linken postierte Kolonne die Offensive gegen die vom Feinde besetzten Dörfer Sumapu und Paotioa im Süden von Sandepu. Den ganzen Tag über währte hier ein heftiger Kampf. Nach Mitternacht eroberten wir Sumapu. Am 28. ging eine andere Kolonne gegen Sandepu vor und besetzte einen großen Teil dieses besetzten Ortes; die Be-

festigungen, die von einer dreifachen Reihe künstlicher Hindernisse umgeben waren, wurden aber durch das Feuer unserer Artillerie nicht beschädigt. Da sie die Unmöglichkeit erkannten, die Befestigungen ohne Bombardement zu nehmen, verließen unsere Truppen vorläufig das in Brand geschossene Sandepu, wo es nicht möglich war zu bleiben, ohne eine Niederlage zu riskieren. Am 25. und 26. Januar wurden Sandepu und seine Befestigungen heftig beschossen, als unsere äußerste Kolonne bei Sumapu und Paotioa kämpfte. Einzelheiten hierüber fehlen noch. Unsere Kavallerie, die acht Berst südlich von Sandepu operierte, griff am 26. und 27. Januar eine japanische Kompagnie an, schlug dieselbe und machte 100 Mann zu Gefangenen. Im allgemeinen müssen die Japaner bedeutende Verluste erlitten haben.

Dyama meldet: Die japanische Abteilung, die Vintiaofu besetzte, hat in der letzten Nacht den mit überlegenen feindlichen Kräften ausgeführten Angriff abgewiesen. Heute bei Tagesanbruch griff eine andere japanische Abteilung zwölf Kilometer nördlich Heikaitai an und besetzte die feindliche Stellung. Die Russen machten in vergangener Nacht einen heftigen Gegenangriff, die Abteilung, die Heikaitai angegriffen hatte, wurde aber völlig zurückgeschlagen. Heute besetzten unsere Truppen die Umgegend von Heikaitai. Der Feind, der in der Richtung auf Vintiaofu und Heikaitai stand, hat sich auf das rechte Ufer des Hanho zurückgezogen; unsere Truppen nahmen die Verfolgung auf. Die russischen Truppen gehörten zum achten und zehnten Armeekorps, umfaßten ferner das erste Armeekorps und ein gemischtes Korps, bestehend aus Infanterie und einer Division Kavallerie unter General Nischikoff. Wir haben 500 Gefangene gemacht. Die Verluste werden festgestellt.

Tokio, 30. Januar. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Nach einer hier aufgestellten Schätzung betragen in den Gefechten bei Chendjipo und Heikaitai die Verluste auf japanischer Seite 5000 und auf russischer Seite 10000 Mann.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Januar.

Das Budgetrecht des Reichstages und der Aufstand in Südwestafrika.

Der Reichstag beschäftigte sich heute mit den Forderungen zur Niedermegung des Herero-Aufstandes für Ausgaben, die — im Sommer vorigen Jahres gemacht worden sind. Die Regierung hat es verfassungswidrig im Sommer unterlassen, den Reichstag zur Bewilligung der Mehrausgaben für die Expedition nach Südwestafrika zusammenzuberufen. Sie hat sogar für Zwecke, die mit der Kriegführung in gar keinem unmittelbaren Zusammenhang stehen, für die Vorarbeiten zum Bau einer Bahn von Windhuk nach Rehobot 200 000 M. ausgegeben, sie hat schließlich nicht einmal den Reichstag um Indemnität, um nachträgliche Genehmigung für ihr Vorgehen gebeten, sondern ganz einfach die nachträgliche Bewilligung des ausgegebenen Geldes verlangt. Erst durch die Weigerung der Budgetkommission, die verfassungswidrige Vorlage zu beraten, hat sie sich zur Bitte um Indemnität zwingen lassen. Heute wiederholte der Reichs-Schatzsekretär Hr. v. Stengel im Namen des Reichskanzlers diese Bitte und fügte, um die bürgerlichen Parteien zu befähigen, noch hinzu, daß sie die Forderung der 200 000 M. vorläufig zurückziehe — natürlich, um sie ein paar Tage nach der endgültigen Genehmigung der Hauptforderungen von neuem zu erheben.

Auf diesen Tritt fielen alle bürgerlichen Parteien sofort hinein, so sicher, wie selbst die fortgeschrittensten Sozialpolitiker auf das Versprechen eines preussischen Vergesetzes. Ein Redner der Mehrheitsparteien nach dem anderen erklärte den Konflikt mit der Regierung für glücklich beendet und sprach seine Freude über den „Sieg“ des Reichstages aus. Um so schärfer fiel die Kritik unserer Partei aus. Genosse Südekum wies an dem Wortlaut der Verfassung klipp und klar nach, daß die Regierung mit der Veranschlagung der Gelder ohne vorherige Befragung des Reichstages einen schweren Verfassungsbruch begangen hätte. Nur wenn höhere Gewalt sie zu einer solchen Ausgabe zwingt, ohne daß es ihr möglich wäre, erst den Reichstag zu befragen, kann die nachträgliche Genehmigung die vorherige Zustimmung des Reichstages ersetzen. Daß der Reichstag auch in diesem Falle sich mit der Bitte um Indemnität begnügt, ohne der Regierung das Gefegwidrige ihres Verhaltens kräftig zu Gemüte zu führen, kann für sie nur ein Anreiz sein, in künftigen Fällen das Recht des Reichstages in derselben Weise zu mißachten, wie sie es jetzt schon zum zweitenmal, bei den Chinawirren und beim Aufstand in Südwestafrika, getan hat.

Sachlich begründete Genosse Bebel unsere ablehnende Stellung zu diesen neuen Kolonialforderungen, die mehr als 70¹/₂ Millionen Mark ausmachen. Konnte im vorigen Jahre noch zweifelhaft sein, wer die Schuld an dem Aufstand mit seinen unübersehbaren Kosten an Blut und Geld trage, so ist inzwischen durch die amtliche Denkschrift der Regierung und das umfangreiche von privater Seite, insbesondere von den Missionen veröffentlichte Anlagematerial schlüssig der Beweis erbracht worden, daß die verkehrte Landespolitik der Regierung die straflosen Gewalttaten der Beamten, der Landraub deutscher Farmer und der Viehwucher deutscher Händler die Hereros zum Verzweiflungskampf gezwungen hat. Wie schwer in allen diesen Beziehungen an den Schwarzen gesündigt worden ist, bewies Bebel durch so zahlreiche, so unanfechtbare und beweiskräftige Beispiele, daß keiner der bürgerlichen Abgeordneten oder der Herren der Regierung auch nur ein Wort zu sagen wagte. Erst als die ungerechte Bedrückung die Hereros aufs tiefste empört hatte, begannen sie jene Greuelthaten, mit denen jetzt die bürgerliche Presse Stimmung gegen sie macht. Und doch wiegen ihre Grausamkeiten federleicht gegenüber der Niedermegung wehrloser Männer, Frauen und Kinder, wie sie im Kampfe gegen die Hereros von dem Höchstkommandierenden, General v. Trotha amtlich angeordnet und ausgeführt worden ist. Der sinnlosen Niedermegung der Eingeborenen ohne die Südwestafrika den letzten Rest von Wert verliert, stellte Bebel ein positives Programm gegenüber: Veröhnung der Hereros durch Gerechtigkeit, Kultivierung und Erziehung zur Arbeit. Das ist natürlich nicht das Programm, nach dem die heute herrschenden Klassen ihre Kolonialpolitik betreiben; die jetzt angewandte Methode der Kolonisierung sahste Genosse Südekum trefflich darin zusammen, daß man die Eingeborenen militaristisch unterwerfen, bürokratisch regieren und kapitalistisch ausbeuten wolle. Der Kolonialdirektor Dr. Stübel bestätigte sofort die Richtigkeit dieser Auffassung. Trotz all seiner Unfähigkeit, die sich hülfesuchend mitten während

der Rede bei seinen Räten Kenntnis von allgemein bekannten Tatsachen holte, brachte er doch stotternd heraus, daß der Hauptzweck des Kolonisierens für ihn und seinesgleichen darin läge, die Eingeborenen zugunsten der bereicherungs-süchtigen deutschen Ansiedler auszubenten. Nur deshalb hat man schließlich dem Rest der Hereros „Gnade“ gewährt. Wie erfolgreich selbst dieses Minimum veröhnlicher Politik ist, bewies des Kolonialdirektors Mitteilung, daß schon 15 000 Hereros sich seitdem ergeben hätten. — Die bürgerlichen Parteien bewiesen in der Debatte wieder ihre vollkommene Unfähigkeit, große Probleme sachlich zu erörtern. Kein einziger der Redner wußte einen vernünftigen Vorschlag für die künftige Behandlung der Schwarzen zu machen. Herr Spahn vom Zentrum will die Eingeborenen in Reserve ein-schließen; der Freisinnige Dr. Müller-Sagan außerdem den Bod zum Gärtner machen, das heißt den eingewanderten Farmern und Kaufleuten einen Teil der Verwaltung übertragen. Der Abg. Schrader von der Freisinnigen Vereinigung zeigte ihnen sofort die Undurchführbarkeit ihrer Pläne: da man die einheimischen Arbeitskräfte in keinem Teil des Landes entbehren kann, kann man ihnen keine geforderten Gebiete zuweisen. So wenig auch die bürgerlichen Redner praktische Vorschläge zur Vermeidung ähnlicher kolonialer Krisen machen konnten, die der bürgerlichen Kolonialpolitik untrennbar anhaften wie der bürgerlichen Wirtschaft die Wirtschaftskrisen, so schön verstehen sie nationale Phrasen zu dreschen. In Danksgungen an die kämpfenden Truppen, in Lobliedern auf das „größere Deutschland“, in Besöhnung aller Kolonialgreuel und giftiger Verleumdung der „antinationalen“ Sozialdemokraten überboten sich der Liberale Pasche, der Konservativen Staudy, der Freisinnigen Dr. Arendt und der Antisemiten Lattmann, der nicht einmal wußte, daß unsere Fraktion sich beim ersten Nachtrags-Etat anfänglich der Stimme enthalten hatte. Mühselos wurde Bebel in seiner Erwiderung mit diesem leichtfertigen und törichten Geschwätz fertig.

Aber die Mehrheit bewilligte natürlich alle Regierungs-forderungen. Dagegen stimmten mit uns nur die Polen, die am eigenen Leibe erfahren haben, was es heißt, eine Nation brutal zu unterdrücken.

Morgen steht außer dem Südwestafrika-Etat für 1905 noch der des Reichsamts des Innern auf der Tagesordnung. Dabei wird die zu einer Resolution umgewandelte Interpellation unserer Partei auf Erlass reichsgesetzlicher Schutzbestimmungen für die Bergarbeiter mit zur Beratung kommen. —

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Montag, nachdem es die an anderer Stelle geäußerte Vergeßhölle zu Ende gespielt, mit dem Justizetat, der im Galopp durchgeritten wurde.

Herr Schönstedt erhielt sein auf Kosten der Justiz verdientes Gehalt schon nach wenigen Stunden bewilligt. Warum sollte auch ein so reaktionärer Minister erst lange auf die Folterbank gespannt werden. Einem Mann wie Schönstedt darf das Leben nicht schwer gemacht werden. In der Debatte wurde wie alljährlich über Mangel an Richtern geklagt und die Unterstellung der Strafanklagen, die heute teils vom Ministerium des Innern, teils von dem der Justiz ressortieren, unter die Justizverwaltung gefordert. Es wird wohl noch lange Zeit vergehen, ehe diese uralten Klagen beseitigt sind. Die Klagen des Abg. Gylling (fr. Sp.) über die ungleiche Behandlung jährlicher Richter tat Herr Schönstedt mit einer Handbewegung ab: Die Ernennung der Richter ist ein Recht der Krone, also hat sich die Volksvertretung nicht darum zu kümmern. Daß die Minister nach der Verfassung für die Regierungshandlungen der Krone verantwortlich sind, daß nach der Verfassung alle Preußen vor dem Gesetz gleich sind, kümmert Herrn Schönstedt nicht. Warum auch? Er hat ja die Mehrheit des Jantags auf seiner Seite.

Weitere Beschwerden darüber, daß die Zahl der Freipredigten so gewaltig zunimmt, fertigte der Minister mit der gleichen Gründlichkeit ab. Er will unterfragen, was sich machen läßt. Ob er die Staatsanwälte anweist, bei der Erhebung von Anklagen vorsichtiger zu verfahren oder ob er vielleicht auf die Richter einzuwirken sucht, bleibt abzuwarten.

Am Dienstag soll der Justiz-Etat zu Ende beraten werden. —

Teige Ausflüchte.

Die Debatte über Südwestafrika im Reichstag zwang die Vertreter und Anhänger unserer kolonialabenteuerlichen Politik in den verzweifeltsten Ausreden. Der Kolonialdirektor Stübel war zwar so reumütig, die schwersten Verschuldigungen rundweg zuzugeben, aber er konnte sich doch nicht enthalten, allerhand Ausflüchte zu versuchen. Wenn er beispielsweise meinte, Genosse Bebel selbst habe ja zugegeben, daß die amtliche Denkschrift eine objektive Darstellung der Vorgänge sei, so begnügte er damit eine Entstellung der Bebel'schen Ausführungen. Als objektiv hatte Bebel die Denkschrift nur insofern bezeichnet, als auch sie nicht umhin gekonnt habe, die Tatsache zu bestätigen, daß der Eingeborenen-Aufstand durch die Ausschreitungen der Händler und Farmer und durch die ungeschickte Kolonialverwaltung hervorgerufen worden sei. Wirklich objektiv war deshalb aber die Denkschrift noch lange nicht, da sie über eine Menge der schwersten Verschuldigungen einfach mit dem Schweigen der Verlegenheit hinwegzugehen versuchte. Auf alle die traffen Enthüllungen der Missionare und der Kolonialpresse war die Denkschrift überhaupt nicht eingegangen. Sie hatte nur einen Teil der Verschuldigungen zugegeben, um den Rest der Verschuldigungen, die sie doch nicht zu widerlegen vermochten, einfach zu unterdrücken! Von Objektivität kann bei dem derartigen Vorgehen natürlich nicht die Rede sein.

Wie die Denkschrift, so macht es auch Herr Stübel selbst. Die Zahlen, die Genosse Bebel vorführte, um darzutun, in welcher Weise der Viehraub von den Händlern an den Eingeborenen verübt worden war, suchte er dadurch zu entkräften, daß er behauptete, der Viehbestand der Hereros sei hauptsächlich durch die Rinderpest während der Jahre 1897/99 dezimiert worden. Die Rinderpest hat doch aber auch unter den Herden der Farmer gewütet und zudem bei weitem nicht den Umfang gehabt, den ihm Herr Stübel zuschrieb. Wenn sich auch unter dem Vieh der Farmer eine Anzahl von importiertem Vieh und Kreuzungsprodukten befanden, so trifft das nicht zu auf das Kleinvieh, das fast ausschließlich der afrikanischen Rasse angehört. Mit faulen Ausreden versucht es auch Herr Stübel in dem Falle des Eingeborenen, der durch den Unter-offizier Kossak zu Tode gepeinigt worden ist. Herr Stübel behauptete, das Wasser sei nicht gefroren gewesen, mit dem Kossak den völlig entkräfteten und todranken Eingeborenen übergeben habe. Diese Wasserprobeur habe sich vielmehr im Gefängnisse zur Tageszeit zugetragen. Das ist nicht wahr. Der Eingeborene ist allerdings am Tage mit Wasser begossen worden, aber innerhalb eines noch nicht fertiggestellten Baues, dessen Dach zwar die wärmenden Sonnenstrahlen abhielt, durch dessen noch nicht fertiggemauerte Wände aber der kalte Wind hindurchpiffte, wodurch der bedauernswerte Eingeborene eisig durchfröstelte wurde. Daß das Vorgehen des Kossak von dem südafrikanischen Gericht ungenügend bestraft wurde,

Beweist übrigens Herr Stübel ja selbst dadurch, daß er erklärte, Kosjad sei nur zu einer Geldstrafe verurteilt worden, die Kolonialverwaltung habe jedoch, nachdem sie von dem Vorgang Kenntnis erhalten habe, die Dienstentlassung des Mannes durchgeführt. Damit hat also die Kolonialverwaltung selbst anerkannt, daß die Justiz in diesem Falle ihres Amtes in ausreichender Weise nicht gewaltet hat! Das Gefängniswesen wagte auch Herr Stübel nicht zu verteidigen. Er führte die ungeheuerlichen Zustände des Strafsystems lediglich darauf zurück, daß nicht Geld genug zur Verfügung gestanden habe. Auch das ist eine schwache Ausrede, die die Ungeheuerlichkeiten des Strafvollzuges, durch die ungezählte von Eingeborenen zu Tode geprügelt wurden, nicht im geringsten im milderen Lichte erscheinen läßt. — Ferner soll Maharero ein sittlich verkommener Mensch gewesen sein. Ob er verkommener war als Arenberg und Konsorten, mag dahingestellt sein; so viel steht jedenfalls fest, daß gerade die deutsche Regierung diesen Maharero zum Oberhänfling des Stammes gemacht hat, zu einer Zeit, wo seine sittliche Verkommenheit mindestens keine geringere war als zur Zeit des Aufstandes! Die ungeheuerliche Art der Kriegsführung, die auf einen Vertilgungskrieg der Hereros hinauslief, versuchte Stübel damit zu entschuldigen, daß ja eine Anweisung an Trotha ergangen sei, künftig Pardon zu geben. Das beweist absolut nichts für Trotha, sondern gegen ihn. Zehntausende von Hereros sind der Ausrottungsstrategie zum Opfer gefallen, bevor die Regierung eingegriffen hat. Daß sich jetzt 15 000 Hereros ergeben haben, beweist nur, daß durch eine vernünftiger und humanere Kriegsführung Zehntausende von Menschenleben gerettet worden wären. Wenn man jetzt Pardon gibt, so hätte man auch schon früher, als man noch mehr Truppen im Norden des Kriegsschauplatzes zur Verfügung hatte, als jetzt, erst recht die Befehlsmacht erlassen können, daß den sich ergebenden Hereros Verzeihung gewährt würde. Was endlich Stübel über die Zahl der von den Hereros ermordeten Anwohner sagte, widerlegt nur wiederum die grenzenlos übertriebene Behauptung von der Grausamkeit der Hereros! Nicht mehr als fünf Frauen sind von den Hereros getötet worden, dafür hat man dann Zehntausende von Frauen und Kindern der Hereros dem Tode des Verschmähens ausgeliefert! Auf welcher Seite da die humanere Kriegsführung liegt, braucht nicht erst gesagt zu werden.

Auch die bürgerlichen Abgeordneten konnten nur einige Verlegenheitsphrasen stammeln. Der Abg. Staudy verteidigte die deutsche Kriegsführung damit, daß andere Nationen noch viel Schlimmeres begangen hätten. Selbst wenn das wahr wäre, wäres dies nur ein sehr kümmerlicher Trost. Es ist aber nicht wahr, denn eine grausamere Kriegsführung ist noch von keiner Kolonialmacht betrieben! Der Abgeordnete Müller-Sagan meinte, es sei ein Fehler, wenn man die Kritik an der Kriegsführung lediglich der Sozialdemokratie überläßt. Herr Müller-Sagan hätte früher aufstehen und die freisinnige Presse ins Gebet nehmen müssen! Hat doch die freisinnige Presse zwar alle Vergehen und erlogenen Schandthaten der Hereros sorgfältig gebucht, aber zu den unglücklichsten Handlungen unserer Kriegsführung kritiklos geschwiegen! —

Südwestafrika.

Berlin, 30. Januar. Nach einem Telegramm aus Windhuk ist der Meiter Theodor König, geboren am 30. 7. 88 zu Heidenau, am 24. Januar d. J. im Lazarett Dlabandja an innerer Verblutung gestorben.

Berlin, 30. Januar. Amtliche Meldung. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Gefordert: Meiter Leopold Jungling, geboren am 14. 5. 1882 zu Puttensen, am 27. 1. 1905 im Lazarett Swalopmund an Selenkheumatismus und Skorbut; Meiter Wilhelm Voelm, geboren am 11. 2. 1880 zu Kropiens, am 27. 1. 1905 im Lazarett Dlabandja an Typhus, Ruhr und Skorbut.

Hamburg, 30. Januar. Heute morgen 10 Uhr erfolgte die Abfahrt eines aus 40 Offizieren und 105 Mann bestehenden Truppenkontingents für Deutsch-Südwestafrika mit dem Dampfer „Belgiano“.

Ausland.

Die Kalkulationen Kosjadjewensky vor der Hull-Kommission.

In der heutigen Vormittags-Sitzung der Hull-Kommission sagte der Kapitän des schwedischen Schiffes „Aldebaran“, Jonsson, aus, er habe an Steuerbordseite, etwa acht Meilen nach vorn ein Licht wahrgenommen; bei weiterer Annäherung habe er festgestellt, daß dieses Licht von einem Scheinwerfer herrührte, und habe alsbald Kanonenfeuer geöhrt, ohne zu wissen, wohin das Feuer gerichtet wurde. Das betreffende Schiff habe, näher kommend, seine Scheinwerfer auf den „Aldebaran“ gerichtet. Etwa 20 Minuten später habe er von dem Kartenhaus aus wiederum Geöhlfener vernommen und sei daraufhin auf die Kommandobrücke getreten. Am selben zahlreiche Geöhffe um das Schiff herum gefallen, so daß die Matrosen und Offiziere des „Aldebaran“ sich bilden mußten, um nicht getroffen zu werden, und in dem Kartenhaus Zuflucht suchten. Der „Aldebaran“ wurde an der Bordbordseite von einer Kugel getroffen. Das Schießen dauerte etwa 15 Minuten. Die Scheinwerfer machten es Jonsson unmöglich, die Vorgänge auf dem unbekannten Schiffe zu erkennen. Da der „Aldebaran“ keine Havarie hatte, setzte er seinen Lauf fort. Wegen der herrschenden Dunkelheit konnte Jonsson die von dem Kriegsschiffe eingeschlagene Fahrtrichtung nicht wahrnehmen. Der russische Vorkapitän Kelludoff sagt: Da die Tatsachen, von denen Kapitän Jonsson berichtete, sich außerhalb der Gewässer zugezogen haben, in welchen die Fischerboote sich befanden, so haben sie keinen Bezug auf den Gegenstand, der die Kommission beschäftigt. Er werde keine Frage an den Zeugen richten und keinen Kommentar zu seinen Angaben machen, behalte sich aber die erforderlichen Erklärungen vor. Das englische Mitglied der Kommission, D'Veirne, setzt auseinander, warum er Jonsson als Zeugen habe vernommen lassen. Er vermute, daß das Torpedoboot, das nach der russischen Erklärung das russische Kriegsschiff „Kamtschatka“ angegriffen habe, der „Aldebaran“ gewesen sei. Die „Kamtschatka“ habe dem Admiral Kosjadjewensky durch drahtlose Telegraphie gemeldet, daß sie von einem Torpedoboot angegriffen worden sei; dies sei nach seiner Meinung die Ursache des Zwischenfalls. Der russische Vorkapitän des „Aldebaran“, Stromberg, bestätigt seinerseits die Aussagen Jonssons. Hiernach wurde die Sitzung auf den Nachmittag vertagt.

In der Nachmittags-Sitzung wurde der Besitzer des Fischerbootes „Costello“ vernommen. Derselbe sagt aus, er habe während der Beschichtung der Boote einen schwarzen Gegenstand bemerkt, den er für ein Torpedoboot gehalten habe, er habe es später für ein Missionschiff erkannt. Der Zeuge hat vor der Kanonade seinen schwarzen Gegenstand auf dem Meere bemerkt. Ueber die Aussage des Besitzers der „Costello“ entspann sich eine lange Erörterung. Aus der Aussage dieses Zeugen ergab sich, daß er erst nach acht Tagen erfür, daß der schwarze Gegenstand das Missionschiff „Alpha“ war. Er erklärt, daß er einen schwarzen Gegenstand gesehen habe, aber er habe nicht das Schiff „Crane“ ge-

sehen, das ihm viel näher war, da die „Crane“, welche ihre Feuer angezündet hatte, ihm durch ein Hindernis verborgen war. Der Zeuge wird dann den zwei Fischern seines Fahrzeuges Green und Strike gegenübergestellt. Strike glaubte ein Torpedoboot nach der Beschichtung zu sehen, aber er sah vor der Beschichtung kein Fischerboot ohne Licht. Der russische Kommissar bemerkt, daß diese Aussage derjenigen des Zeugen vor dem Handelsamt widerspricht. Die russischen Offiziere werden morgen nachmittag ihre Aussagen in russischer Sprache machen. Die Aussagen werden dann am Nachmittag überlegt werden. Die Sitzung ist damit geschlossen.

Italien.

Rom, 30. Januar. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Die parlamentarische Kommission beschloß einstimmig, Ferris Inhaftierung wegen des Urteils im Prozeß Bettolo in der Kammer zu vertreten.

Bekanntlich wurde Genosse Ferris im Prozeß Bettolo zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt. —

England.

Der Glend in London

gehen immer mehr betrübende Nachrichten ein. In der Riesenstadt sind im Verlaufe eines Jahres nach amtlicher Statistik 89 Personen buchstäblich Hungertodes gestorben. Man hat ferner konstatiert, daß 122 000 Londoner Kinder Morgen für Morgen in die Schule kommen, ohne vorher ein Frühstück genossen zu haben! —

Der Arbeiterkongreß zu Liverpool, von dem wir in den nächsten Tagen zu berichten haben werden, wird sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit und dem damit zusammenhängenden Problem eingehend beschäftigen. —

Amerika.

Die Union annektiert San Domingo.

Washington, 28. Januar. („Lassan“-Meldung.) Präsident Roosevelt hat Vorbereitungen für die Uebernahme eines tatsächlichen Protektorats mit Diktatur über San Domingo zum 1. Februar getroffen, an welchem Tage die zwischen den Vereinigten Staaten und San Domingo getroffenen Vereinbarungen in Kraft treten. Konter-Admiral Sigbee liegt mit seinem Flaggschiff „Newark“, dem Kreuzer „Detroit“, dem Kanonenboot „Castine“, einer Anzahl Torpedoboots, einem Depeschenboot und Kohlen-schiffen vor San Domingo, und andere Schiffe, darunter die Kreuzer „Denver“ und „Tacoma“, werden zu seinem Geschwader stoßen. Admiral Sigbee wird in jeden der sieben dominikanischen Häfen ein amerikanisches Kriegsschiff entsenden, um die Stellung des Präsidenten Morales zu stärken und ihm zu helfen, die Aufständischen aus den drei nördlichen Häfen zu vertreiben, in denen sie sich festgesetzt haben. Präsident Roosevelt wird die Einsetzung einer aus drei Anwälten und zwei Finanzleuten bestehenden amerikanischen Kommission vorschlagen, die die uneingeschränkte Verwaltung der Finanzen haben und die Regelung der ausländischen Forderungen an San Domingo durch Schiedsspruch oder auf andere Weise leiten würde.

Partei-Nachrichten.

Eine sozialdemokratische Gemeindevorsteher-Konferenz des Regierungsbezirks Merseburg, die von 59 Stadtvorordneten bzw. Gemeindevorstehern und 25 Delegierten besucht war, fand am Sonntag, den 29. Januar, in Halle statt. In eingehenden Referaten behandelten die Genossen Reichstags-Abgeordneter Albrecht-Halle, Leopold-Reich und Burgau-Aue folgende zur Verhandlung gestellte Fragen: „Kommunalpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Bremer Parteitag-Resolution“, der Preuentag und seine Bedeutung für die Gemeindevorsteher“, „die Landgemeindevorsteher“.

Das Schulkind, von Dr. R. Silberstein, erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts als 6. Heft der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“. Der den Lesern aus Heft 2 dieser Bibliothek „Das erste Lebensjahr“ schon bekannte Verfasser verfolgt im vorliegenden Heft die weitere Entwicklung des Kindes, insbesondere während der Schulzeit. Der Schularzt, seine Notwendigkeit und seine Aufgaben, die Gesundheitspflege in der Schule und im Hause, die Pflege der Sinnesorgane, Sprachgebrechen, Wirbelsäulenverkrümmungen und deren Verhütung kommen zur Erörterung, eingehend werden die anstehenden Kinderkrankheiten und im Anschluß daran die Frage der Absonderung und Wiederzulassung erkrankter Schulkinder und der Desinfektion, sowie der Podentimpfung behandelt und zum Schluß der Hygiene des Geistes gedacht. Auch dieses Heft zeichnet sich durch flüssige und flotte Darstellung und Hinweise auf die besonderen Verhältnisse in der arbeitenden Bevölkerung aus und wird überall da, wo es aufmerksam gelesen wird und seine Lehren befolgt werden, Aufklärung und Nutzen bringen. In den früheren Heften dieser Bibliothek wurden behandelt: 1. Heft: Die erste Hälfte bei Unfällen; 2. Heft: Das erste Lebensjahr; 3. Heft: Zur Gesundheitspflege des Kindes; 4. Heft: Der Achtstundentag, eine gesundheitsliche Forderung; 5. Heft: Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Jedes Heft kostet 20 Pf. und ist durch jede Partei-Buchhandlung, jeden Zeitungsausträger und Kolporteur zu beziehen.

Pollzisches, Gerichtliches usw.

— Eine Polizei-Aktion gegen die Preßkommission der Magdeburger „Volkstimme“ hat wieder mit der Niederlage der Polizei geendet. Wir kritisieren längst, daß in Magdeburg die Polizei in eine Sitzung der Preßkommission einbrang, sie aufgelöst und Geschäftspapiere beschlagnahmt hatte. Am Sonnabend hatten sich wegen angeblicher Uebertretung des Vereinsgesetzes nun die Genossen Fabian und Vater vor dem Schöffengericht verantworten. Fabian war beschuldigt, eine Sitzung der Preßkommission, die am 13. Sept. v. J. bei Vater einberufen war und die vor Eintritt in die Tagesordnung der polizeilichen Auflösung verteil, nicht polizeilich angemeldet zu haben. Vater soll sich hierbei durch Vergabe seines Lokals mitschuldig gemacht haben. Nach längerer Verhandlung erkannte das Gericht auf Freisprechung. Es bedurfte für die Magdeburger Polizei erst einer richterlichen Bestätigung, daß eine Preßkommission kein Verein ist.

Gewerkchaftliches.

Die Vereitigung des Koalitionsrechtes durch die Meinung und Absicht des Schuhmannes.

Der Streikposten Wiczorek waltete seines Amtes am Bahnhof zu Rattowitz im Kolledewitzschen Bus durch die Gewerbeordnung gewähltesten Koalitionsrechtes. Ein Schuhmann kam daher und wies ihn auf Grund der Straßenspolizei-Verordnung weg, was W. nicht beachtete. W. wurde deshalb in zweiter Instanz vom Landgericht Weichseln zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er einer zur Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße ergangenen polizeilichen Aufforderung nicht gefolgt sei. (Straßenspolizei-Verordnung und § 366 Nr. 10 des Strafgesetzbuches.)

Das Landgericht glaubte dem Schuhmann, daß er die Aufforderung zum Weggehen nur erlassen habe, damit es nicht zu Reibereien mit Arbeitswilligen komme, und daß er solche Reibereien „befürchte“. Dazu meinte das Landgericht dann noch, daß die Gefahr von Störungen um so näher gelegen habe, weil die Arbeitswilligen in der Gegend meist Galizier, Polen, Russen usw. seien, und so noch der nationale Gegensatz hinzukomme. Angeklagter hätte darum die Aufforderung befolgen müssen.

Die letzte Revision ein und Rechtsanwalt Dr. Rosenberg machte vor dem Kammergericht für ihn folgendes geltend: Wiederum handele es sich hier um eine jener abstrakten, auf keinerlei bestimmte Tatsachen gestützten Erwägungen, daß es zu Zusammenstößen mit Arbeitswilligen, zu Störungen der Ordnung und Sicherheit des Verkehrs „hätte kommen können“ und der Schuhmann ihnen habe vorbeugen wollen. Das passe aber fast auf jeden Fall des Streikpostenstehens wie auf fast alles Zusammenkommen von Menschen. Nun sei noch die Nationalitätstheorie hineingetragen worden. Darauf könne es aber auch nicht ankommen, denn sonst könnte man ja jedem Polen oder Deutschen das Gehen auf der Straße verbieten, weil man befürchte, es könnte zu Reibereien zwischen den Nationalitäten kommen. Weibe also hier nur möglich, anzunehmen, daß der vermeintliche Zweck der Aufforderung des Polizeibeamten nur ein vorgeschobener gewesen sei, und daß es sich um nichts anderes handele, als um ein gegenwärtiges Verbot des Streikpostenstehens an sich. Praktisch laufe solch Argumentationsverfahren, wie hier vom Landgericht beliebt, darauf hinaus, das Streikpostenstehen unmöglich zu machen. Es könne doch aber nicht Absicht des Gesetzgebers gewesen sein, mit der einen Hand der Straßenspolizei-Verordnung und des § 366 Nr. 10 des Strafgesetzbuches wieder zu nehmen, was er mit der anderen Hand im Koalitionsrecht gegeben habe.

Das Kammergericht verwarf aber die Revision aus den bekannten Gründen, die wir kürzlich in dem Artikel „Revisierte Polizeivorkauf gegen Streikposten“ gründlich beleuchtet haben. Es bleibt dabei: Das auch vom Kammergericht anerkannte Recht zum Streikpostenstehen ist wesentlicher Sachein, denn ein Schuhmann kann es auf Grund einer Straßenspolizei-Verordnung im Sinne des § 366 Nr. 10 des Strafgesetzbuches außer Kraft setzen. Es genügt, daß er „annimmt“, es „könnte“ zu Reibereien und Störungen auf der Straße kommen, und daß er dann bei der Wegweisung die „Absicht“ hat, solchen möglicherweise eintretenden Störungen vorzubeugen. Und diese „Absicht“ ist jetzt bei den Schulpleuten zu einer in fruktionsmäßigen Ueberzeugung geworden.

Berlin und Umgegend.

Zur Aussperrung in der Metallindustrie.

In der gestrigen Streikversammlung besprach Cohen u. a. die Wirkung der letzten Abstimmung über die Weiterführung des Streiks auf die Arbeitgeber. Als es nämlich bekannt geworden war, daß eine Abstimmung darüber vorgenommen werden sollte, ob der Streik fortzusetzen oder aufzuheben sei, da hätten sich verschiedene Fabrikanten zu den Streikposten mit einer gewissen Schadenfreude dahin geäußert, daß jetzt wohl von der Streikleitung infolge Mangels an Unterstützungsmitteln mit aller Macht „gedreht“ werde. Jetzt aber, nachdem das Abstimmungsergebnis eine erdrückende Majorität für die Weiterführung des Streiks ergeben hat, stellen es dieselben Fabrikanten so dar, als hätte die Streikleitung zum letzten Male alle Rinnen der Ueberzeugung und Beeinflussung springen lassen, um die Streikenden und Ausgesperrten zum weiteren Aushalten anzufeuern. Unter allseitiger Zustimmung der Versammelten stellte der Redner demgegenüber fest, daß die Abstimmung ohne jede Beeinflussung, lediglich nach dem freien Votum der Streikenden erfolgt sei. Ebenfalls konnte er die Meldung bürgerlicher Blätter, wonach eine Herabsetzung der Streikunterstützung ins Auge gefaßt sein soll, als leeres und wahrheitswidriges Geschwätz bezeichnen. Entgegen dem Geschreibsel der „Arbeiter-Zeitung“, laut dessen die Fabrikanten den Streik angeblich längst als erledigt betrachten, müsse auch konstatiert werden, daß die Fabrikanten der Haltung und den Beschläffen der Ausgesperrten nach wie vor die sorgfältigste Aufmerksamkeit widmen. Der Beschluß über die Weiterführung des Streiks habe denn auch gleich die Wirkung gehabt, daß die Fabrikanten in der „Vossischen Zeitung“ ihrem großhändlerischen Beschluß betreffend die Nichtentstellung organisierter Arbeiter eine wesentliche abschwächende Auslegung gaben. Dieran zeige sich zur Evidenz, in wie hohem Maße die Fabrikanten trotz aller entgegenstehenden Behauptungen der „Arbeiter-Zeitung“ auf die organisierten und geleiteten Arbeiter angewiesen sind. Redner erwähnte dann noch einige tröstliche Auslassungen von Fabrikanten, die dahin gehen, als richte der Metallarbeiter-Verband streikenden oder ausgesperrten Gärtnern und Dräckern aus Verbandsmitteln keine Werkstätten ein, um in der Deffektivität dann mit einer großen Zahl von Tarifumschriften angeblicher Fabrikanten zu prunken. In derartigen Auslassungen liege der beste Beweis, mit welchen Lächerlichkeiten die Arbeitgeber operieren, denn natürlich denke der Metallarbeiter-Verband gar nicht an die künstliche Schaffung von Zwergbetrieben. Der Kampf sei von den Arbeitern in legaler Weise geführt worden und werde auch weiter geführt, bis die Fabrikanten die erforderlichen Gegenstände machen.

Achtung, Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes! Das Resultat der am 29. d. M. vorgenommenen Stichwahl zum Polken eines Bureaubeamten und zum Delegierten des Gewerkschaftskongresses ist folgendes: Für den Bureaubeamten sind 3020 gültige Stimmen abgegeben. Davon haben erhalten Hartmann 2202 Stimmen und Blumental 1718 Stimmen. Hartmann ist somit gewählt. — Für den 2. Delegierten zum Gewerkschaftskongreß sind abgegeben 3890 gültige Stimmen. Davon haben erhalten Krösten 2301 Stimmen und Wieselthal 1589 Stimmen. Somit ist Krösten gewählt. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Bauarbeiter! Die Branchenkommission der Parteil. bodenleger ist mit der Firma Louis H. e. in Breslau (Verreter Schneider, hier), zu einer Verständigung gelangt. Infolge dessen sind die Bauten der Firma: Barckauerstr. 70, Kaiser Friedrichstraße 75 in Charlottenburg, Subenerstr. 20, Romintenerstr. 11 und Rombijou-Platz wieder freigegeben. Die Branchenkommission des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Bei der Steglitzer Gewerkschaftskommission gingen für die streikenden Vergarbeiter folgende Gelder ein: Zentralverband der Bauarbeiter, Zahlstelle Steglitz, 25.—, Zentralverband der Steinseger, Filiale Schöneberg, Steglitz und Umgegend 30.—, Regellub „Freundschaft“ für einen Tanz beim Regellub im Birkenwäldchen 12.05. Deffentliche Versammlung am 27. Januar im Birkenwäldchen, Zellerfammling 68.50. An den Zentralkommissioner der streikenden Vergarbeiter bisher abgeschickt 800 M.

Weitere Beiträge nimmt entgegen F. Döring, Steinseger, Steglitz, Hubertustr. 5, Seitenflügel IV rechts. Auch können dafelbst Sammellisten entgegengenommen werden.

Deutsches Reich.

Achtung, Verwaltungen des Metallarbeiter-Verbandes! In mehrere Verwaltungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind aus Essen Postkarten mit dem Stempel des arischen Gewerkevereins, unterzeichnet vom polnischen Streikkomitee, versandt. Nach sofortiger Untersuchung der Sache sei den einzelnen Poststellen mitgeteilt, daß die Karten wertlos sind. Wir eruchen zugleich die Poststellen, die noch Karten erhalten haben, dieselben an untenstehende Adresse zuzuschicken. — Die arbeiterfreundliche Presse wird um Abdruck ersucht. Verwaltungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Franz Gemoll, Reichbildstraße 10.

Ausland.

Streik beendet. Der große Streik der Textilarbeiter in Fall River, Massachusetts, ist durch Vermittlung des Gouverneurs Douglas, der kürzlich sein Amt antrat, beendet worden. Die Arbeiter erhielten das Versprechen, daß eine Kommission unter Leitung des Gouverneurs ihre Beschwerden prüfen wird und daß sie eventuell vom 1. April ab eine Verringerung zu erwarten haben. Der Streik begann am 25. Juli 1904, weil die Fabrikanten eine Lohnreduktion von 12 1/2 Proz. ankündigten, nachdem sich die Arbeiter bereits vor einiger Zeit eine Lohnreduktion von 15 Proz. hatten gefallen lassen. 25 000 Arbeiter waren am Streik beteiligt, von denen viele die Stadt verließen und anderswo Arbeit suchten. Die Gewerkschaften haben etwa 300 000 Dollar für den Streik verausgabt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Gewerkschaftshause die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht und Abrechnung vom letzten Quartale. Ergänzungswahl des Vorstandes. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Dr. Ed. David über die politische Lage. Diskussion. Vereins-Angelegenheiten. Nur Mitglieder haben Zutritt. Das Protokoll vom Freitagsabend gelangt zur Ausgabe. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Die Parteigenossen Charlottenburgs werden nochmals auf die heute Abend im Volkshause stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht. Genosse Dr. Lindheimer wird über Sozialismus und Kunst sprechen, Genosse Curt Waale über die Frage, wie wir uns zur Gründung einer freien Volksbühne stellen.

Halensee-Wilmersdorf. Am Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im hinteren Saal des Kurfürsten-Park eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: „Der Vergarbeiterstreik“. Die Genossen werden ersucht, am Dienstag zur Handzettelverbreitung bei Kobegh zu erscheinen. Agitiere jeder für guten Besuch der ersten Versammlung in Halensee!

Schöneberg. Heute, Dienstag abend, findet bei Obst, Meiningerstr. 8, die Versammlung des Wahlvereins statt, die sich mit der Tätigkeit unserer Stadtverordneten im Stadtparlament beschäftigen wird. Es ist daher Pflicht der Mitglieder, vollständig zu erscheinen.

Rowaues. Die Versammlung des Wahlvereins, die Mittwoch bei Hieme, Wallstr. 55, stattfindet, beschäftigt sich mit der Erziehung zum Vorstand und der Verichterstattung vom preussischen Parteitag. Freitag wird bei Schmidt (früher Deutscher Kaiser) eine Volksversammlung abgehalten, in der der Klassenkampf im Ruhrrevier auf der Tagesordnung steht.

Pankow. Genossinnen und Genossen! Versäumt nicht die heutige Versammlung in den Kurfürstengärten, Verlinersir. 102. Genossin Ihrer referiert über den Parteitag der preussischen Sozialdemokratie. Eröffnung 8 1/2 Uhr.

Spandau. Heute, Dienstag abend 8 1/2 Uhr, spricht Genosse Dr. Karl Liebknecht im Rumleichen Saale, Schönwalderstr. 80, über: „Vergarbeiterstreik und die proletarische Frau“. Genossen, sorgt für guten Besuch!

Der Raubmord in Lichtenberg.

In der Nacht zum Sonntag ist in Lichtenberg an einem Dienstmädchen ein Raubmord verübt worden. Eine durch die Anschlagfäden veröffentlichte Bekanntmachung des Polizeipräsidenten lautet wie folgt:

1000 M. Belohnung. Am 29. Januar, morgens gegen 7 Uhr, wurde das Dienstmädchen Bertha Conradt, geb. 7. Dezember 1873 zu Kariakode (Kreis Labiau), in ihrem Schlafzimmer, im Hause ihres Dienstherrn, des Gärtnereibesizers Weber in Lichtenberg, Dorfstraße 57, ermordet aufgefunden. Die Leiche lag, mit Hand und Nachtsack bekleidet, im Bette. Kopf und Oberkörper hingen nach der rechten Seite heraus. Die linke Schädelhälfte ist durch Schläge mit einem stumpfen Werkzeuge, wahrscheinlich einer am Hammereingange gefundenen, blutbesteckten Radehabe, zertrümmert. Der Tod dürfte nach Mitternacht eingetreten sein. Die Ermordete ist zuletzt am 28. Januar, abends 8 Uhr 30 Minuten, von dem zweiten Dienstmädchen gesehen worden, als diese das Haus verließ. Die Conradt verließ hinter ihr die Haustür. In der Bodenkammer, welche die Ermordete bewohnte, wurde bis 9 1/2 Uhr abends noch Licht gesehen. Die Haustür war am 29. morgens verschlossen. Die Kammertür, welche die Conradt abzuriegeln pflegte, stand offen. Der Täter, welcher sich vermutlich stark mit Blut bedeckt hat, ist anscheinend durch ein offenes Fenstereisen entkommen. Ein Sparfassenbüch der Lichtenberger Spar- und Vorschußkasse, welches der Ermordeten angehörte, wird vermisst. Die Belohnung ist für die Personen aus dem Publikum bestimmt, welche durch zweidienliche Angaben zur Ermittlung und Ergreifung des Täters beitragen. Mitteilungen nehmen die Kriminalpolizei, die Polizeireviere und die Polizei-Kemter der Vororte entgegen.

Die Ermordete diene mit einer Unterbrechung von einem halben Jahre schon zwölf Jahre bei Weber und besaß eine gewisse Vertrauensstellung infolge, als sie die Aufsicht über das gesamte Personal der großen Gärtnerei führte und auch die Schlüssel zu allen Vorratskammern besaß. Sie war eine große Stütze der Weberischen Eheleute und ihres verheirateten Sohnes, der ebenfalls in dem Geschäft tätig ist. Der alte Weber wurde vor 13 Jahren vom Schlag gerührt, seine Frau leidet noch immer unter dem Anglist, das sie vor 21 Jahren durch die Ermordung ihres Bruders, des Geldbesitzersträgers Cossäth, durch den Handlungsbedienten Sobbe traf. Um so wertvoller war den Webers die Hilfe der äusserst fleißigen und zuverlässigen Dienstmagd. Aus diesem Grunde sahen sie auch über mandertelei Eigenheiten weg, und räumten ihr eine ungetrübte Selbständigkeit ein. Die Ermordete war von Hause aus nicht ganz ohne Mittel und sparte außerdem fleißig für ihre beiden außerheulichen Kinder, einen Sohn von 13 Jahren, der jetzt in der Nähe ihrer Heimat bei Verwandten untergebracht ist, und eine Tochter von 7 Jahren, die sie in Lichtenberg in Pflege gegeben hatte. Als mutmaßlichen Mörder

hat die Polizei den Arbeiter Dudach aus Lichtenberg verhaftet. Dudach war in der Gärtnerei von Weber beschäftigt; er hat sich selbst durch seine ungläubige Zümmtheit verraten. Er kam am Montag vormittag wie sonst zur Arbeitshütte und arbeitete auch bis zum Frühstück, das er in einem nahegelegenen Lokal einnahm. Als hier seine Kollegen über den Mord sprachen, wollte er noch gar nichts davon gehört haben, trotzdem der Säulenanfschlag auch in Lichtenberg erfolgt ist. Dadurch aufmerksam gemacht, bemerkten die Gäste des Lokals, daß die Tade Dudachs frisch geworden, auf der Innenseite aber ganz mit Blut besudelt war. Auch die Hofen wiesen große Blutflecke auf. Im Gesicht hatte Dudach eine große Krampfwunde, über deren Herkunft er widersprechende Angaben machte. Das Blut an seinem Anzug suchte er durch Rasenbluten zu erklären. Einen Beweis seiner Schuld sieht man in der Aethelung, daß er am Sonntag abend um 6 Uhr nachmittags, als ein Arbeiter die Adergeräte messen wollte, eine Radehabe, die ihm nicht gehörte, beiseite stellte mit der Angabe, er wolle sie noch gebrauchen. Es ist dies dieselbe Radehabe, mit der der Mord verübt wurde. Bei seiner Vernehmung zeigte er den Kriminalbeamten die Spuren des Mörders; als man die Fußspuren mit seinen Füßen verglich, stellte sich heraus, daß sie von ihm herührten. Trotz dieser Beweise leugnet er die Tat noch immer. Dudach, der eine Wohnung in der Mummelsburgerstraße in Lichtenberg inne hat, ist 52 Jahre alt, trotz seines Alters aber als „Lebemann“ bei seinen Kollegen bekannt. Er wird als grümliger aber äußerst jähzorniger Mensch geschildert. Von seiner Frau ist er schon seit Jahren geschieden, weil er sie oft mißhandelt hat. Verschleudert hat er schon im Streit mit einem Revolver auf seine Bekannten geschossen und ist auch wiederholt vorbestraft. In der Gärtnerei von Weber war er seit etwa sechs Jahren mit Unterbrechungen als Arbeiter tätig. Die Tatsache, daß er die Radehabe vorher beiseite gestellt hat, würde ergeben, daß es sich nicht um einen Zufallsfall, sondern um einen mit Vorbedacht ausgeführten Mord handelt. Wer die ausgeführte Belohnung von 1000 M. erhalten wird, ist noch fraglich. Die vielen Gäste, die infolge Dudachs Verhalten im Lokal diesen Mann gleich für den Mörder hielten und solchen Verdacht auch aussprachen, hatten es unterlassen, den Polizeibeamten Mitteilung zu machen. Die weiße Aussicht auf die Belohnung hat wohl der Arbeiter

Grimm, der die für Dudach stark belastende Aussage machte, daß er am Sonnabend die Radehabe beiseite gestellt hat, was Dudach auch zugeden mußte.

Zu dem Verdacht gegen Dudach

wird von anderer Seite noch gemeldet:

Aufgefordert, sich über seinen Aufenthalt am Sonnabendabend näher auszusprechen, machte er ziemlich verworrene Angaben. Da ihm einige als unrichtig nachgewiesen wurden, so nahm ihn die Kriminalpolizei vorläufig fest. Unrichtig ist die Behauptung, daß Dudach zugleich mit dem jungen Grimm ein Lokal aufgesucht habe; er kam dorthin vielmehr erheblich später als Grimm. Diese und andere Unwahrheiten aber sind doch nicht so belastend, als sie zunächst zu sein schienen, denn es hat sich herausgestellt, daß Dudach am Sonnabendabend schon um 9 1/2 Uhr sinnlos betrunken war. Um diese Zeit kam eine Frau in die Engelsche Wirtschaft am Rieher Weg und teilte zwei Arbeitern, die dort Billard spielten, mit, daß Dudach in der Nähe an einem Hofenplatz bestunmungslos an der Erde liege. Die Arbeiter versuchten umsonst, ihn wieder zu sich zu bringen, schafften ihn dann nach Hause und legten ihn aufs Sofa. Hier will er sich am Sonntagmorgen im Hemd wiedergefunden haben, ohne zu wissen, was mit ihm vorgegangen sei.

Die Hausdurchsuchung bestätigte infolgedessen die Angabe des Verdächtigen über sein Rasenbluten, als sich in der Tat neben dem Sofa eine Blutlache vorfand. Es ist also möglich, daß Dudach in diese hineingefallen ist und sich so die Kleider auch an der Hinterseite besudelt hat. Vielleicht haben auch nur die Kleider allein im Blut gelegen. Die alte Unterwäsche, insbesondere die Unterhose, scheint gewaschen zu sein, enthält aber auch noch Blutkörperchen. Alle diese Kleidungsstücke wurden beschlagnahmt und sollen noch genauer untersucht werden.

Bis alle seine Angaben noch weiter geklärt sind, wird Dudach nach Berlin in das Gewahrsam des Polizeipräsidenten gebracht und einstweilen festgehalten. Besonders ist der Verbleib der Radehabe noch nachzuprüfen. Dudach behauptet, er habe am Sonntag vor acht Tagen von Krämmer den Auftrag bekommen, sie ihm zum Austausch in ein Lokal mitzubringen. Zu dem Zweck habe er sie herausgestellt, dann aber vergessen. Wo sie nun geblieben sei, wisse er nicht.

Die Abduktion der Leiche der Ermordeten hat gestern noch nicht stattgefunden. Wann sie erfolgt, war gestern abend noch nicht bestimmt.

Lokales.

Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorbereitung der Vorlage betreffend die Frage, in welcher Weise die drohenden Ausfälle im Stadthaushalts-Stat gedeckt werden können, hielt gestern seine dritte Sitzung ab und trat, da das vom Ausschuss verlangte Material betr. die Grundwertsteuer noch nicht eingegangen war, zunächst in die Beratung der Betriebssteuer ein.

Herr Stadtrat Tourbié referierte über die Grundzüge der von der Steuerdeputation geplanten neuen Betriebssteuer. Aus der sich anschließenden Diskussion schien als Meinung des Ausschusses hervorzugehen, daß die von einigen Seiten vorgeschlagene Wertsteuer zu verwerfen, dagegen eine Reform der Betriebssteuer nach der Richtung vorzunehmen sei, daß eine stärkere Veranziehung der großen Betriebe erfolgt. Auf weitere Detailfragen glaubte der Ausschuss nicht eingehen zu können, bis die Vorlage des Magistrats betreffend die neue Betriebssteuer-Ordnung vorliegt.

Den Beschlüssen der gemischten Deputation, auf Aenderung bezw. Ergänzung einschlägiger Gesetzesvorschriften nach folgenden Richtungen hinzuwirken:

1. auf Aufhebung des Privilegiums der nach § 41 R. A. G. und R. vom 23. September 1867 hinsichtlich der kommunalen Einkommensbesteuerung bevorrechtigten Personen;
 2. auf Erweiterung der gesetzlichen Pflicht, eine Steuererklärung abzugeben, durch Einbeziehung der Personen, welche ein Einkommen von 1500 bis 3000 M. haben;
 3. auf Erweiterung des örtlichen Kreises der zur Gemeinde-einkommensteuer heranzuziehenden Personen derart, daß im § 33 R. A. G. für einkommensteuerpflichtig erklärt werden auch „diejenigen Personen, welche in der Gemeinde, ohne in ihr einen Wohnsitz zu haben, eine gewinnbringende Beschäftigung betreiben, hinsichtlich des ihnen aus dieser Beschäftigung zufließenden Einkommens“; ferner daß im § 35 R. A. G. entsprechend zum Ausdruck gelange: „eine die Steuerpflicht begründende Beschäftigung findet nur in diejenigen Gemeinden statt, in welchen der Steuerpflichtige zum Zwecke dieser Beschäftigung dauernd eine feste Arbeitsstätte besitzt“;
 4. auf Veseitigung bezw. Aenderung der im § 54 R. A. G. gegebenen Kontingenzierungsvorschriften bei der Verteilung des Steuerbedarfs auf die Steuerarten bezw. zweckmäßigeren Ausbaues der Realsteuern.
- Ein Antrag Hülz, „das Kranken- und Schulgeld für Auswärtige auf den Selbstkostenfuß zu erhöhen sowie von der Berliner Krankenkasse den Selbstkostenfuß einzuziehen“, wurde, nachdem er auf das dringlichste begründet war, nach kurzer Diskussion abgelehnt.

Die kriminalphotographische Abteilung

der Polizei hat aus Anlaß des Mordes am Sonntag fleißig arbeiten müssen. Bereits am Sonntag lagen die Früchte ihrer Tätigkeit fertig vor, und zwar in Gestalt von fünf Photographien der Mordstelle im Quartierform. Das erste Bild zeigt das schlichte Bauernhaus in der Dorfstraße zu Lichtenberg, ein Landhäuschen nach der Schablone; neben der Eingangstür links und rechts je zwei Fenster, darüber das schräg abfallende Ziegeldach. Das dem letzten Fenster rechts korrespondierende Fenster der Rückfront führt uns der Photograph im zweiten Bilde vor; die Flügel desselben sind weit geöffnet; es ist das Fenster, durch welches der blutbesteckte Mordhube die Stätte des Verbrechens verlassen hat. Auf dem dritten Bilde präsentiert sich uns das Häuschen von der (linken) Giebelseite, die, auch schablonen-gemäß, oben die beiden kleinen Fensterchen zeigt, welche der bekannte „Giebelstube“, der „Vodkammer“, das Licht zuführen. Das vierte und fünfte Bild gewährt uns einen Einblick in die letztere, das Schlafzimmer der Magd, die 16 Jahre lang treu gedient und jetzt hier einen so frühen Tod gefunden hat. Das einfach möblierte Zimmer ist nach beiden Längsseiten hin aufgenommen. Auf dem einen Bilde erblickt man im Hintergrunde die Eingangstür, zur Linken ein großes, altmodisches Kleiderbügel, zur Rechten den oberen Teil des Bettes; auf dem anderen das Bett mit der Ermordeten, einer mittelgroßen, wohlbeleibten Person. Die Gesichtszüge der Toten sind unkenntlich, da den ganzen Kopf eine dicke Schicht geronnenen Blutes bedeckt; auf dem herabhängenden Bettlaken markiert sich ein tellergroßer, dunkler Fleck, ebenfalls von Blut herrührend. Das Oberbett liegt zusammengerollt am Fußende, augenscheinlich infolge der konditionellen Zustände der Fuße, welche sich gegen das Bett stießen. Ueber dem Bett hängt ein Bild. Es sind schwarze Photographien, für die Untersuchung des Verbrechens und die Ueberführung des Mörders können sie aber von größtem Nutzen sein. Die Schnellleichtigkeit und Sauberkeit, mit der sie ausgeführt sind, beweist jedenfalls, daß der Kriminalphotograph bedeutend scharfer sieht als die Sicherheitsbehörde im allgemeinen, soweit Kriminalverbrechen in Betracht kommen.

Die Zweimillionenstadt Berlin hat durch nachträgliche Verichtigung der Bevölkerungsfortschreibung ihre Würde zunächst noch wieder eingebüßt. Nach den ersten Verrechnungen des Statistischen Amtes sollte die Bevölkerungszahl

bereits nach Mitte Dezember die zweite Million überschritten haben und auch bis zum Schluß des Jahres nicht wieder bis unter diese Zahl zurückgegangen sein. In den vorläufigen Wochenübersichten wurde sie für den 18. Dezember auf 2 000 374, für den 25. Dezember auf 2 000 689 angegeben, und das neue Jahr 1905 sollte mit 2 000 446 begonnen haben. Jetzt liegt auch die Monatsübersicht für den ganzen Dezember fertig vor. Diese bringt das genauere Fortschreibungs-Ergebnis und gibt nun die Bevölkerungszahl für den Jahreschluß auf nur 1 990 194 an, so daß Berlin im Jahre 1904 die zweite Million doch noch nicht erreicht hatte. Unter den Nachträgen sind die 587 Militärpersonen, die schon im Oktober nach der neuen Skala in Treptow übergesiedelt waren. Infolgedessen haben jetzt auch noch die Fortschreibungs-Ergebnisse für Oktober und November um diese Zahl verringert werden müssen. Solche Verichtigungen sind bei der Bevölkerungsfortschreibung einer Großstadt unbedenklich.

Die Stadtverordneten-Versammlung hält in dieser Woche keine Sitzung ab.

Die v. Kottwitsche Armenunterstützungs-Anstalt, deren Bureau-Geschäfte durch das städtische Stiftungsbureau erledigt werden, hat im Verwaltungsjahre 1903 insgesamt 454 zur Berechnung auf rückständige Wohnungsmieten bestimmte Beihilfen im Gesamtbetrage von 14 338,15 M. gezahlt. Die Zahlung erfolgte direkt an die betreffenden Hauseigentümer. Diese haben vor Empfang der Mietunterstützungen eine schriftliche Erklärung abzugeben, dahingehend, daß sie gegen die säumigen Mieter etwa gestellte gerichtliche Anträge zurücknehmen. Es werden von der Anstalt ausschließlich Unterstreichungsgelder von Personen mit mehreren unversorgten Kindern berücksichtigt. Gezahlt wurden im Berichtsjahre in 60 Fällen Mietreste von 11—20 M., in 100 Fällen 21—30 M., in 184 Fällen 31—50 M. und in 14 Fällen 51—100 M.

In der illustrierten Roman-Bibliothek „In Freien Stunden“ wird jetzt ein Roman veröffentlicht, der den lebhaftesten Beifall der Parteigenossen, ihrer Frauen und der heranwachsenden Jugend finden dürfte. „Im Banne der Versuchung“, unter diesem Titel hat uns der Verfasser, Hector Malot, ein ergreifendes Bild gezeichnet von den Schicksalen eines jungen Mädchens, das im Kampfe gegen religiösen Fanatismus und Unbuddsamkeit ein Dasein voll Furcht und Hoffnung führt. Es ist der Verzweiflungsschrei eines gequälten Frauenlebens, das nach Luft und Freiheit ringt. Neben diesem Hauptroman bringen die Hefte eine Novelle „Die Mörderin“, im kleinen Heftchen außerdem kurze Skizzen und allerlei wissenschaftliche Notizen. Abonnenten auf die Zeitschrift können jederzeit eintreten. In jeder Woche erscheint ein Heft für 10 Pfennig, das von allen Partei-Buchhandlungen, Zeitungsböden und Kolporturen, in Berlin von den Parteipublikationen und allen übrigen Spedituren, geliefert wird.

Eine verheerende Gasexplosion.

deren Folgen gestern noch nicht abzuheben waren, rief am Sonntag früh große Aufregung in Hansa-Viertel hervor. In der Ecke der Klopstod- und Handelstraße 21, gegenüber dem Charlottenhof im Tiergarten, war durch die Explosion das Haus in seinen Grundfesten erschüttert, das Erdgeschloß mit dem Restaurant von A. Friebe vollständig demoliert, ein Blumenladen arg verwüstet, eine eiserne Treppe, der sogenannte hintere Aufgang, wegschwand und der vordere herrschaftliche Aufgang stark beschädigt. Gegen 8 Uhr erschienen die ersten Löszüge. Bis auf die Straße, in den Vorgärten und in den Tiergarten waren die Fenster Scheiben, Gardinen, Wirtschaftsgegenstände usw. gesofen. Frau Friebe und ihr Mädchen waren so schwer verletzt, daß beide sofort nach dem städtischen Krankenhaus in Moabit geschafft werden mußten. Frau Friebe ist leider gestern ihren Verletzungen erlegen. Ihr Ehemann ist mit leichten Brandwunden davongelommen. Von den Hausbewohnern sind mehrere erkrankt, darunter auch die Blumenhändlerin. Die Feuerwehre sperrte sofort die Gasleitung in der Straße ab und benachrichtigte die städtischen Gaswerke. Der ausgebrochene Brand konnte in verhältnismäßig kurzer Zeit mit einer Schlauchleitung gelöscht werden. Die Ausräumung der Unfallstätte beschäftigte die Feuerwehre zwei volle Stunden. Die Polizei sperrte sie gegen den Andrang des Publikums ab. Die Hauswände und die Fenster wurden vernagelt und die Gastwirtschaft geschlossen. Nach den bisherigen Ermittlungen ist die Explosion auf einen Bruch oder Defekt des Hauptgasrohrs im Keller, neben der Küche des Restaurants, zurückzuführen. Als Frau Friebe, so erzählt man, da sie selbst nun tot und das Mädchen nicht vernunftfähig war, früh um 7 1/2 Uhr in der Küche tätig war, bemerkte sie den Gasgeruch. Um die Ursache zu erforschen, betrat sie mit einem Licht in der Hand den Keller, wo der Hauptgasmesser untergebracht ist. In demselben Augenblick erfolgte die Katastrophe. Frau F. wurde zu Boden geschleudert und brannte am ganzen Leibe. Nicht viel besser erging es dem Mädchen, an dessen Aufkommen ebenfalls gezweifelt wird. Samariter der Wehre legten ihr einen Notverband an. Die unter den Hausbewohnern ausgebrochene Panik legte sich erst, als die Feuerwehre aus Moabit erschien und mit großer Bravour von allen Seiten vorging, die Flammen löschte und die Verletzten fortschaffte. Auch der Hauseigentümer Polizei-Hauptmann Worms tat das seinige zur Beruhigung der Beängstigten. Brandmeister Wiesenrath und Hammer ließ alle Räume durchsuchen und dann aufräumen. Der Schaden ist bedeutend, da eine Menge Gasströme, Wände, Möbel, Fenster, Decken, Läden, Schränke, Uhren und die Einrichtung beschädigt und zerstört sind.

Die Ermittlungen über die Ursache und Schuld an der Gasexplosion haben ergeben, daß schon mehrere Tage vorher sich im ganzen Hause ein alles durchdringender Gasgeruch bemerkbar gemacht hat, dessen Herkunft trotz Suchens nicht ermittelt werden konnte. Die Verhaftung hat ferner ergeben, daß eine Gasuhr für die Mieter noch vorliegt und daß sogar mit der Gefahr eines Einsturzes des Schloßes gerechnet werden muß. Die städtische Baudeputation ist benachrichtigt, um eine Abklärung vorzunehmen und dem Einsturz vorzubeugen. Die Mieter werden unter Umständen ihre Wohnungen räumen müssen.

Die Zahl der Geburten in Berlin war im Jahre 1904 um rund 800 höher als im Jahre 1903. Diesmal wurden 50 351 Kinder geboren (einschließlich 1828 tot geborene), während im vorhergehenden Jahre nur 49 549 geboren worden waren (einschließlich 1747 tot geborene). Das Mehr an Geburten beträgt aber doch nur etwas über 1 1/2 v. H. Wird die Geburtenhäufigkeit an der Bevölkerungszahl gemessen, so zeigt sich, daß die Zunahme der Geburten auch in 1904 wieder nicht Schritt gehalten hat mit der Vermehrung der Bevölkerung. Auf je 1000 Personen der durchschnittlichen Bevölkerung kamen in 1903 nach 25,65 Geburten, in 1904 aber 25,53. Hiernach ist die schon seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre andauernde Verringerung der Geburtenziffer tatsächlich wieder nicht unterbrochen worden. Allerdings ist diesmal die Verringerung unbedeutend, sodas gegenüber den Jahren 1902 und 1903, in denen sogar die Zahl der Geburten an sich zurückgegangen war, das Jahr 1904 immerhin einen Anschlagung bedeutet. In 1901, 1902, 1903 waren 52 250, 51 185, 49 549 Kinder geboren worden (einschließlich tot geborenen), d. h. 27,64, 26,89, 25,65 auf je 1000 Personen der Bevölkerung.

Die Mitgliederzahl der Berliner Krankenkassen hat um die Jahreswende wieder den Rückgang n g ehabt, der alljährlich in dieser Zeit sich einstellt. Die Orts-, Betriebs- und Annuungs-Krankenkassen hatten Anfang Dezember 422 474 männliche, 284 848 weibliche, zusammen 656 822 Mitglieder gehabt. Anfang Januar 1905 wurden nur noch 410 754 männliche, 227 613 weibliche, zusammen 638 367 Mitglieder gezählt. Das ist ein Rückgang um reichlich 18 000 Mitglieder. Doch gegen den Januar 1904, der mit 384 530 männlichen, 218 682 weiblichen, zusammen 603 212 Mitgliedern begann, hatte der diesjährige Januar ein Mehr von 37 000 Mitgliedern.

Der Grundstücks-Verkauf ist in Berlin, wie aus den Zusammenstellungen des Statistischen Amtes ersichtlich ist, im Jahre 1904 nicht mehr ganz so lebhaft gewesen, wie in 1903. Die freiwilligen Veräußerungen haben bei den bebauten Grundstücken noch etwas zugenommen, aber bei den unbebauten haben sie sich vermindert, sodass die Aufwärtsbewegung, die 1901 begonnen hatte, jetzt zum Stillstand gekommen ist. In 1901, 1902, 1903, 1904 wurden freiwillig veräußert 1058, 1285, 1409, 1499 bebauter, 507, 693, 867, 747 unbebauter, zusammen 1565, 1978, 2276, 2246 Grundstücke. Dagegen haben im letzten Jahre die Zwangsversteigerungen sich um einige vermehrt. In den vier Jahren wurden 118, 118, 101, 100 bebauter, 18, 22, 16, 19 unbebauter, zusammen 136, 140, 117, 129 Grundstücke versteigert.

Handel mit beabsichtigtem Fleisch. Geschäft wurde auf dem Berliner Schweine-Schlachthof der Inspektor Schliebener von der Fuhrwerkoffizier Georg Zich, der bereits, wie die „Allgemeine Fleisch-Zeitung“ mitteilt, seit Jahren im Verdacht stand, mittels Nachschliffens die Kästen mit beabsichtigtem Fleisch des Nachts aufzuschließen und aus denselben alles, was ihm noch verwendbar schien, herauszunehmen. Lange hatte man ihn beobachtet müssen, bis es jetzt dem Wächter gelang, ihn direkt bei der Arbeit und mit Schweinefleisch bepackt zu treffen. Das Verfahren Schliebeners ist um so gemeingefährlicher, als der Mann die verworfenen Lebern, Lungen und dergleichen wieder in Verkehr gebracht hat, indem er damit Handel trieb.

Durch eine verhängnisvolle Flaschenverwechslung ist der Vater Wilhelm Deuschner in Schöneberg in schwere Lebensgefahr geraten. Deuschner sankte sich gestern mit seiner Frau und holte sich nun Rum, um seinen Keger zu vergessen. Er verwechselte aber nach einiger Zeit die Rumflasche mit einer Salmiakflasche und trank einen großen Schluck von der ätzenden Flüssigkeit. In bedenklichem Zustande mußte er in ein Krankenhaus gebracht werden.

Nach vierjähriger Irrfahrt selbst gesteht hat sich der ehemalige Krankenwärter Bourger, der im Jahre 1900 vier Auvarolle des Prof. Weherheim, die einen Wert von mehreren tausend Mark befaßen, entwendet hatte. Er war von Berlin nach New York gereist und hatte sich dort verheiratet. Da er dort wenig Glück hatte, zog er nach dem Süden Amerikas; da es ihm aber auch hier nicht gut ging, beschloß er, in die Heimat zurückzukehren. Ende vorigen Jahres traf er in Hamburg ein und siedelte mit seiner Familie nach Rummelsburg bei Berlin über. Hier begann er das Schneiderhandwerk, das er ursprünglich gelernt hatte. Gewissensbisse veranlaßten ihn, sich der Behörde zu stellen. Gestern wurde er nach Moabit gebracht.

Energische Abwehr. Die 29 Jahre alte unverehelichte Köchlerin Anna Gellert schloß gestern abend um 9 Uhr auf dem Hofe des Grundstücks Breslauerstraße 9 mit einem Revolver auf den 26 Jahre alten Schlächtergesellen Bernhard Kowalski, angeblich, um seinen Liebesanträgen zu entgehen, verlegte ihn aber nicht. Sie feuerte zuerst einen blinden, dann einen scharfen Schrotschuß ab. Sie wurde verhaftet.

Wohltätigkeits-Schwindel. In dem Konurse des flüchtigen Kaufmanns August Johannsen, Watzstraße 11/12 wohnhaft gewesen, ist von dem hiesigen königlichen Amtsgericht I (Abteilung 83) zur Abnahme der Schuldenrechnung des Verwalters bzw. Erbeinnehmer von Einwendungen gegen das Schuldenverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen der Schlußtermin auf Dienstag, 21. Februar d. J., vormittags 10½ Uhr anberaumt worden. — Johannsen, Schwede von Geburt und früherer Inhaber des sogenannten „Märkischen Kunstverlags“ und der „Union“, wird seit Oktober 1903 wegen betrügerischen Bankrotts von der hiesigen Staatsanwaltschaft I strafrechtlich verfolgt. Er ist der erste gewesen, der Krüppelerei als Geschäftsbekanntmachung auszunutzen pflegte. In zahllosen Prospekten, auf denen Bildnisse unglücklicher Krüppel zu sehen waren, und in vielen Broschüren, die in jargonvollem Tone von dem segensreichen Wirken des „Märkischen Kunstverlags“ zu berichten wußten, erging an alle wahren Menschenfreunde die dringende Bitte, ihr Schicksal zur Linderung des unglücklichen Elends dadurch beizutragen, daß sie dem erwähnten Verlage Haussegel, Heiligenbilder usw. abnehmen sollten. Der Wiedermacher gab dann wohl ab und zu eine Kleinigkeit an einzelne Krüppelkinder resp. deren Angehörige ab, während er den Hauptprofit an dem glänzenden Geschäft in die eigene Tasche wandern ließ. Als die Presse sich wiederholt und eingehend mit seinem „Wohltätigkeit“ beschäftigte, verschwand er plötzlich bei Nacht und Nebel aus Berlin und wird seitdem zur Verhaftung gesucht; sein Verbleib konnte bisher nicht ermittelt werden.

Selbstmord in einem Pensionat des Westens verübte gestern früh der dreißigjährige Kaufmann Feldner aus Argentinien. Er befand sich seit etwa vierzehn Tagen in dem Pensionat von F. in der Marburgerstraße. Am Sonnabend abend kam er aufgeregt nach Hause und wanderte noch stundenlang in seinem Zimmer auf und ab. Als er gestern früh sein Zimmer nicht öffnete, ließen die Wirtsleute die Tür gewaltsam öffnen. Sie fanden den Wirt tot im Bette. Er hatte sich eine Kugel in die Schläfe gejagt. Aus vorgefundenen Aufzeichnungen ging hervor, daß der Grund des Selbstmordes in einem Zerwürfnis des Mannes mit seiner Braut zu suchen ist.

Ein Hegenmandat, dem Original getreu nachgebildet, enthält das 42. Heft des Werkes „Wider die Pfaffenherrschaft“. Es ist das Hegenmandat, welches am 10. Juni 1627 vom Würzburger Bischof Philipp Adolf erlassen ist. Aus diesem historischen Dokument geht mit überzeugender Deutlichkeit hervor, daß das Pfaffenium die Wilschuld trägt an jenen schrecklichen Hegenverfolgungen, die bis in die zweite Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts andauerten. In diesem Heft schließt das Kapitel über die Hegenprozesse und beginnt das 23. Kapitel: Die Wurzeln des 30jährigen Krieges.

In jeder Woche erscheint ein Heft des Werkes, das für 20 Pf. von jeder Partei-Vuchhandlung und jedem Kolporteur bezogen werden kann. Das Werk kann noch jetzt von Heft 1 an nachbezogen werden.

Wegen schamloser Belästigung von Besucherinnen des Neuen königlichen Operntheaters wurde gestern abend ein Zahnarzt A., der von außerhalb hier zu Besuch war, verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Krankentransport. Auf dem Neubau des Hauses Plotowstr. 10 ist gestern der Zimmermann Clausen abgestürzt und lebensgefährlich verletzt worden. Während die Polizei sowie ein Arzt schnell zur Stelle waren, dauerte es fast eine Stunde, bis der Verunglückte in ein Krankenhaus gebracht werden konnte. Obgleich sofort telephoniert worden war, blieb der Krankenwagen aus, und erst nach Verlauf von 55 Minuten erschienen zwei Samariter mit einer Tragbahre. Weiter hatten die beiden nichts mitbekommen; es schickte selbst eine wolle Dede, sodass die Kollegen des Verunglückten ihre Kleidung hergeben mußten. Auf diese Weise wurde der schwerverletzte Zimmermann dem Moabiter Krankenhaus zugeführt. Wir haben erst vor kurzem berichtet müssen, daß bei einem Unglücksfall das Krankentransportwesen völlig verlagte. Wenn die Vereinheitlichung dieser Einrichtung noch oft in solchen Standauffällen hervortritt, dann kann sie der Berliner Bevölkerung gestohlen werden.

Zugunsten der ausländigen Bergarbeiter veranstaltet der Männerchor Georgia 1870 (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes) Sonntag mittags 12 Uhr im Deutschen Hof, Ludauerstraße 15, eine Matinee, an der außer anderen hervorragenden Künstlern auch Herr v. Winterstein als Rezitator mitwirkt. Der Eintritt kostet nur 30 Pf.

Roll und Arcnd im Apollo-Theater. Ein großes sportliches Ereignis findet vom 1. Februar ab auf der Bühne des Apollo-Theaters statt, nämlich ein Nardrennen um den Preis von 2000 M., offen für Professionsals und Herrenfahrer aller Länder. Die hervorragendsten Champions des Radfahrersportes, wie: Thaddäus Kobl, Billi Arcnd, A. Hansen, Georg Schilling, Walter Engelmann und andere mehr werden sich an dem Konkurrenzfahren beteiligen. Da dies Rennen von den erstklassigen Professionsals bestritten wird, dürfte es in Spektakelreife Aufsehen erregen.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg.

Die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich am Montag nochmals mit der bekannten Schulaffäre. Die vom Magistrat eingegangene Erklärung in dieser Angelegenheit, die wir unseren Lesern bereits mitgeteilt haben, wurde von einzelnen Rednern einer scharfen Kritik unterzogen. Der Stadtverordnete Lohausen betonte u. a., daß die Zeit der Harmonie jetzt zu Ende sei, und auch die bürgerlichen Stadtverordneten daran gehen werden, Fraktionen zu bilden. Der Magistrat hielt es nicht für nötig, nochmals in die Debatte einzugreifen. Durch einen Schlußantrag, der unseren Genossen das Wort abschneidet, wurde dann der Debatte ein Ende bereitet. Der Antrag, die ganze Angelegenheit einer Kommission zu überweisen, wurde mit 27 gegen 19 Stimmen abgelehnt. — Uebrigens hat sich Herr Dr. Goldfeld bereit erklärt, die ihm vom Magistrat angebotene Armenarzstelle anzunehmen, und ist bereits von demselben zum Armenarzt für den Bezirk der drei ersten Armenkommissionen gewählt. — Wir werden ja nun abwarten, ob die bürgerlichen Stadtverordneten auf ihren in dieser Angelegenheit eingenommenen Standpunkt auch späterhin beharren werden.

Darauf ging die Versammlung auf die Vorlage betr. den Erweiterungsbau des Rathauses ein. In einer rechnerischen Uebersicht legte der Magistrat klar, daß es unmöglich ist, das jetzige Rathaus allen Bedürfnissen genügend auszubauen. Die Stadtverordneten stimmten dem Antrage zu, vorläufig von dem Erweiterungsbau Abstand zu nehmen.

Eine Vorlage betr. Regelung der Pensions- und Hinterbliebenen-Versorgung der Feuerwehre wurde einem Ausschuss von 11 Mitgliedern überwiesen.

Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit den ersten vom Staatsauschuss eingegangenen Etats. Der Grundhaushalt schließt ab mit einem Ueberschuss von 14 800 M., der Verschönerungsetat bedarf eines Zuschusses von 58 530 M. und der Friedhofsetat bringt einen Ueberschuss von 28 930 M. — Den einzelnen Etats wurde gemäß dem Vorschlage des Magistrats zugestimmt. — Gleichfalls zugestimmt wurde einem Antrage betr. Errichtung einer Feuerwache in der Speyererstraße und Ausrüstung derselben mit einem Automobil-Löschzug. — Eine längere Debatte rief zum Schluß noch ein Antrag mehrerer Stadtverordneter hervor, der verlangte, einen Ausschuss einzusetzen, um die Rede des Stadtverordneten Lohausen, durch die er sich von beiden Seiten des Magistrats einen Strafantrag zuzog, im Wortlaut festzusetzen. Der Antrag brachte nochmals die gespannte Stimmung zwischen Magistrat und Stadtverordneten zum Ausdruck. Von unserem Genossen Obst wurde verlangt, den Ausschussantrag auszudehnen auf Festsetzung der Rede des Genossen Hoffmann bei derselben Angelegenheit. Fast von allen Seiten, auch von den Anhängern des Magistrats, wird das Vorgehen des Magistrats ganz entschieden verurteilt, durch das die Redefreiheit auf das ärgste beschnitten wird. — Dem Antrage wurde schließlich, auch gemäß dem Wunsche unserer Genossen, zugestimmt mit 29 gegen 7 Stimmen.

Wozu die Feuerwehre da ist. Eine aus dem Bodenseiter der 2. und 3. Gemeindefchule in der Röhlfäuserstraße herabhängende Fahne hatte der Wind an eine schmiedeeiserne Kojette schiefgehaßt. Was nun tun? Auf einen günstigen Wind warten; oder mit einem 1½ Meter langen Stange aus dem nächstgelegenen Klassenfenster die Fahne loslösen? Z. bewahrt! Wozu haben wir denn eine Feuerwehre? Die ward gerufen und war auch nach kurzer Zeit mit einem mechanischen Leitertwagen und 5 Mann Befahrung zur Stelle. Die Feuerwehrlente dirigieren die mechanische Leiter nach der verschörkelten Kojette und dem unbotmäßigen Fahnenzipfel. Ein Feuerwehmann klettert hinauf, die Fahne ist in kaum einer halben Minute gelöst und — für 40 Pf. Fahnenstuch war gerettet.

Steglich. Ihren Verletzungen erliegen ist gestern im Groß-Dichterfelde Kreiskrankenhaus die 37jährige Portiersfrau Dehne, die, wie in voriger Nummer berichtet wurde, bei einer Kessel-explosion im Hause Lindenstraße 1 zu Stegliche schwere Brandwunden am ganzen Körper davongetragen hatte.

Spandau.

In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Spandau wurde u. a. unser Genosse Köppl in sein Amt eingeführt. Damit sind unsere 12 Sitze wieder sämtlich besetzt. Die vom Magistrat nachgesuchte Bewilligung von 6000 M. zur Probe-weisen Inbetriebsetzung eines Wertenschen Abwässer-Reinigungs-fassels lehnte die Versammlung einstimmig ab. Die Stelle eines Magistrats-Sekretärs für den neuen Stadtteil „Ronnendamm“ wurde genehmigt. Ueber die Vorlage betr. Herrichtung des Geländes rechts und links der Schönwalder Chaussee, zwischen Fehrbelliner Tor und Stadtpark, für die landhausmäßige Bebauung (Villenkolonie) entstand eine sehr lebhaft Debatte, an welcher sich besonders der soeben eingeführte Stadtrat Dr. Baumert, der selbst in jener Gegend ein Grundstück besitzt, beteiligte. Unsere Genossen traten für Kommissionsberatung und persönliche Besichtigung jenes Terrains ein; natürlich sprachen sie sich hierbei auch entschieden gegen den Verkauf städtischen Geländes (den eigentlichen und hauptsächlichsten Zweck der Magistratsvorlage aus) und regten zum wiederholten Male an, städtische Gelände für Volksgärten, statt zu verkaufen, in Erbpacht zu vergeben. Die Versammlung entschied sich schließlich zunächst für Kommissionsberatung und örtliche Besichtigung. Hierauf hatte sich die Versammlung zum so und sovielten Male mit der Schulartzfrage zu beschäftigen. Bekanntlich war es unserer Genossen in voriger Sitzung durch einen entschlossenen Handstreich gelungen, für die seit Jahren immer wieder geforderte Anstellung von Schulärzten die Majorität der Versammlung zu erhalten, indem sie einen Antrag, einfach 3500 M. für diesen Zweck in den Schuletat einzustellen, annahm. Was bei der im Magistrat herrschenden Anschauung von den sozialen Aufgaben der Gemeinden zu befürchten war, traf leider zu: der Magistrat erklärte sich mit diesem Beschluß nicht einverstanden, sondern verlangte — „weitere Beratung“ der Angelegenheit in gemeinsamer Kommission — in richtiges deutsch übertragen: Weiterverschleppung um Jahre! Dieser, wunderbarerweise auch mit — Sparjamkeitbrüchigkeit begründete Standpunkt (man denke an die neuliche Kronprinzesspende) fand diesmal erfreulicherweise nicht die Billigung der Versammlung. Unsere Genossen Pieper, Rieger und Dusch sowie die Herren Jenne und Grube lasen dem Magistrat sehr derbe die Lebküden und zwar mit dem Erfolge, daß unter Ablehnung aller Vermittlungsvorschläge beschlossen wurde: „Die Feststellung des Schuletats wird so lange ausgesetzt, bis zwischen Magistrat und Stadtverordneten eine Verständigung über die Schulartzfrage erfolgt sein wird.“ — Zwischen durch gab es einen mehr erheiternden als tragisch zu nehmenden Zusammenstoß zwischen unseren Genossen und dem soeben eingeführten Herrn Dr. Baumert, der es für passend hielt, sich in dieser Frage als „freiwilligen Erziehungsbeirat“ aufzuspielen und der Versammlung ein Kolleg über ihre Rechte zu halten, obwohl er — von den Vorgängen selbst kaum etwas wußte. Die Antwort, die er sich bei unseren Genossen holte, war gepfeffert.

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Außenhandel im Jahre 1904.

Nach dem soeben erschienenen Dezemberheft der monatlichen Radweise über den Außenhandel Deutschlands betrug die Gesamteinfuhr im ganzen verflohenen Jahre 488 848 012 Doppelzentner (i. B. 470 838 478 Doppelzentner), worunter sich die Edeelmetalle mit 13 994 Doppelzentner befinden; die Gesamtausfuhr betrug 388 540 435 Doppelzentner (i. B. 382 808 160 Doppelzentner), wovon auf Edelmetalle 3510 Doppelzentner entfallen.

An der Zunahme der Einfuhr waren hauptsächlich beteiligt Erden und Erze mit 10 648 767 Doppelzentner, Steinkohlen, Braunkohlen zc. mit 3 887 904 Doppelzentner, Holz und andere Schnitzstoffe mit 3 715 200 Doppelzentner. Stärkere Abnahmen weisen da-

gegen auf Getreide mit 3 664 677 Doppelzentner und Vieh mit 203 071 Doppelzentner. An der Steigerung der Ausfuhr waren vornehmlich beteiligt Steinkohlen mit 8 137 169 Doppelzentner, Erden und Erze mit 4 185 274 Doppelzentner und Getreide mit 2 102 309 Doppelzentner. Wesentliche Abnahmen haben zu verzeichnen Eisen und Eisenerzeugnisse mit 7 109 489 Doppelzentner und Materialwaren mit 3 181 902 Doppelzentner.

Die höchsten Ziffern erreichten in dem Jahre 1904 in der Einfuhr Steinkohlen, Braunkohlen und Koks mit 159 901 040 Doppelzentner (153 153 130 Doppelzentner) und Erden sowie Erze mit 68 563 899 Doppelzentner (67 914 632 Doppelzentner). Es folgen hierauf Getreide mit 73 534 864 Doppelzentner (77 190 541 Doppelzentner), Holz- und andere Schnitzwaren mit 57 584 303 Doppelzentner (53 809 133 Doppelzentner), Material- und Spezialewaren mit 14 614 700 Doppelzentner (14 413 925 Doppelzentner), Abfälle mit 14 124 188 Doppelzentner (13 848 967 Doppelzentner), Drogeriewaren mit 12 830 614 Doppelzentner (11 620 821 Doppelzentner), Petroleum mit 12 291 896 Doppelzentner (12 268 875 Doppelzentner) und Steine und Steinwaren mit 10 650 344 Doppelzentner (10 631 205 Doppelzentner).

An der Ausfuhr nahmen den erheblichsten Anteil: Steinkohlen, Braunkohlen zc. mit 216 809 255 Doppelzentner (208 712 086 Doppelzentner), Erden und Erze mit 68 300 719 Doppelzentner (62 175 445 Doppelzentner), Eisen- und Eisenerzeugnisse mit 27 702 735 Doppelzentner (34 812 244 Doppelzentner), Material- und Spezialewaren mit 16 628 233 Doppelzentner (19 710 185 Doppelzentner), Getreide mit 12 451 034 Doppelzentner (10 348 665 Doppelzentner) und Drogerie- sowie Spozefertwaren mit 10 707 704 Doppelzentner (9 891 905 Doppelzentner).

Auf dem ober-schlesischen Kohlenmarkt ist der Umsatz, wie die „Frank. Zig.“ berichtet, seit etwa drei Wochen derartig gestiegen, daß von einem halbwegs befriedigenden Geschäftsgange gesprochen werden kann. Die anhaltend laute Bitterung hat naturgemäß eine starke Belebung des Marktes zur Folge gehabt, so daß es möglich gewesen ist, die Verladungen ganz bedeutend zu steigern; in der letzten Zeit waren die Bahnverladungen pro Tag durchschnittlich um 600 bis 700 Waggons höher, als im Januar des Vorjahres, und in den allerletzten Tagen sind noch weit höhere Bahnverladungsziffern gemeldet worden, so daß angeblich die bisher höchste Verladungsziffer erreicht worden ist, eine Angabe, die sich vorerst jedoch nicht kontrollieren läßt. Jedenfalls sind die Gruben schon zu Anfang dieses Monats in den Stand gesetzt gewesen, die Feierschichten wieder aufzuheben und die Förderung nach und nach einigermassen zu verstärken, so daß die bisherigen Abfahrtschwierigkeiten gegenwärtig als behoben gelten können. Die rasch gestiegene Abforderung von Kohlen in der letzten Zeit dürfte auch eine Klärung der Verhältnisse ermöglichen. Die lebhaft nachfrage wird zum Teil auch auf den Streik im Ruhrgebiet zurückzuführen, doch ist es sehr schwer, in bezug hierauf Verlässliches festzustellen, da die Nachrichten über Abschlag ober-schlesischer Kohlen nach entlegeneren Abfahrtsgebieten stark verschieden lauten. An sich ist es nicht wahrscheinlich, daß die besseren ober-schlesischen Kohlenmärkte die hohe Fracht nach dem Westen zu tragen vermögen, es handelt sich daher mehr um Verfrachtungen nach den Zwischengebieten, nach denen unter den gegenwärtigen besonderen Umständen der Bezug ober-schlesischer Kohle auch bei höheren Preisen und Frachten ausnahmsweise rentiert. In der Hauptsache ist die jetzige bessere Lage des Marktes auf den durch die anderwärts niedrige Temperatur bedingten Mehrverbrauch von Kohlen zurückzuführen, denn Hausbrandkohlen werden sowohl aus dem Inlande, als aus Oesterreich-Ungarn und Polen in einem für diese Jahreszeit ganz ungewöhnlichen Maße verlangt, und ebenso hat der Verbrauch von Industriekohlen, besonders Flammkohlen, unter dem Einfluß der Kälte zugenommen. Es wird jedoch nicht erwartet, daß der jetzige Hochstand der Nachfrage ein dauernder ist.

Bayerische Anleihe. Der bayerische Staat hat, wie die Münchener „Neuesten Nachrichten“ melden, eine 3/4-prozentige Anleihe von 60 Millionen Mark an ein Konfitorium begeben, das sich aus nachstehenden Firmen zusammensetzt: Königl. Bayerische Bank, Bayerische Hypothek- und Wechselbank, Bayerische Vereinsbank, Bayerische Handelsbank, Bayerische Notenbank, Bayerische Filiale der Deutschen Bank in München, Pfälzische Bank, Bankhaus Werr, Fint u. Co., Vereinsbank in Nürnberg, Filiale der Dresdner Bank in Nürnberg, Diskontogesellschaft in Berlin und Bankhaus Robert Warshawsky u. Co. in Berlin. Die Subskription findet demnächst statt.

Gerichts-Zeitung.

Eine Schwindlerin, vor welcher feinerzeit vielfach gewarnt worden war, wurde gestern in der Person der 18jährigen Schneiderin Anna Hempel der 7. Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt. Der Angeklagten, welche trotz ihrer Jugend schon zweimal wegen Diebstahls verurteilt ist, wurden sechs Betrugsfälle und drei Diebstähle im strafverhängenden Mißfall zur Last gelegt. Die Angeklagte hat sehr anständige Eltern, die sich redlich Mühe geben, ihre Tochter zur Schneiderin heranzubilden. Inhaft jedoch in die Schneiderwerkstatt zu gehen und zu arbeiten, zog es die Angeklagte vor, sich auf der Straße herumzutreiben und sich in folgender Weise Geld zu verschaffen. Sie trat an kleine Kinder heran, die einen Korb oder eine Markttasche trugen, woraus sie schliefen konnte, daß jene Kinder für ihre Eltern Einkäufe besorgen sollten. Die Angeklagte beauftragte dann das Kind, eine kleine Poffelung in einem Hause zu machen, sie werde unten warten und in der Zeit Korb und Portemonnaie aufbewahren. Die ahnungslosen Kinder gingen natürlich auf die in Aussicht gestellte Belohnung hin auf den Wunsch der Angeklagten ein. Die Zeit, während die Kinder in dem Hause nach einem gar nicht existierenden Kamen suchten, benutzte die Angeklagte um spurlos zu verschwinden. Vor Gericht war die Angeklagte ansehnlich reumütig geständig. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 10 Monaten. Der Gerichtshof ging jedoch in anbetragt der Gemeingefährlichkeit eines derartigen Treibens und der dadurch bedenkten niederen Bestimmung noch über das beantragte Strafmaß hinaus und erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

Verfassungen.

Wilmersdorf. In einer von über 600 Personen besuchten Volksversammlung in Salomons Volksgarten sprach Genosse Zubeil über Militärjustiz und Mißhandlungen. In 2½ stündiger Rede erörterte Redner die große Anzahl von Mißhandlungen und im Gegenjah dazu die sich daran knüpfenden Bestrafungen, die einen grauenhaft, die anderen milde. Redner schiedet des längeren die Zustände in Russland, und geht auch auf den Streik im Ruhrrevier ein. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Die Berliner Resolution wurde einstimmig angenommen. Dergleichen eine Resolution betreffend die Russen. Die Versammlung ehrt das Andenken der Opfer in üblicher Weise. Hierauf wurde, um die von allen Seiten so betonte Opferwilligkeit der bürgerlichen Parteien zu erproben, ein Antrag angenommen, unsere Fraktion im Reichstoge zu erziehen, der Regierung folgenden Antrag zu unterbreiten: Den Reichskanzler zu veranlassen, im Etat außerordentliche Mittel in Höhe von 10 000 000 M. zur Verfügung zu stellen, davon bis auf weiteres wöchentlich 2 000 000 M. den streikenden Bergarbeitern zu überweisen. Der Antrag der Zellerfassung wurde den Bergarbeitern überwiesen.

Deutscher Arbeiter-Absinzentebund, Ortsgruppe Berlin. Mittwoch, den 1. Februar, präße 8½ Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c: Versammlung. Vorlesung. Diskussion. Gruppenangelegenheiten. Gabe, Damen und Herren, willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

687. 777. Mai. Ihr Gedicht ist dem Bräutlein eingereicht. — Nr. 3. 11. Finden Sie in sozialdemokratischen Landtagswahl-Kon-

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 31. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyberhaus. Der Roland von Berlin. Neues königl. Opern-Theater. Geflohen.
Deutsches. Selben.
Berliner. Robell
Lesing. Der Richter von Salamea.
Weiten. Don Jelar.
National. Die Jüdin.
Zentral. Die Juxheirat.
Neues. Ein Sommernachtsstraum.
Thalia. Der Kilometerfresser.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Kreuzschreiber.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater.) Fuhrmann Henschel.
Kleines. Nachtschl.
Reichens. Geflohen.
Luftspielhaus. Der Familienstag.
Trianon. Die glückliche Gilberte. (Heureaux.)
Deutsch-Amerikanisches. New York. Laufen. Die Stützen der Gesellschaft.
Kaffee. Heirat auf Probe.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Welle. Alliance. Lumpenpöngel.
Carl. Geld und Name.
Apollo. Berliner Luft. Spezialitäten.
Passage. Theater. Bernardi. Willi Prager. Anf. 8 Uhr.
Gerrards. Theater. Prinz Leby in Ahlbeck.
Polak. Ein Allerweltsmädel. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.
Hörssaal 5 1/2 Uhr: Dr. Donath: Praktikum.
do. 7 1/2 Uhr: do.

Kleines Theater
Abends 8 Uhr:
Nachtschl.
Mittwoch: Die Neuberger.
Hierzu: Abschiedsoper.
Donnerstag: Nachtschl.
Freitag: Die Neuberger.
Hierzu: Abschiedsoper.
Neues Theater.
Anfang 7 Uhr:
Ein Sommernachtsstraum.
Mittwoch: Der Graf von Charolais.
Donnerstag: Ein Sommernachtsstraum.
Freitag: Der Graf von Charolais.

National-Theater
Weinbergsweg 19.
Dienstag, den 31. Januar 1905:
Die Jüdin.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch: Gute Nacht, Herr Pantalon. Die Hand. Die schöne Galathee.
Zentral-Theater
Anfang 7 1/2 Uhr.
Die Juxheirat.
Operette in 3 Akten von Jul. Bauer. Musik von Franz Lehár.
Morgen u. folg. Tage: Die Juxheirat.
Sonnabend, nachmittags 4 Uhr: Dämeliachen.
Luisen-Theater.
Stützen der Gesellschaft
Morgen: Von Stufe zu Stufe.
Donnerstag: Gallipoli des Theaters des Westens: Alcolito.
Freitag: Benefiz: Höhere Töchter.
Sonnabend: Salemanns Töchter.
Sonntag, nachm.: Stützen der Gesellschaft. Abends: Höhere Töchter.
Montag: Hofparade Leben.
Apollo-Theater.
Heute Dienstag:
Letztes Auftreten der Januar-Spezialitäten.
Dazu:
Berliner Luft
von Paul Lincke.
Mittwoch, den 1. Februar:
Radrennen auf der Bühne.
Robl, Arend, Hansen, Schilling, Totzloff, John Stol.
Residenz-Theater.
Dr. Richard Alexander.
Heute und folgende Tage:
Herfulespinnen.
Sonnabend, d. 4. Februar, 8 Uhr, zum erstenmal: Hotel Pompadour.
Schwan in 3 Akten v. Anthony Ward u. Leon Karof, Deutsch v. R. Schönan.
Sonnabend nachmittags 3 Uhr: Der Güntendächer.
Kasino-Theater
Votringstraße 37 (Hofentaler Tor.)
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2—8 Konz. **Heirat auf Probe.**
Vorher das vollst. neue Programm.
Sonntag 4 Uhr: In Vertretung.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.
Hörssaal 5 1/2 Uhr: Dr. Donath: Praktikum.
do. 7 1/2 Uhr: do.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
Hörssaal:
Dr. F. Ristenpart: Die Fortschritte des 18. Jahrhunderts.

P. CASTAN'S PANOPTICUM
Friedrichstr. 163.
Der geheimnisvolle **Hexentisch!!**
das Mirakel des 20. Jahrhunderts.

Metropol-Theater
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollnender.
Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. Josef Giampietro.
Josef Josephi. Anton Grünfeld.
Frid Frid. Fritz Massary.
Das Fest des Lichts. (Balllet.)
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Die glückliche Gilberte
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Das elfte Gebot.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Wochent. 5, Sonnt. 3 Uhr.
Arturo Bernardi,
der berühmte italienische Verwandlungskünstler.
Littke Carlsen
Willy Prager
14 erstklassige Nummern.

Deutsch - Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel **Ad. Philipp:**
NEW-YORK
Sonntag nachm. 8 Uhr, halbe Preise
Ueber'n grossen Teich.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Geld und Name.
Schauspiel in 5 Akten von R. Mehl.
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Frau Holle. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Santa Wolfsburg.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Auf vielseitigen Wunsch:
Der Güntendächer.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Mittwoch zum letztenmal: Mein Heidelberg. Donnerstag: Extra-Elite-Vorstellung.

Lustspielhaus
Täglich 8 Uhr:
Der Familientag.
Sonntag nachmittags:
Das Lumpengefindel.

Gebrüder Herrfeld-Theater.
Der bisher unübertroffene schlaueste **Herrfeld-Schlager**
mit seinen härmlich beschriebenen Situationen
Prinz Levy in Ahlbeck
Schwan in 3 Akten mit den Klutoren in den Hauptrollen.
Magnus Prinz Levy:
Donat Herrfeld.
Präsident, dessen Heidebegleiter:
Anton Herrfeld.
Anf. 8 Uhr. Billetvorverk. 11—2 Uhr.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater, Frankfurter-Allee 85.
Der neue Januar-Spielplan.
Anny Raaly, vorz. deutsch-franz. Konzertsjängerin.
Ausgezeichnetes **Syrika-Duett.**
Fatme, Indische Gaußerin, lotwie alle übrigen erstklass. Spezialit. Anf. wochent. 7 Uhr, Sonntags 4 1/2 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Grossstadtluft.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-Schiller-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. internationale Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Zirkus Schumann.
Mit bis jetzt unübertroffenem Erfolg:
Zum 10. Male:
Die große, mit märchenhafter Pracht inszenierte Ausstattungs-Pantomime:
Eine Nordlandsreise.
Im Strahle der Mitternachts-Sonne.
Komisch-phantastische Pantomime in 7 Akten.
Besonders hervorzuheben:
Das große Eisfest in Kristiania mit den phänomenalen Skiläufern (extra dazu engagierte Konweger), von der höchsten Spitze des Zirkus.
Vorher: Die besten Nummern des reichhaltigen Programms und Letztes Auftreten der großartigen Januar-Spezialitäten.

Stadt-Theater Moabit.
Ml-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernhard-Rose-Theaters:
Der Kaufmann von Venedig.
Schauspiel in 5 Akten von Shakespeare.
Anfang 8 Uhr.
Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf.
Vorzugsarten zu halben Preisen haben Gültigkeit.
Donnerstag: Kaufmann von Venedig.

Skala-Theater.
Einsteinstr. 132 (a. d. Friedländerstr.).
Sensationelles Programm!
Die Dame von Maxim.
Poffe mit Gesang in einem Akt, lotwie
30 international. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

WINTERGARTEN
Anfang 8 Uhr.
Die letzten Vorstellungen des glänzenden Januar-Programms
TORTAJADA
OTTO REUTER
Volksgarten-Theater (früher Weimann).
Dienstag, den 31. Januar 1905:
Keine Vorstellung.
Mittwoch, 1. Februar: Zum Benefiz für den Regier. Felix Burmeister: **Große Extra-Vorstellung: Zerbrochenes Glück.**

Etablissement Bughenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.
Der dumme Rag u. der kluge Hans.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kellercafé:
Tanz.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater, Frankfurter-Allee 85.
Der neue Januar-Spielplan.
Anny Raaly, vorz. deutsch-franz. Konzertsjängerin.
Ausgezeichnetes **Syrika-Duett.**
Fatme, Indische Gaußerin, lotwie alle übrigen erstklass. Spezialit. Anf. wochent. 7 Uhr, Sonntags 4 1/2 Uhr.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater, Frankfurter-Allee 85.
Der neue Januar-Spielplan.
Anny Raaly, vorz. deutsch-franz. Konzertsjängerin.
Ausgezeichnetes **Syrika-Duett.**
Fatme, Indische Gaußerin, lotwie alle übrigen erstklass. Spezialit. Anf. wochent. 7 Uhr, Sonntags 4 1/2 Uhr.

Zirkus Busch.
Benefiz und leichtes Auftreten der Löwenbraut
Miss Claire Heliot.
Die beiden Phänomene
Sisters Amalia-Léonora.
Mademoiselle de Holstein, Schulfreierin.
Katharina II.
außerdem das vorz. Galaprogramm.
Palast-Theater
Burgstr. 22, früher Iren-Palast.
Das phänomen. Januar-Programm.
! 14 Schaunummern I. Ranges!
Heute zum letztenmal (9 Uhr):
Ein Allerweltsmädel.
Barletta m. Gesang u. Tanz v. Braune.
Morgen: Großer Premieren-Abend. Durchweg neue Spezialitäten und Schaunummern ersten Ranges.
Anfang 8 Uhr. Eröffnung 7 Uhr.
Entree 50 Pf.
Die Vorstellungen finden trotz der Ausstellung allabendlich ununterbrochen statt!
Vorzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenpreise.

Reichshallen.
Stettiner Sänger
Zum Schluss, neu:
Herr Wolzenbock vor'm Staudesamt.
Hilfede von Max Koch.
Anfang 8 Uhr.
Otto Fritzkows
Anormitäten - Ausstellung
Wilmstraße 16.
Täglich Vorstellung

Die Riesin Jiona
485 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!
Urania,
Wrangel-Strasse 10-11.
Jeden Dienstag:
Nordd. Sänger.
Nach der Soliree:
Tanzkränzen ohne Nachzahlung
Anfang 8 Uhr. C. J. Walter.

Rauchfleisch
von jungen Schweinen
fett 9 Pf. nur M. 7.—
durchwachsen 9 Pf. nur M. 8.—
ganz mager 9 Pf. nur M. 9.—
versendet franco per Nachnahme
Jgnaz Meißner, Rauchfleisch-Regensburg.
der 1900er
Tabakarab.-Genossensch.
bei Ludwig Glaffe,
Eisenbahnstr. 2.
Masken - Garderobe
von 16712*
Königsplatz 126, 1 Tr.
Größte Auswahl!
Billigste Preise!
Vorzeiger dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.
Ganze
Verfätscht-Gurichtung, als: gebrachte Drehbänke, Schraubebänke, Transmissionsen, Riemenmaschinen, Treibriemen etc. etc. kauft und verkauft preiswert 18772*
Rengert, Admiraalstraße 19 o.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger-Würzburg - 20 Pf.
In Berlin:
Solomon-Apothek., Charlottenstraße.
Greif-Apothek., Barnimstr. 33.
In Breslau: 16371*
Victoria-Apothek., Friedr. Wilhelmstr. 34.

Wurzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger-Würzburg - 20 Pf.
In Berlin:
Solomon-Apothek., Charlottenstraße.
Greif-Apothek., Barnimstr. 33.
In Breslau: 16371*
Victoria-Apothek., Friedr. Wilhelmstr. 34.

Wurzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger-Würzburg - 20 Pf.
In Berlin:
Solomon-Apothek., Charlottenstraße.
Greif-Apothek., Barnimstr. 33.
In Breslau: 16371*
Victoria-Apothek., Friedr. Wilhelmstr. 34.

Wurzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger-Würzburg - 20 Pf.
In Berlin:
Solomon-Apothek., Charlottenstraße.
Greif-Apothek., Barnimstr. 33.
In Breslau: 16371*
Victoria-Apothek., Friedr. Wilhelmstr. 34.

Wurzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger-Würzburg - 20 Pf.
In Berlin:
Solomon-Apothek., Charlottenstraße.
Greif-Apothek., Barnimstr. 33.
In Breslau: 16371*
Victoria-Apothek., Friedr. Wilhelmstr. 34.

MATINEE
zum Besten der streikenden Bergarbeiter im Ruhrrevier
Sonntag, den 5. Februar, mittags 12 Uhr, in Louis Kellers Festsälen, Koppen-Str. 29, arrangiert v. Gesangverein „Norddeutsche Schiffe“ M.G.A.-S.-B. und Orchester-Verein „Allagro“.
Mitwirkende: Frau Klara Ortau (Sopran), Herr Otto Kowalsky (Bariton), Herr Paul Pessner (Bassist).
Programme am Eingang gratis. — Eintritt 30 Pf.
Billets zu haben: O. Franke, Zornsdorferstr. 8; Beiersdorf, Elbingerstr. 9; Zietz, Warschauerstr. 61; Lorenz, Koppenstraße 28; Wasowitz, Friedrichsbergerstr. 19; Waschinsky, Grüner Weg 6; Partel-Spedition, Lausitzer Platz 14/15; Tolksdorf, Görlitzerstr. 58; in den Zigarrengeschäften von Horsch, Gewerkschaftshaus: Hoffmann, Pücklerstr. 30; Brodowsky, Reichenbergerstr. 73 65/3*

Hasenheide Neue Welt. Arnold Scholz. 108-114.
Vom 1. bis inkl. 12. Februar 1905:
Großes bayrisches Bockbierfest
nach echt bayrischen Sitten und Gebräuchen, veranstaltet vom oberbayrischen Festwirt **Georg Ehrngruber** mit seiner 30 Mann starken Kapelle 1875L*
D'Oberlandier (in Nationalkostüm).
Großer Bock-Jubel und Trubel!
Absingen der neuesten und fidelsten Bocklieder.
Ausschank von vorzüglichem **Bergschloss-Bock.**
Verabreichung von vorz. Original Nürnberger Rostbratwürstchen.
Bedienung von 30 fischen bayrischen Mad'In (in Nationalkostüm).
Anfang: Wochentags 7 Uhr. | Entree: Wochentags 30 Pf.
Sonntags 4 | Sonntags 50

Sanssouci.
Kottbusser Tor - Stat. der Hochbahn.
Dienstag u. Mittwoch:
Kean oder Genie und Leidenschaft.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
u. **Tanzkränzen.**
Sonnabend, den 11. März, ist der Saal frei für Festlichkeiten.

Fries für dicke Portieren
in allen gangb. Farben.
Breite 130 cm 160 cm
Preis 2,00-3,50-2,50-4,25
p. Mtr. Muster-Kollektion franko!
Portigo **Fries-Fenstermäntel**
in allen 2,85, 3,50, 4, 5 u. 6 Mtr.
Teppich-Haus Emil Lefèvre
Berlin S. Oranienstr. 158.

Wegen Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Halsentzündung und jedwede Erkrankung der Luftwege nehme man nur die bewährten **Reichels Hustentropfen.**
H u e r r e i c h t Wirkungskräftig. Der Erfolg ist überraschend!
Bl. 50 W. Eobt nur mit Marke „Reichels“, erhältlich in durch Platte fernöstlichen Geschäften.
Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstraße 4.
Best.: Arnika 10, Camph. 0,7, Russ. Anis 7, Pimpinell 15, dest. m. feinst. Spiritus 70.
E. Möbils, Uhren, Koppenstr. 82.*

Krug zum grünen Kranze Alexander-Platz (Grand Hotel) i. K.
Allabendlich: **Großer Bockbier-Trubel**
Carl Südeckes humoristisches Ensemble.
Entree frei.
3 Säle sind Sonntags bis 5 Uhr nachmittags für Versammlungen zu vergeben.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabako.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak**
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 1893L*
Amt 4, 3014.

Möbel-Fabrik u. Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen
zu Fabrikpreisen - Eigne Werkstätten - empfiehlt
Julius Apelt, Skaltitzerstr. 6, am Kolthuser Tor.
Leihhaus
Berlin, Anhalterstr. 2. Charlottenburg, Friedrichstraße 12.
Belohnung von Brillanten, Gold- und Silbersachen, Uhren, Bücher, Wäsche, Kleidungsstücke etc. 17732*

Bruch - Pollmann
empfehlen sein Lager in Bruchhandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Liefer. f. Dreis- u. Hüft-Stufenkassen Berlin O.,
30. Finien-Strasse 30.
NB. Alle Bandagen mit elastischen Bellen, angenehm und weich am Körper.
10382*

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkreis (Südost).
Dienstag, den 31. Januar, abends 8 Uhr: 242/6
Versammlung.
im Saale des Herrn Graumann, Ranninstr. 27.
Tages-Ordnung:
1. Politik und Wirtschaft im zarischen Reich. Ref.: Gen. Dr. Quessel-Stettin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 31. Januar 1905, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
Bericht und Abrechnung vom letzten Quartal. — Ergänzungswahl des Vorstandes. — Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Dr. E. David: „Die politische Lage“. — Diskussion. — Vereinsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Das Protokoll vom Freitag wird in der Versammlung ausgegeben.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.
Mitglieder werden in der Versammlung, an den Jahrestagen und in folgenden Zahlstellen aufgenommen: Gottfried Schulz, Admiralsstr. 40a, Wilh. Börner, Ritterstr. 15, Emil Gött, Brandenburgerstr. 18, Adolf Flick, Eimerstr. 23, Oskar Blum, Alte Jakobstr. 119, Franz Krüger, Ranninstr. 54.

Fellow Cigaretten
2-5 Pfg.
Zu haben: W. Bauerhofer, N., Putbusstr. 49.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 31, Amt IV, 3333.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Dienstag, 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
bei Habel, Bergmannstrasse 5-7: 79/2

Karlsbader Moorbad-Zauber.
Als wirksamste Bekanntschaft wird jedem Gewerbetreibenden und Kaufmann die interessanteste Broschüre I. Teil **Karlsbader Moorbad-Zauber** oder **Badegeheimnisse** empfohlen, welche Anfang April l. J. von dem ehem. langjährigen Betriebsleiter resp. Bade-Inspektor des **Weltkurortes Karlsbad** veröffentlicht wird.
Anmeldungen behufs Aufnahme von Inseparaten bis 15. März 1905 an Herrn Gust. Schneider, Berlin O., Kopenickstr. 21, III. 171/17

Achtung! Rixdorf. Achtung!
Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 Uhr:
Bezirksversammlung
für Rixdorf, Gritz, Tempelhof, Creptow, Marienfelde und Mariendorf
im großen Saale des Herrn H. Thiel, Rixdorf, Bergstr. 151/152.
Tages-Ordnung:
1. Unser Verbandstag. Referent: Kollege Adolf Cohen. 2. Diskussion. 3. Erfahrung zur Bezirksleitung. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Vertrauensmänner-Versammlung
für Westen und Südwesten.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Verhalt-Kontrollkommission. 2. Bericht der Verhalt-Vertrauensleute. 3. Verschiedenes.

Gratis!!!
die **Zahnärztliche Klinik** U. d. Linden 51 zieht **Zähne kostenlos** und untersucht **gratis** alle Gebisse.
Sprechst. 9-6 Uhr. 19731*

Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Branchenversammlung der Elektromonteuere
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.
Tagesordnung: 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Aufnahme neuer Mitglieder.

Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen
Moabit: bei Joeksch, Turmstr. 84.
Tagesordnung: 1. Bericht der Vertrauensmänner. 2. Verbands- und Verhalt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Allen Parteigenossen zur Nachricht, daß ich die **Restoration Ritter-Str. 47** übernommen habe und bitte um geneigten Zuspruch.
Sachverständiger
Fritz Schmidt.

Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung der Drahtarbeiter
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung. 111/8

Wedding und Gesundbrunnen: bei Herrn Raabe, Kolbergerstr. 23.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauensmänner. 2. Verbands- und Verhalt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:
bei Wernau, Schwedterstr. 23-24.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauensmänner. 2. Verbands-Angelegenheiten.
In dieser Versammlung werden die neuen Vertrauensmännerlisten ausgegeben.

Möbel- und Polsterwaren-Fabrik
von 1907
A. Schulz
Reichenbergerstrasse 5
empfehlen Einrichtungen von 240 bis 5000 Mk. von nur anerkannt gebliebener Qualität zu äußerst billigen Preisen.
Streu reelle und gewissenhafte Bedienung.
Anlaufste Bedingungen.
Telephon: Amt IV 6877.

Arbeitervertreter-Verein Berlin.
Donnerstag, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 53/2
1. Diskussion über den Bericht des Vorstandes und des Ausschusses der Landes-Versicherungsanstalt Berlin. 2. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand. J. H.: F. Fischer.

Osten u. Nordosten: bei Mann, Straußbergerstr. 3.
Tagesordnung: 1. Bericht der Obmann. 2. Verhalt-Angelegenheiten. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Jede Verhalt muß vertreten sein.
Mitgliedsbuch und Karte legitimiert.

Etablierung. Zigarren-Geschäft.
Große, hervorragend leistungsfähige Zigarren-Fabrik, deren Fabrikate in über 1000 Geschäften eingeführt sind, empfehlen ihre nur rein überfeinlichen, abgelagerten Zigarren von 24 Mk. an. Reflektanten, welche sich etablieren wollen und Sicherheit stellen können, unter sehr günstigen Bedingungen. Näheres unter Chiffre L. G. Erped. d. Bl. 18522*

Sparame Hausfrauen sehen nicht allein auf große Ausgiebigkeit eines Kinder-Nährmittels, sondern sie achten auch darauf, daß es die Kinder gut ernährt und gern von denselben genommen wird. Sehr ausgiebig, d. h. billig im Gebrauche, ist Kufeskes Kindermehl, welches als dünne Suppe — 1 Löffel auf 1/2 Liter Wasser — gegeben wird. Dasselbe ernährt nicht nur die Kinder sehr gut, sondern es verhindert auch nach Möglichkeit das Auftreten von Magen- und Darm-Krankheiten.

Südosten: bei Mass, Mantensstr. 95.
Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Verbands- und Verhalt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
In dieser Versammlung werden die Vertrauensmännerlisten für 1905 ausgegeben.
Süden: bei Glesing, Wassertorstr. 68.
Tagesordnung: 1. Bericht der Verhalt-Kontrollkommission. 2. Verbands- und Verhalt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Ziehung 16., 18., 17., 19. Februar in Berlin.
Wohlfahrts-Lose à 3.30
(Porto u. Liste 30 Pf.) zu Zweck der deutschen Schutzgebiete.
12977 Gekgw. ohne Abzug Mk.
490000
Hauptgewinn: Mark
75,000
50,000
25,000
15,000
3 • 5000 - 15 000
10 • 2000 - 20 000
20 • 1000 - 20 000
40 • 500 - 20 000
100 • 200 - 20 000
200 • 100 - 20 000
600 • 50 - 30 000
3000 • 30 - 90 000
9000 • 10 - 90 000
Loose empfiehlt der General-Debit.
Lud. Müller & Co.
Berlin, Breitestr. 5. Telegr.-Adr.: Dinkelsbüler

Fellow Cigaretten
2-5 Pfg.
Zu haben: A. Lutsch, Rixdorf, Thomasstr. 33.

Victoria-Brauerei
Aktien-Gesellschaft
Fernsprecher: Berlin und Stralau Fernsprecher:
Amt VI Nr. 728 Amt VII Nr. 3835
empfehlen ihre aus bestem Malz und Hopfen eingebrauten Biere:
= Bock-Bier =
Victoria-Lagerbier (halb hell) | **Victoria-Tafelbier** (ganz hell)
von vorzüglichem vollmundigem Geschmack
Victoria-Saazer-Bräu | **Victoria-Exportbier**
ganz licht nach Pilsener Art. | dunkles Gebrau nach Münchener Art.
— sehr aromatisch schmeckend. — | — besonders malzreich. —

Branche der Modell- und Fabrikfischer
bei Dieke, Aderstraße 123.
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Branchen-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Bezirk Friedrichsberg: bei Wildner, Friedrichsbergstr. 11.
Tagesordnung: 1. Bericht des Obmanns. 2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Verhalt-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Es ist Pflicht, daß sämtliche Verhältnisse vertreten sind. Es kommen die neuen Vertrauensmännerlisten zur Ausgabe.
Drehfeler.

Norddeutsches Brauhaus Act.-Ges. Berlin.
Wir empfehlen unser aus bestem Malz und feinstem Hopfen gebrautes
ff. Bockbier 30 Flaschen 3.—
ff. helles Lagerbier (Pilsener) 30 Flaschen 2.40
ff. dunkles Lagerbier Münchener 30 Flaschen 2.40
frei Haus. Pfand nur 50 Pfennig.
Bestellungen erbitten an
Norddeutsche Eiswerke Actien-Ges.
Rummelsburg.
Teleph. Amt Rummelsburg No. 110.

Osten: bei Krause, Köpenickerstr. 41.
Norden: bei Dietrich, Brunnenstraße 41.
Südosten und Westen: bei Stramm, Ritterstraße 123.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Verhalt-Differenzen. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Stock- und Zelluloid-Arbeiter
bei Barlow, Brückenstraße 7.
Bilderrahmenmacher
bei Ladewig, Alte Jakobstr. 83.

Branche der Stellmacher
Die Branchen-Vertrauensmänner-Versammlung findet diesen Monat nicht statt.
Der Obmann.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Morgen, Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
im großen Saale von Buggenhagen, am Moritzplatz:
Fortsetzung
der
ordentlichen Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Rollenbericht. (Bericht der Bibliothekskommission)
2. Wahl der Ortsverwaltung.
3. Wahl von 5 Mitgliedern und 5 Stellvertretern zum Arbeitsnachweis-Kuratorium.
4. Regelung der Anstellungsbedingungen unserer Angehörigen und eventuelle Beschlußfassung über Anstellung eines dritten Beamten.
5. Bericht vom Gantag.
6. Abrechnung vom Professionsvortrag.
7. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die nächste Tagesordnung macht es allen Mitgliedern zur Pflicht pünktlich und vollständig morgen zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Für die anständigen Bergarbeiter

gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:
H. F. 3., Tischl. E. Hartmann, Köpenickerstr. 15, 60. Liste 4703,
Leberfabr. Salomon, Treptow 21, 35. Liste 4708, Leberfabr. Hagedorn, 8, 35,
Liste 924, 25, Leberfabr. Schlegel 32, 50. Liste 923, Biegen a. Ober 11, —,
Tapez. v. H. Brandt d. Gbbl. 2. Rate 3, 50. Bodenleger d. Wfr. Wittig
11, 60. Liste 4294, Röhrenfabr. S. Gärner u. Co., 2. Rate 21, 10. Liste 5209,
Bildh. Meiler d. u. R. 15, 35. Liste 5155, Tapez. Berl. Großhans 34, 90,
Liste 4767, Straßenbahnen 30, 40. Schleifer u. Bohrer d. Bernh. Raa 5, 30,
Liste 2605, Stofffabr. E. Raa, 1. Rate 16, 65. Liste 5172, 78, Person. d.
Fischer, H. Hoff, Georgenstr. 23, 2. Rate 27, 25. Eugen Bilda 4, 05. Kohl.
d. J. Wetzel u. Co., 7, 75. Person. d. Buchdr. H. S. Hermann, 2. Rate
(Bar. H. F. J. O. 3., 2. R. 3., Dr. J. 3., M. 2., 2. H. 1.) 204, 35.
Mag. Dorn 1., —, B. D. 5., Kantine d. Gorm. Denderel, Berl. 45,
50., Liste 5532, Städt. 11., Gebr. Kühner 2., Buchd. v. Schreiber
u. Co., 2. R. 8, 25. Liste 5180, Max Järlke 5, 30. Berlit. Fr. Dietz, 1. R. 7, —,
Modellfabr. Rühl. Werke D.-Sch., 2. Rate 15, 35. Liste 3447, Buchdruckeri
Günter u. Sohn 20, 60. Glende aus der Reuen Königsstr. 2. Rate
9, —. Liste 4272, Otto Fieder 17., —, Liste 2788, Kaiser u. Schmidt, Johannis-
straße 21, Rechenstr. 31, 60. Bau Weichselstr. 58 5., —, Person. der Buch-
druckeri Janigowski 8, 55. Hiltelabrill d. R. Meiner, Spittelmarkt 4, —,
Liste 306, L. R. Harms 4, 75. Liste 2584, Arb. d. H. Schulz 8, 40,
Liste 5451, Bau Zimmerstr. 92, 93, 7, 25. Tischl. Reckemisch, Köpenickerplatz 9,
2. Rate 7, 15. Klotenischer d. B. R. D., Charlottenburg 10, 70. Drücker
d. B. R. D., Charlottenburg 5., —, Liste 2897, 3898, 5207, 5208, Bauhilf.
G. Wittig, Bellealliancestr. 79, 2. Rate 65, 45. 2. Bahlscher 6., —, Bildh.
Walter Riegelmann 15, 50. Buchbinder, Jährlitz Berlin, a. Konto 900, —,
Buchd. v. Buchdr. G. Büttner, Oranienburgerstr. 4, 50. V. Stanfienow
Buchdr., 2. Rate 12, —. Gärner d. G. Bartel 5, 50. Liste 5201, 5202, Buchd.
d. B. Kämmerer, Kochstr. 38, 75. Liste 2775, Kolonie Hilmann
durch Schmidt 8, 10. Person. des Konsumvereins Siemens-Schubert,
Charlottenburg, außer einem, durch Rosenkranz 13, 45. Stulleterer
Firma Roth 4., —, Tischleri Roth, Eldenauerstr. 23, 2. Rate 11, 50
Wischer der Firma Hille Voedstr. 21 9., —, Modellfabr. Wiles u. Neumann
2. Rate 12, 80. Liste 2452 und 53, Fraule u. Co., 14, 70. B. J. 1., —, Jannew
10., —, Modellfabr. G. Hirsch Ritterstr. 11 7, 30. Arbeiter der Firma
G. u. G. Müller H. G. Hildorf, 6., —, Liste 5534, durch Wilhelm Otto,
Hafendorferstr. 5, 13, 70. Einige Mitglieder der freien Hülfskassen der Dresdner
Berlin B. 3, 65. Anton 10., —, Rosenhald d. Kupferfabrie gel. durch den
inaktiven Bergmann Bachmide 21, 80. Liste 1203, Schwarzlopp, Montage,
Bildau 30, 70. Liste 1209, Schwarzlopp, Wobitz 5, 50. Liste 5488, Eisenlegeri
Sauter durch Wobitz 15, 10. Konditoren: Listen 2839 15, 80; 2843 4, 10;
2847 15, 65; 2848 10, —; 838 12, 25. Hermann Eudermann, Lauenburgerstr. 13
100, 05. Zentralverb. d. Maurer, Weing. Tellow 100., —, Holzarbeiterverb.,
Jahrl. Weihensee 100, 05. Löhnerverb. Potsdam, Verb. d. Buchdrucker 10, —,
Töpfer d. F. E. Schöffel, Bau Rommendaun, 2 R. 34, 25. Zellenkammerung
1. Verein für die Interessen der Hausangest. d. Köchinstr. 19 15 und R. R.
geteiltes Geburtsstagesp. 2, 00. Sa. 21, 20. Schleifer d. deutschen Ton- und
Steinzeugwerke Charlottenburg d. Gärner, 2. R. 12., —, Maler, d. H. Rille-
niewicz G.-Wächterle 10, 90. Mehrere Baubeamte 40, 05. Robert Schwarz,
Rummelsburg, Konstr. 40 10, 05. Gesangs. „Deutsche Lieder“ d. Stern 10, 05.
Tegelerstr. d. Buchdr. Fern. Knudts Verlag mit Ausnahme v. einem 12, 25.
Tischl. u. Bildh. d. Bendt, Albinerstr. 12 11., —, Liste 4252, Firma R. Rosen-
feld u. Co., Barzell, 2. R. 11., —, H. G. 10., —, Maler d. Firma Hoff d.
Hof 6., —, Lotterierverein „Häselstr.“ 5., —, Klempneri 2. Berger,
Hofenerstr. 43 4., —, 4 Stukkt d. Firma F. H. Kraus, Schloß Bornide 8., —,
D. Buchbinder d. F. Rintammer 3., —, Tischl. d. H. Cienewitz, Hildesdorfer-
str. 48 5., —, Maler d. F. Hirsch inkl. deren Koloniat, Hildorf, d. Andres,
4., —, Tischler Schreiber, Schneberg, Prinz Georgstr. 2 4., —, Kohl. d.
Gölcher Akkumulatorenfabr. d. Unterloß 8, 55. Die Glenden u. Nr. 13 7, 50.
Tischl. d. Tischl. G. Seifert, Wilmersdorf 7., —, Tischl. d. Wüste, Charlotten-
burg 4., —, Mohr, u. Heller d. F. R. Heim in Pantow 3, 05. Glende Tischler-
gehilf. d. Modellfabr. H. Neger, Königsstr. 23, 1. R. d. jungen Durichen 6, 25.
Mehrere Spandauer Arbeiter, 2. Rate 23., —, Fraulein Hirsch 2., —,
Brändle, Rauerstr. 6., —, Gesangsverein Einigkeit II, Reinholdstr. 2,
d. H. G. 10., —, Liste 2432, Schiel u. Stephanie 10, 35. Sammlung H. v.
123., —, Liste 4282, Stulleterer und Hilfsarbeiter, Bau Museum 16, 25.
Liste 4287, S. u. D., Saal 32, 2. Rate 28, 75. Person. der Firma Hoff
Günter 25., —, Liste 4288 5, 25. Tischlergehilf. Rängenberg, Lindenstraße 6., —,
Arbeiter vom Bau Förster, Charlottenb., Kaiser Friedrichstr. 25 21., —, Arb.
von Lundershausen, Prinzenstr. 99, Liste 2371 10, 60. Liste 3055 9., —, Tech-
nisches Personal „Deutsche Werke“ 50., —, Tischleri Neumann, Eisenbahn-
straße 123, 50. Liste 709, Berl. Bilddruck-Kunst, 2. Rate 4., —, Liste 4950, H. G. Hoff,
Saal I 18, 45. Liste 3657, Maurer, Bau Frobenstr. 6/7 17, 80. Liste 2575 7, 15.
Tischl. Bau Riller, Bergstr. 40, 2. Rate 9., —, Liste 5981 Hoff, Jungfer-
straße 3, 2 R., 2. Rate 15, 15. Zwei Gärner von Pardemann 4., —, Buch-
druckeri Maurer u. Dimmig, 2. Rate 9, 25. Tischleri Reper u. Franz 3, 50.
Liste 4297 Kollegen v. Schachtelmeier u. Co., 8, 75, Liste 3873 Töpfer Bau Hoff,
Schöneberg 23, 10. Liste 439, darunter Bildauer, v. Höttinger 10, 25. 2. Rate
20, 25. Vermutter-Kub. Alexandrinenstr. 98/96 11, 25. Arbeiter der Firma
Jacobson, Schupfstr. 7, 25. Liste 4653, Werkst. u. Rosenblewsk u. Landerts,
Narrogatenstr. 13 5, 15. Verb. d. Buchbinderi J. Golemski, 2. Rate 8, 55.
Liste 3977 3, 20. Klempner, Kropfeger und Heller, Firma Oberl 5., —,
Tischleri H. Kraft, Hauptstr. 8, 2. Rate 8, 35. Geburtsstagesp. D. S. 1., —,
Stofffabr. Schalle Nachl. 12., —, Liste 3875, Buchbinder von Moritz u.
Munster 10, 10. Liste 3990, 16. Gasdrehver-Inspktion 7, 15. Ein Dame 1., —,
Liste 387 8, 55. Liste 4246, Bodenleger der Firma Bahmeyer 15, 30.
Liste 3553, durch Heinemann 15, 15. Liste 3900, SO. 40., —, Liste 4298,
Kontobuchhalter d. H. Barckhoff 16, 75. Bauhilf. Schüler 13., —,
Berthold Wachtel 4, 50. Kollegen B. Wobatz u. Co., Chausseestr. 39 8, 15.
Leitnerverein „Wald-Dich“ 1. Rate 10., —, Liste 2785 6, 45. Liste 3939, Arb.
der Firma Gramsch, Dresdenstr. 38 28, 25. Liste 4696, Schlosser von Paul
Wachus 26, 60. Lederwaren-Fabrik Marwick, außer Liste, 1. Rate 3, 25.
Kollegen von Berth. Roth, 2. Rate 10., —, Liste 4300 19, 05.
Liste 4244, Bodenleger von Amann 27, 45. Zentral-Kranken- und Sterbe-
kassen der deutschen Wagenbauer, Berlin IV 10., —, Liste 2792, Baumhilf.
Klemme, Friedmann 37, 75. Liste 5905, Tischleri Rothmann u. andere 13, 70.
Arbeiter von Pardemann, 2. Rate 14., —, Verb. d. Hano-Mechanik-Fabrik
H. Beer 20., —, Liste 5168, Hülfspersonal u. Bild. Buchbinder Buchdruckeri
Wilder 11., —, Hier etende Tischlerer 2, 25. Tischler von Baumhülfsmeier-
Kochstr. 3., —, Liste 5371 11, 25. Liste 4674, Gasofenfabrik Mariendorf,
2. Rate 26, 50. Listen 4670, 4671, 4672, 4673, J. G. W.-L., Mariendorf,
2. Rate 91, 50. Geburtsstagesp. Bauhauerstr. 80 7, 15. Liste 3568, Arbeiter
vom Bau Woganzstr. 6 8, 90. Liste 2608, Modellfabr. J. G. Hoff,
Saal III 46, 25. Schneider Werkst. Kölnner, Grüner Weg 89 4., —, Liste 5079,
Kollegen d. F. Heim u. Gebrüder, Heidenfeld- u. Petersburgerstr. 1. Rate 20., —,
Bau Gärnerstr. 10., —, Liste 629, Antikfabrik Rummelsburg 11., —,
Männerchor Süd-Or 10., —, Liste 1410, Automobilor R. H. G. 35, 70. Listen
1412, Antikfabrik R. H. D. 11, 15. 1433 12., —, Liste 1441, Messing-
gießerei R. H. D. 14, 90. Liste 1465, Kupferwerke Deutschland 45., —, Liste
1488, Stanzung Berlinhof 15, 75. Liste 1489, Kbl. Berlinhof R. H. D.
24, 60. Listen 1494, Druckfabrik R. H. D., Saal 12 6, 25. 1495, Saal 12
16, 55. 1496, Saal 9 11, 15. Liste 4714, Tischlerfabrik R. H. D., Saal 8 10, 35.
Liste 4718, Druckfabrik R. H. D., Saal 12 4., —, Liste 4723, Auto-Verkehr
R. H. G. 13, 45. Liste 4745, Akkumulatoren, Wägener-Oberhörsenweide 90, 35.
Liste 4747, Tischl. Maschinenbau 14, 30. 4748 18, 20. 4749 20, 65. 4750 8, 20.
Liste 771, Maler der Firma Voranus u. Komalitz d. Roth 21, 15. Vergolder
Berlin, Konto, auf Liste 200., —, Zellenkammerung der Vereinigung der
Maler 30., —, Listen 763 und 4101 35, 15. Liste 4836, durch Fraue 13, 55.
Vertrauensmänner, Geldüberseh 11. Liste 2467, R. H. D., Weichgummi-
werk 19, 35. Listen 2461 u. 2462, R. H. D., Lager u. Verband 33., —,
Liste 623, Gewerkschaftskartell Rummelsburg 13, 35. Liste 606, Zimmerer
Engeln u. Klemm und Rastendorf Freie Senger Jollen d.
Schulz 90., —, Liste 632 5, 55. Liste 607, H. G. G. Nieder-
Schöneheide M. H. 15, 70. Liste 621, Bauhilf. u. Reife d.
Stupoff 17, 70. Liste 4899, Teleg-Bauamt, E. Lorenz, Bertm. VI 9, 10.
Liste 642, Maxfeldt Schneider u. Lohr 21, 35. Liste 636, Glaserei Schneider
u. Lohr 17., —, Liste 2075 durch Sonne, Richter 21, 15. Arb. der Kunst-
handwerk-Fabrik v. Garmisch, Waldmannstr. 3, 30. Bauhilf. d. H. Röhre,
Charlottenburg 4, 30. Verb. d. Bildh. Arb. Wammontalstr. Nieder-Schöneheide
4, 30. Person. d. Buchdr. Koster, Richter 6, 25. Scher u. Drücker 5. Cito
Dreher, Kurfürstentrasse, d. Herer 4, 60. Von Tischler, Arb. u. Rehsant,
2. Tischlerstr. H. Lorenz, Richter, Bau, Jonsstraße 4, 75. Person. d. Rade-
macher's Klink. Bierhaus, Scharenstraße 6, 50. Bau-Hilf. d. Beamten-
häuser Lichtberg 3, 15. H. G. Gärnerstr. 16 4, 50. Von einer Geburts-
stagesp. Heier, Kottitz, Richterle 3, 50. Liste 7, Wladan 1, 05.
Summa 4011, 15. Vereits quittiert 37 600, 43. Im ganzen 41 611, 58.

Soziales.

Die Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter in Zürich.
Das statistische Amt der Stadt Zürich hat jüngst eine sehr in-
formatorische Arbeit über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der
städtischen Arbeiter nach dem Stande vom 31. Oktober 1902 veröffent-
licht, die auch für weitere Kreise Interesse besitzt.
Die Stadt Zürich beschäftigt zu der genannten Zeit in 12 Un-
ternehmungen 1406 Arbeiter, und zwar: Forstverwaltung 101, Ab-
fuhrwesen 97, Vermessungsamt 18, Kaufmannamt 100, Straßen-
inspektorat 293, Hochbauamt 7, Gartenbauamt 69, Gaswerk 251,
Wasserwerk 127, Elektrizitätswerk 68, Materialverwaltung 63,
Straßenbahnen 298 Arbeiter.
Von den Anstellungsbedingungen seien erwähnt die Verbringung
eines ärztlichen Zeugnisses über den Gesundheitszustand des Stellen-
bewerbers und vierzehntägige Probezeit beim Vermessungs- und
Hochbauamt. Die Arbeiter werden in händliche und vorübergehende
geschieden. Die ständige Anstellung erfolgt nach einjähriger Dienst-
dauer, womit Monatslohn und gegenläufige monatliche Kündigung
verbunden ist. Die übrigen Arbeiter haben die 14tägige, zum Teil
aber auch nur 24- bis 48stündige Kündigung, letztere beim Tief-
bauamt und Abfuhrwesen. Duzen und Strafen sind: Verweis,
Versehung, Geldbuße, Arbeitsauschluss und Entlassung. Die Geldbußen
für Aufsichtsmann oder ganzliches unentschuldigtes Ausbleiben von
der Arbeit betragen 20 Rappen bis 1 Franc und sie werden den
bestehenden Arbeiterunterstützungsgeldern zugewiesen. Im allge-
meinen wird wenig geübt. Arbeitskommissionen bestehen nicht.
Der Arbeitsvertrag ist einzig bei der Forstverwaltung ein schriftlicher,
bei allen übrigen Unternehmungen ein mündlicher.
Die tägliche Arbeitszeit ist durch die Gemeindeordnung von
1892 auf 10 Stunden festgesetzt, dauert aber für einzelne Arbeiter-
kategorien länger. Die tägliche Netto-Arbeitszeit schwankt zwischen
8 1/2 bis 12 Stunden im Sommer und 7 1/2 bis 12 Stunden im Winter.
Die längere Arbeitszeit haben das Fahrpersonal der Straßenbahnen,
die Maschinenisten und Heizer sowie die Fuhrleute und Stallwärter
der Pferdehalterei und des Abfuhrwesens. Das Personal der Straßen-
bahnen hat aber seit dem April 1904 ebenfalls im Jahresdurch-
schnitt den Neunstundentag. Die Mittagspause beträgt 1 1/2 Stunden.
Die Vormittagspause 1/2 Stunde und soweit die Nachmittagspause
üblich ist, ebenso lange. Am Sonnabend wird regelmäßig um 5 Uhr
Feierabend gemacht, wovon freilich Ausnahmen bestehen. Regelmäßige
Nacharbeit kommt im Gaswerk, Wasser- und Elektrizitätswerk
vor, wobei die effektive tägliche Arbeitszeit 10 Stunden beträgt und
alle 14 Tage eine 24stündige Ruhepause gewährt wird. Die Heber-
arbeiten, Nacht- und Sonntagsarbeit wird mit dem normalen Ar-
beitslohn und mit weiteren Zuschlägen von 25 bis 100 Proz. bezahlt.
Die Lohnformen sind: Monats-, Tage-, Stunden-, Wochen- und
Affordlohn. Von den sämtlichen 1496 Arbeitern fanden 1902
803 im Monats-, 434 im Tage-, 244 im Stunden-, 2 im Wochen-
und 18 im Affordlohn. Die Zeitlohnarbeiter machen 99,1 Proz.,
die Affordarbeiter nur 0,9 Proz. aus, so daß die Affordarbeit so
gut wie abgeschafft ist, welcher Umstand die gute Rentabilität der
städtischen Unternehmungen nicht im mindesten beeinträchtigt. Von
den Monatslohnarbeitern erhalten nur 3 unter und bis 100 Fr.,
die übrigen 105 bis über 200 Fr., im Gesamtdurchschnitt erhalten
sie 135 Fr. Von den Tagelohnarbeitern erhalten nur 12 unter 4 Fr.,
die übrigen bis zu 8 Fr., im Durchschnitt 4,87 Fr. Die Stunden-
löhne betragen nur für 3 unter 40 Rappen, für die übrigen bis über
60 Rappen, im Durchschnitt 44,7 Rappen. Die beiden Wochenlohn-
arbeiter erhalten je 26 Fr. Da der Lohn mit dem Dienstalter
steigt, so erhalten die Arbeiter mit der Dienstzeit von über 10 Jahren
mit 53 Rappen pro Stunde im Gesamtdurchschnitt den höchsten Lohn.
Dem Lebensalter nach stehen diese Arbeiter in der Klasse vom 31. bis
40. Jahre. Seit 1893 sind in sämtlichen städtischen Betrieben die
Löhne um 4 bis 17 Proz. erhöht worden.
An besonderen Vergünstigungen werden gewährt den Wald-
arbeitern billige Wohnungen mit Pflanzland, ebenso den Gas- und
Gartenarbeitern. Verschiedene Arbeiter und Angestellte, so nament-
lich die Straßenbahner, erhalten von der Stadt Mäntel bzw. die
ganze Uniform. Die Arbeiter der Pferdehalterei bekommen von
der Stadt Kost und Logis. Am 1. Mai wird den Arbeitern auf Ver-
langen der Nachmittags freigegeben und bezahlt. Während des
Militärdienstes wird der halbe und ganze Lohn, je nach der Dauer
der bisherigen Dienstzeit, weiter gezahlt. Erholungsurlaub, der
noch nicht fest geregelt ist, erhalten im Jahre 1903 alle ständigen
Arbeiter bis zu 4 Tagen bei vollem Lohn, die Straßenbahner 8 Tage.
Für die Fälle von Krankheit und Unfall sind die Arbeiter versichert
und zahlt die Stadt den größten Teil der Beiträge. Eine städtische
Pensionskasse ist in Vorbereitung, der hierfür vorhandene Fonds
beträgt 658 549 Fr., doch werden daraus bereits 80 invalide Ar-
beiter unterstützt.
Die Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter in Zürich
sind demnach nicht schlecht, aber doch noch weiterer Verbesserungs-
bedürftig. Die Arbeiter verdanken sie zum größten Teil dem Sozial-
demokraten. Diese waren es auch, die die städtischen Arbeiter
organisiert haben, und sie werden es sein, die mit Tatkraft auf
weitere Verbesserung der Verhältnisse hinarbeiten werden.
Die Arbeitslosigkeit ist in Kopenhagen in diesem Winter wieder
außerordentlich groß. Die Zahl der Arbeitslosen ist vielleicht nicht
größer als in den letzten Jahren überhaupt, sie beträgt für die
organisierten Arbeiter ungefähr 16000. Wie kränkend die
Not ist, geht auch daraus hervor, daß die unentgeltliche Speisung
mehr als früher und zu einem großen Teil auch von Männern in
Anspruch genommen wird. Die Stadt Kopenhagen hat zur
Unterstützung Arbeitsloser in diesem Jahr 60000 Kronen (statt im
vorigen 50000 Kr.) bewilligt. — Ein Drittel der Summe wird
nach dem Gesetz vom 29. März 1904 vom Staat ersetzt. — Diese
Unterstützung, die nicht als Armenunterstützung gilt, wird nur in
größeren Summen, gewöhnlich in Beträgen von 50 Kr. (56 R.),
verteilt und nur an solche Leute, die in Kopenhagen ansässig sind
und vorwiegend nur vorübergehend einer Unterstützung bedürfen.
Dem Verband deutscher Gewerbevereine gehören zurzeit 215 Ge-
werbevereine an. Es ist zu wünschen, daß auch die Kaufmanns-
vereine sich zahlreich dem Verbands anschließen. Sowohl der Ver-
band als sein Organ „Das Gewerbeblatt“ sollen in Zukunft die
Interessen beider Vereine wahren und vertreten.
Eingegangene Druckschriften.
Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist ferdan das
18. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir
heraus: Eine Wohnung. — Die Revolution in Russland. Von Rosa
Luxemburg. — Beiträge zur Reichsland Arbeiterpolitik. Von Jean Weisfeld
(Münch.). II. — Die Arbeiterkassen und die Schutzkassen. Von Otto Bauer.
(Schluß). — Die ökonomische und rechtliche Lage der Juden in Russland.
Nach dem vertraulichen Bericht des Minister Gouverneur's. Berücksichtigt
vom Jüdischen Arbeiterbund. Genf. Von N. N. — Literarische Rundschau:
Paul Louis, Les étapes du Socialisme. Georges Weil, Histoire du
Mouvement social en France. Von K. K. Das Festland am Äthiop.
Von ev. — Notizen: Für das Heilwerden „ungelegnete“ Krankeheiten I
Von E. G.
Die beiden erschienenen Nr. 3 des „Jüdischen Volksblatt“ ist dies-
mal besonders gut ausgestattet. Das farbige Titelbild zeigt uns den Mikado
mit seinen Generalen, während das Schlußbild in beiderer Satire den
Eintritt der liberalen Partei in den bayerischen Landtags-Wahlkampf be-
handelt. Von den anderen Bildern sind zu erwähnen: „Im Bad, oder wie
Herrn Hochwürden sein Schampagner auf das glücklichste verliert wurde“,
„Kodung“ und nicht zuletzt die Porträts der verstorbenen Louise Michel im
Leben wie auf dem Totenbette. Dieser letztere ist auch ein längerer Nach-
ruf gewidmet. Das Festblatt spielt auf den Bergarbeiter-Streit hinaus
und behandelt in ausführlichen Berichten das Gebaren der Gewerkschaften. Ein
„Gruß“ an den Jaren, so lautet ein weiteres Gedicht; die dazugehörigen Ereignisse,
die sich dieser Tage in Russland abgespielt haben, sind darin dem Jaren

prophezeit und haben sich schnell vervielfacht. Eine Menge kleinerer Samen,
wie Rante, Rindfleisch, Bette aus Sachsen, das Ende der Kanalarie
und noch vieles andere vervollständigen den Inhalt der Nummer. Die wir
allen unseren Lesern nur auf das Beste empfehlen können. Sie ist um den
billigen Preis von 10 Pf. in unserer Expedition und bei allen Kolportageen
zu haben.

Witterungsübersicht vom 30. Januar 1905, morgens 8 Uhr.
Table with columns: Stationen, Barometer, Wind, Richtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G.
Rows include: Emden, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien, Kaparanda, Betsburg, Eßing, Albeden, Paris.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 31. Januar 1905.
Stetlich warm, teilweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Niederschlägen
und lebhaften westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Vierter Berliner Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost).
Den Parteigenossen zur Nach-
richt, daß unser langjähriger, tüchtiger
Parteigenosse, der Maurer
Joseph Baberske
verstorben ist.
Eure seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch nachmittags 3 Uhr von der
Halle des Gemeinde-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Recht zahlreiche Beteiligung er-
wartet.
Die Vertrauensleute.

Unserem Vereinsthron, Genossen
August Kants
zum heutigen Begegnen ein
dankbares Gedicht! 17896
Und wenn's Semde plagt
Der Verein d. Junggeheilen u.
selbständigen Kammerherren.
J. H. „Gron“, Vorhänger.
Für die herzliche und innige Teil-
nahme bei der Beerdigung meines
lieben Vaters, unseres guten Vaters
Franz Stöhr
sprechen wir allen Verwandten, Be-
kanten, Kollegen des Zentral-Ver-
bandes der Töpfer und dem Hand-
werk „Eine Zucht“ unseren herzlichsten
Dank aus. 18006
Minna Stöhr geb. Bungo
nebst Kindern.

Sozialdemokrat. Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
(Süd-Ost).
Den Mitgliedern hiermit zur
Kenntnis, daß unser Genosse, der
Maurer
Joseph Baberske
wohnhaft Grünauerstraße 25
(Etatsbezirk 111)
gestorben ist.
Eure seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 1. Februar, nach-
mittags um 3 Uhr von der Leichen-
halle des Kirchhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Danksagung.
Für die liebevolle Teilnahme bei
dem Begräbnis meines lieben
Vaters sage ich allen Freunden und
Bekanten, insbesondere den Herren
Kollegen der Firma „Monoline“
meinen tiefgefühltesten Dank. 18078
Die trauernde Witwe Marie Edvardsen.

Verein zur Wahrung d. Interessen
der Maurer Berlins u. Umg.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied
Joseph Baberske
(Nachstraße 240/1) am 29. Januar
verstorben ist.
Eure seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mitt-
woch, den 1. Februar, nachmittags
3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-
friedhofes in Friedrichsfelde aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
129/6

Danksagung.
Für die bewiesene Aufmerksamkeit
bei der Beerdigung meines lieben
Vaters sage ich seinen Kollegen und
Kollegen von Siemens u. Schuder,
Wüstung 84, sowie der Krankenkasse
der Mauer und verwandten Berufs-
genossen, Abteilung Charlottenburg,
meinen herzlichsten Dank. 19772
Witwe Priener und Sohn.

Heute früh entschloß sanft
in Stettin unsern innigstgeliebten
Mutter, Schwiegermutter und
Großmutter
Frau Luise Grunwald
geb. Michaels.
Um stilles Beileid bittet
Im Namen der Hinterbliebenen:
Max Grunwald.
Friedenau, 30. Januar 1905.

Danksagung.
Für die überaus große Beteiligung
und Kranzpenden bei der Beerdigung
unseres lieben Vaters und Schwieger-
vaters 19752
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Verwandten, Freunden
und Bekanten die traurige Nach-
richt, daß meine liebe Frau, unsere
gute Mutter
Hedwig Reetz
geb. Holzmann
nach langem, schwerem Leiden im
Alter von 86 Jahren am Sonnt-
ag früh verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 1. Februar, nachm.
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Gemeinde-Friedhofes Lichtberg,
Krautstra. aus statt.
Um stilles Beileid bittet
im Namen der Hinterbliebenen:
Fritz Reetz. 18068

Danksagung.
Für die überaus große Beteiligung
und Kranzpenden bei der Beerdigung
unseres lieben Vaters und Schwieger-
vaters 19752
Die trauernden Hinterbliebenen.

Ern. Steins
Medizinal-Ungar-Wein,
dieses bezeugen, vorzügliche Qualität.
Spezialmoxen für Kinder u. Kranke.
Weniger für Blutarme sowie diätet.
Desertine empfiehlt in Original-
flaschen zu billigen Preisen 103/3
Karl Wronn,
Grossdistillation und Weinhandlung,
Rostockerstraße 30.
Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41.
Spezialarzt für 62/1*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4

Kranz- und Blumenbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.
Bereits-Kränze, Palmen- u. Blumen-
arrangements, Bouquets, Girlanden
usw. werden fein u. preiswert geliefert
5 3/4 Pfund Brot 50 Pf.
(Backware 6 Stk 10 Pf.)
Albrechts Bäckereien:
Wrangeistr. 135, Krautstraße 19,
Goldeneinstr. 28, Sauerstr. 2,
Rathshaus Bäckerei, Stand 222/23,
Rathshaus Andreasstr., Stand 16/18.
Centrale: Vorhangenstr. 13.
P. P.
Einem geehrten Publikum vom Täb-
osten zur gefälligen Kenntnis, daß ich
als Barbier und Friseurgeschäft
des verstorbenen Herrn H. Vast täb-
lich übernommen habe.
Ich bitte daher, das Vertrauen,
welches mein Vorgänger genossen hat,
auch auf mich übertragen zu wollen.
Es wird mein Bestreben sein, die mich
Besuchenden zu voller Zufriedenheit zu
bedienen. Nachsichtungsloos
Alfred Hennig
18085
Barbier u. Friseur
Reichenbergerstraße 122.

Hygienische
— Artikel —
Sanitäre Bedarfsmittel,
Gummiwaren etc. v. Prof.
und Aerates vielfach empfohlen.
Apotheker S. Schwelzer's
Fabrik hygienischer Präparate.
Berlin O. 27. Holzmarktstr. 70.

Weitere Beiträge werden entgegengenommen im Bureau der
Berliner Gewerkschaftskommission Engel-Ufer 15, vorm. 9-1 und
nachm. 4-8 Uhr.
Bei größerem Andrang der Personen erfolgt die Abgabe der
Gelder und Ausgabe der Listen im Saal 3 des Gewerkschaftshauses.
Für Berlin sind die Gelder, welche mittels der Post eingehen,
an H. Rörten, Engel-Ufer 15, zu richten.
Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Lachmann & Scholz

Turm-Straße 76.

Warenhaus.

Otto-Straße 1.

Wir geben Dienstag, 31. Januar, Mittwoch, 1. Februar, Donnerstag, 2. Februar, doppelte Rabattmarken.

Zu Ausnahme-Preisen verkaufen, so lange die Vorräte reichen, bis Sonnabend, 4. Februar:

Kurzwaren.	Wollponpons Stück 1 Pl.	Kleider-Besätze.	Spitzen.	Handarbeiten
Fingerhüte, Aluminium 1 Pl.	Bettsenkel Garnitur 5 Pl.	Seidene Gimpfen Meter 22, 18, 10 Pl.	Ein Posten Tüll-Spitzen enorm billig.	(vorgezeichnet).
Stecknadeln, Brief ca. 200 Stck. 4 Pl.	Bettlitzte Stück 26 Pl.	Flitter-Besätze Meter 18, 15, 8 Pl.	Ein Posten seidener Chantilly-Spitzen.	Küchen-Tischdeck., Fischerlein. St. 65 Pl.
Nähseiden, 2 Docken 5 Pl.	Schuhsenkel Paar 2 Pl.	Seid. Chiffon-Stickereien Meter 115, 90, 78 Pl.	Ein Posten Wasche-Spitzen, sehr vorteilhaft	Besen-Handtücher 125 "
Schweißblätter, Paar 23 Pl., 17 Pl. 5 Pl.	Korsettsenkel, 300 cm. Stück 5 Pl.	Seid. Kleider-Franzen, enorm billig, Mtr. 38 Pl.	Chiffon-Volant Meter 88 Pl.	Leitungs-Schoner 42 "
Gürtelband, Meter 6 Pl., 3 Pl.	Haarnadeln, Brief 1 Pl.	Seidene Bänder.	Wäsche.	Küchenspind-Decken 30 "
Hohlband, Stäbe, Dtzd. 11 Pl.	Jaconet-Band Stück 5 Pl.	Ein Post. Liberty-Band, ca. 12 cm reinseid. 1 breit, Mtr. 33 Pl.	Damen-Hemden, Priesenform od. Achselschluß 92 Pl.	Frühstücks-Beutel 8 "
Fischbein, natur, sort. Längen, Dtzd. 12 Pl.	Zwirn, 3 Knäuel 5 Pl.	Ein Posten Alpacca-Band, i. schönen Effekt, Mtr. 28 Pl.	Damen-Nachtjacken, garniert 98 Pl.	Garnitur Olga,
Besenborde Meter 3 Pl.	Heftgarn Rolle 5 Pl.	Ein Posten Taffet-Band, 15cm br., Wert 11,35, jetzt Mtr. 72 Pl.	Velour-Unterröcke mit Volant 98 Pl.	vorgezeichnet, rot oder blau garniert.
Tailleurverschluss Stück 5 Pl.		Band-Reste, enorm billig.	Velour-Beinkleider 88 Pl.	Besen-Handtuch Stück 165 Pl.

Ein Posten Spachtelkragen Wert bis 2,65 Stck. 92 Pl.	Ein Posten Stickereien zum Ausschuchen Serie I 10 Pl. II 18 Pl. III 26 Pl.	Ein Posten Hauskleiderstoffe Mtr. 39 Pl.	Ein Posten Unterröcke dicke Stoffe Stck. 1,85
--	--	--	---

Trikotagen.	Damen-Konfektion	Taschentücher.	Handtücher.	Tischzeug.
Herren-Normal-Hemden, Stck. 85 Pl.	Kostüm-Röcke, reichlich weit, moderne Façon 2,75 M.	Batist, mit Hohlsaum, 1/2 Dtzd. 1,45 M.	Gerstenkorn, für Küche, 1/2 Dtzd. 1,38 M.	Tischtücher 1,35 M. 95 Pl.
Damen-Zuaven-Jacken, Stck. 95 Pl.	Capes, richtig lang u. garniert 5,95 M.	Linon, 1/2 Dtzd. 80 Pl., 65 Pl., 42 Pl.	Stuben-Handtücher, Jacquard, 1/2 Dtzd. 1,85 M.	Servietten 38 Pl., 28 Pl.
Gestrickte Damen-Röcke, Stck. 1,35 Pl.	Blusen zum Ausschuchen 1,85 M.	Leinen, 1/2 Dtzd. 2,15 Pl., 1,42 M.	Stuben-Handtücher, Dreifach, 1/2 Dtzd. 3,15 M.	Tafeltücher, extra groß 4,00 M.
Rain-Kinderstrümpfe, gestreift wollen, Paar 48 u. 68 M.	Obige Posten sind so vorteilhaft nicht wieder zu haben.	Buchstabentücher, Stck. 23 Pl., 17 Pl.	Parade-Tücher mit Figuren, Stück 95 Pl.	Kaffee-Decken 78 Pl.

Ein Posten Rosen-Seife in schreleg. Kartons, enthaltend 3 Stück, 48 Pl.	Ein Posten Haarschmuck zum Ausschuchen, Stck. 10 Pl.	Ein Posten Wirtschaftsschürzen 1,30 Pl. u. 88 Pl.	Ein Posten Barchents, reizende Muster, Meter 37 Pl.
---	--	---	---

Jedes Wort: 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Anzeigebüros für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstraße 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Räumungsverkauf verlassener Wänder, Ausnahmestage. Pfandleihhaus Weidenweg 19. 138*

Bekanntmachung. Heute und folgende Ausnahmestage werden im Pfandleihhaus Weidenweg 19 Betten, Winterpaletts, Gardinen, Aussteuerwäse, Möbelstücke, Tischgeschirren, Regulatoren, Freischwinger, Steppdecken zu Spottpreisen verkauft. Brautleuten wird hiermit günstige Gelegenheiten gegeben. 138*

Betten, Stand 11, zweifach, 16 Matr., Gubenstraße 3, Pfandleihe. 137*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Herrnanzüge, Paletts, zurückgeleitet, hochpreisige, 18,00-38,00. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I Trepp. 2468*

Räumungshalber schwarze Kleiderstoffe pflichtig Charlottenburg, Goethestraße 76. Rein Laden. *

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gadecher Markt 4, Bahnhofs Börse. 142/12*

Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Portieren, Tischdecken, Schlafdecken, Olivendecken, Kauserstoffe pflichtig Gelegenheitskäufe. Conrad Rißer, Potsdamerstraße 100. 2398*

Betten, guter Stand, sofort, 20,00, Lippenerstraße 10 I rechts, an Greifswalderstraße. 2588*

Möbelfabrik liefert geschmackvolle Wohneneinrichtungen sowie einzelne Möbel. Moderne Küchen. Große Auswahl. Kein Laden, nur Keller und Hinterzimmer. Teilzahlung. Garnat, Tischlermeister, Dresdenstraße 124. 2048*

Sofa, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35b. 2018*

Kleiderständer, Bettlitzte, Spiegel, Spiegelständer, Säulenrahmen, Paletts, Sofa, Bettlitzte, Stühle, Bilder, Platinen, verschiedene, andernfalls selbst pflichtig, fast alles neu, passend Brautleuten. Gartenstraße 85, I links. *

Ladeneinrichtung fast neu, billig zu verkaufen, Weitzenlee, König-Gasse 71, Krug. 1696b

Kinderwagen, Kinderbettstellen, gebrauchte, zurückgeleitet pflichtig, Schneider, Kurfürststraße 172.

Teppiche mit farbenschönen Fadenniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Hochlegante Herrenanzüge und Paletts aus feinsten Rohstoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Abbild.

Dringmaschinen, Bismarckhiller, Nähmaschinen, Hobel, Schwämme, beste Ware. Teilzahlung gestattet. Postkarte. Kottbus, Stalderstr. 108. *

Malstrahler, blühend, für Barmer, Braunkohl, Schwachblei, Gewichtsannahme, bessere Geschäfte, überaus, 14 Mark 3 Matr. 1/2, Lome 3,50 erkläre. Nicht Pflichten, Qualität entscheidet. Postkarte-Keller Ringer, Bernauerstraße 119. 1302b*

Partei-Sofa, zahllose, Vereine, Diner, sofort zu verkaufen. Offerten K. 6, Postamt 18. 1717b*

Ringelstich, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzählung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Postkarte genügt. Lindenstraße 60/61. Große Frankfurterstraße 43. Prenzlauerstraße 59/60.

Restaurant im Osten, Vereinszimmer mit Piano, mehrere Jagdstellen, Kranzplatz, zu verkaufen. Kärstner Al. Wafewitz, Friedrichsbergerstraße 19. 141*

Steppdecken billig! Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Gelegenheitskäufe: Paletts, Anzüge, Hosen, Koffer, Knebel, Zeichens, Uhren, Goldschmuck, Kessel, Sportbillig. Lude, Oranienstraße 131. 1779b

Reisegepäck, Derringer, Regenschirme, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Belgen, Jähren, Betten, Teppiche, Sportbillig. Lude, Oranienstraße 131. 1779b

Federbetten, Stand 20 Matr., 5 Zimmer Möbel Aufgabehalter billig Dresdenstraße 38, vom II links. *

Möbelfabrik in meiner Möbelwerkstatt, Kollwitzstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umsatzes befinden sich im Lager viele zurückgeleitete und vertiebt gewesene Möbel, die wie neu sind. Kleiderständer, Bettlitzte 27,00, Ausziehtisch 16, Kuchentisch 16, Federmatratze, Kissen, Kissen 26, Tischchen 50, Paletts 10, Waschtisch 20, Kleiderständer 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 7113*

Säulen-Palettensofa umständehalber pflichtig, Fraulein Gehler, Pringelstraße 64. 7115

Schöne Singermaschine 14,00, gute Bettlitzte 5,00. Göde, Langestraße 25, vorn III. 1127

Bücherei, gutgehend, sofort zu verkaufen. Zu erfragen: Danzigerstraße 73, Kroll, Feilbergstraße 163

Bronzegastrolchen! dreifach, 1,60. Gasgastropfen 1,00. Salon-Gastrolchen 1,50. Gasgastropfen 1,1/2. Wohlfahrer, Wallnerstraße 32. *

Geldscheine Fries-Jensermantel 2,15, Wert 4,00. Inventur - Extrapreis. Teppichhaus Lohse, Oranienstraße 158.

Inventur. Räumungsgüter nur kurze Zeit. Extraliste gratis und franco. Teppichhaus Emil Lohse, Oranienstraße 158. 2558*

Samtstühle Steppdecken 4,25 (Seidener), Wolllas-Steppdecken 4,25. Inventur - Ausnahmestage. Teppichhaus Emil Lohse, Oranienstraße 158. 2568*

Wäscheliste, nagelneu, billig veräußert Brunnenstraße 100, Lewicki

Wohnungshalber eine Wohnungseinrichtung zu verkaufen für 300 M. "Kuhstall" Postamt 13. 1774b

Taschensofa, Salongarnitur, Truhen, Chaiselongue, Teppich, Portieren Reinerstraße 9 I. 1784b

Gardinen, Stores, Kissen, Betten, Inventurpreise. Keine enorm billig. Gardinen - Versandhaus Krause, Straße 36, Dönhofsplatz. 1786b*

Nähmaschinen ohne Anzählung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilzahlung Nähmaschine kauft oder noch mehr Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Borchert, Borchertstr. 50.

Kanarienvogel, Weiß Hen, billig, Post, Remelerstraße 14a. 142

Nähmaschinen ohne Anzählung, Woche 1,00, Schnellnäher, Bobbin, Adler, schnellste Lieferung, Brunnenstraße 90, gebrauchte von 10,00 an, Postkarte genügt. 1104*

Grüntragegeschäft, tolle, Fertigung veräußert, Lichtenberg, Blumenstraße 30. 1757b

Mahagoni - Kleiderständer 20,00, Küchenschrank, Sofa 12,00, Ausziehtisch, Reformbettstellen, Brangelstraße 111, Kupke. 112

Defikation billig veräußert, Zährstraße 60, an Seefstraße. 132

Landlichhaber! Wohnung! Landstraße neben Karl, 2 1/2 Weiten vom Zentrum Berlins, verkauft Schul, Altdorf, Lenaustraße 12/13.

Restaurant, gutgehend, wegen Todesfall zum Inventarpreis veräußert. Kuppin, Simon-Dachstr. 16, Osten. 142*

Vereinspinde zu verkaufen, Bredowstraße 8, im Laden. 184

Nähmaschinen Depot, Kleiderstraße 6, Adlerstraße 113 liefert sofort sämtliche Systeme ohne Anzählung, Woche 1,00 Mark. Rähjährige Garantie, gebrauchte Maschinen pflichtig. 1805b

Betten, prachtvollen Teppich, Gasförm, Portieren, Stores, Damastbezüge, zwei elegante Steppdecken billig. Hoffmann, Raumbstraße 52.

Wäschegeschäft, Sorten, Kasse, große Berliner Straße, Rade, Boden, Riete 34 Mark, alterhöherer sofort veräußert Klamerstraße 1. 1804b

Verschiedenes.

Verstorbene Gläubiger zur Befriedigung unseres Freundes und Kollegen Demo Witz nebst Frau geborene Krebs, Einige Kollegen.

Stenographie, Buchführung, Schreibmaschine, Sprachen, Salomon, Karlsruherstraße 26. 2138*

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Vorplatz. Rat in Patentfällen. 1000b*

Wahr wohnt Brunnenstraße 116.

Nähmaschinenreparaturen werden schnell und billig in meiner eignen Werkstatt ausgeführt. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 222b*

Kupplung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch in unserm Hause. Bachmann, Blumenstraße 33b. 2028*

Wassergarderober, Herren, Damen, große Auswahl kamischer Anzüge. Käber, Kleinsbergerstraße 62. 1137*

Pfandleihe, Pringelstraße 63, täglich 9-8, Sonntag bis 2. 1992*

Pfandleihe Schönhauserallee 35, Franke & Co. 161*

Pfandleihe Markstraße 27, 1606b

Vegeta und alle andren Bäder kauft, beliebt Antiquariat, Kochstraße 56 I. Am I 8831.

Matina, alte Jagdgeschäfte, allerhöchste Preise. Adlerstraße 174 II, nicht Laden. 1709b

Vereinszimmer 25, 40, Saal 150 Personen, Piano, zwei Regelmäßig, vergibt Lohse, Alte Jakobstraße 83. 2478*

Uhren repariert Wilhelm Glade, Rindlerstraße 20. 1138*

Freitag Verein "Nils". Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr. Mitglieder werden aufgenommen. Markstraße 14, Tabert. 142

Rechtsbureau! Materietlungen, Gefährdungs-, Interventions-, Beleidigungs-, Alimentenklagen, Strafsachen, Einlagen, Zahlungsbescheide, Unfallklagen, Schenkungsurteile, (Belagerung Österreich - ungarischer Rechtsbureau). Kullow, Stalderstraße 141 (Kollwitzstr.). 1803b

Leihhaus Grünberg, gegründet 1891, Friedrichstraße 221, Ecke Postlamerstraße, belebt, kauft höchstzahlend Juwelen, Gold, Silberwaren und Pfandsteine, Möbel. 1772b

Rechtsbureau (Alexander-Platz) Anzeigestr. anzeige! an der Landsbergerstraße. 130/17*

Tuchläden und Kasse kauft B. Wanders, Alte Jakobstraße 1.

Blatinabfall, Goldschmuck kauft Juwelier, Lindenstraße 103. 1782b*

Rechtsbureau, Prozeßsachen, Rat, Gnabengefährde. Büdlerstraße 15.

Rechtsbureau! Brunnenstraße vierjähr. Rangjähriger Prozeßbeilager, Eingabengefährde, Materietlungen. 1785b*

Rechtsbureau, Materietlungen, Gefährdungen, Strafsachen, Namensänderungs-, Fürsorge-, Erziehungs-, Gnabengefährde, Steuerklagen, Beleidigungs-, Alimentenklagen, Krankenklagen, Unfallklagen, Besch., Brunnenstraße 97. Rangjährig erprobter Rechtsanwalt. (bis abends neun). 1104*

Sterburch erkenne ich an, daß der Kaufherr Vippow vollständig berechtigt war, mich zu entlassen, und meine Behauptung, daß derselbe mich ohne Grund entlassen hat, auf Unwahrheit beruht. H. Sievert. 1777b

Vermietungen.

Geschäftsflecker, seit 10 Jahren Besehlant, zum 1. April zu vermieten Nussbaumstraße, Prinz Albertstraße 6, gegenüber Bahnhof Kiez.

Wohngeladen, 5 Jahre bestehend, 2 Stuben und Küche, Hofwohnungen, Stube und Küche zum 1. April 1905 zu vermieten Mitternstraße 17. 1783b

Aufständiger Herr findet 1. und 2. Etage Schlafstelle Zehdenstraße 5, vorn 4 Treppen, Genosse Schmidt, 163

Schlafstelle, sofort, für Herrn. Schmidt, Schönholzerstraße 5. 1138*

Schlafstelle, separat, Dölem, Freiligrathstraße 2. 1775b

Möblierte Schlafstelle, Wallstraße 21/22, Luegergebäude. Gurth. 1780b

Schlafstelle für Herrn, Kommandantenstraße 55, Hof rechts 2. Eingang III. Bormann. 1788b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Schneider, Gesangschorist, Steinlinstraße 57. 1101*

Fischer, Komiker, Gropiusstraße 7. 1567b

Stellenangebote.

Zaunmaschinen-Monteur, erfahren im selbständigen Montieren von Zaunmaschinen und Anlagen, sofort in dauernde, angenehme Stellung gesucht. Offerten an J. H. 5629 befördert Rudolf Hoffe, Berlin SW. 7010*

Klavierlehrer für Sonnabend und Sonntag, Ralmerstraße 5. 1141

2 Köpfler, Spächler für Reibstangegefäß werden verlangt. Offerten unter B. M. 21 Postamt 39.

Geldschrankschloßer verlangt Brandes, Alexanderstraße 118. b*

Morgenarbeiterin verlangt Neumann, Fürststraße 10. 474

Arbeiterin auf Staubpaletts verlangt Redes, Diefendachstraße 35 III.

Mädchen zu 2 kleinen Kindern, 12,00 monatlich, gute Behandlung. Smoboda, Köpenickerstraße 113 a, Hof III. 1775b

Mamsells auf Salkos verlangt Lieblich, Swinemündestraße 49. 7112

Frauen finden durch Teilungsauftrag dauernde und lohnende Beschäftigung. Meldungen vormittags 9 bis 12 Uhr, Sülzenstraße 21/25, parterre rechts. 7015*

Frauen finden durch Teilungsauftrag dauernde und lohnende Beschäftigung. Meldungen vormittags 9 bis 12 Uhr, Wittenmalerstraße 6, im Laden. 7014*

Frauen finden durch Teilungsauftrag dauernde und lohnende Beschäftigung. Meldungen vormittags 9 bis 12 Uhr, Potsdamerstraße 33, Eingang Kollwitzstraße im Laden.

Mädchen auf bessere Sport-Kleiderarbeiten sucht Georg Salinger, Köpenickerstraße 112. 1101*

Mamsells auf Paletts verlangt Bruch, Brunnenstraße 130. 1659b*

Mamsells auf Staubpaletts verlangt Köhlerstraße 4. 492*

Mädchen mit guter Schulbildung bei monatlicher Vergütung sofort gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr. H. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 2008*

Im L. Zeitwort durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Beamter gesucht!

Für den Verband städtischer Arbeiter (Ortsverwaltung Berlin) wird zum 1. April ein Beamter gesucht. Derselbe muß mit der Gewerkschaftsbewegung und der sozialpolitischen Bewegung eingehend vertraut sein, rednerische Befähigung besitzen und Eingaben korrekt anfertigen können. Schriftliche Offerten an Robert Fiebich, Berlin S., Urbanstr. 34. 286/3

Verband der Gemeinde-Arbeiter (Ortsverwaltung Berlin) SW. 18, Alte Jakobstr. 145.

Einen selbständigen und sauber arbeitenden **Gürtler** sucht per sofort

Gladenbecks Bronzegießerei G. m. b. H., Friedrichshagen, Seefr. 126

Tüchtige Einseher nach den Siemens-Schubert-Werken Nonnenbamm - Werk, Station Jungfernhöhe, werden sofort verlangt. Zu melden beim Hohen Strackharn, altes Rabelwerk dahelst. 11982*

Flechter für Metallföhrchen finden lohnende Beschäftigung. Off. Efferten M. B. W. 14181 Hauptpostlager Dresden.

Xylographen, fleißig und sauber arbeitende, sofort gesucht. Probieren umgehend erbeten. Klischee-Fabrik Richard Tetzner, Erfurt. 71/10

Nahmaschinen! Die Firma Post u. Co., Kurfürststraße 146, ist für Nahmaschinen, Tischler, Glaser, Vergolder und Bohrer wegen Differenzen geiperrt. 77/14 Die Ortsverwaltung.

Musikinstrumenten-Arbeiter, Tischler u. Polierer! In der Pianofabrik von Rösener befinden sich die Kollegen noch im Streik. Der Betrieb ist für sämtliche Arbeiter geiperrt. Die Jehnerkommission.

Stockarbeiter! Die Arbeiter der Firma Julius und Hermann Gembicki, Friedrichstr. 16 u. Lindenstr. 102, befinden sich im Streik. 18/10

Zug ist fernzuhalten! Die Ortsverwaltung.

Zentralverband d. Glaser! Achtung, Glaser! Achtung, Bauhandwerker! Wegen Tarifdifferenzen (Umgebung d. paritätischen Arbeitsschlichter) ist die Firma Schmerler & Co. (Inhaber Daniel Glaser), Schützenstraße 72/73 und Spichernstraße 4, für Glaser geiperrt. 70/1 Die Ortsverwaltung.